DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

149 14. JAHRGANG Februar '97 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

HANDWERK

Auf dem Weg zur Gesellin oder Meisterin gibt es viele Frauen, die aufhören. Warum das so ist, beschreibt Heike Notz anhand ihrer eigenen und anderer Geschichten, die ihr erzählt wurden, in der beispielhaften Geschichte einer Frau vom Bau auf Seite 3.

EURO UND EWU

Es gilt bereits heute, die Weichen zu stellen für ein ganz anderes, selbstbestimmtes Europa jenseits der Warengesellschaft, so die Autoren einer EWU-Studie, die Grundlage einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel »EURO und EWU – Hoffung oder Desaster?« bei der SSM Köln war. Bericht auf Seite 4

KOMM BLEIBT KOMM

Ein von der Stadt Nürnberg entworfenes Selbstverwaltungsmodell, daß von der Mitgliederversammlung des KOMM e.V. in dieser Form abgelehnt wird, führte zur Kündigung des bisherigen Vertragswerkes und zur Kürzung von bereits bewilligten Haushaltsmittel. Wir dokumentieren ein Interview mit CSU-OB Ludwig Scholz, einen Offenen Brief der Grünen Erlangen an die bündnisgrüne Nürnberger Stadtratsfraktion und Nachrichten aus der KOMM-Selbstverwaltung auf Seite 5.

CHAOS COMPUTER CLUB

Zum 13. Mal traf sich die »galaktische Gemeinschaft« zur Jahreswende 96/97 in Hamburg. Der Chaos Computer Club will sich auch weiterhin als Kommunikationsplattform für »Hacker sowie solche, die es werden möchten«, verstanden wissen. Bericht auf Seite 6.

FAIRER HANDEL

Schmerzhafte Umsatzeinbrüche hatte Kaffee-Importeur »Lebensbaum« mit seinem Kaffee von der »Finca Irlanda« zu verzeichnen. Die Boykottkampagne der »Freien Arbeiter Union« (FAU) war erfolgreich. Der Kaffee der Finca wurde vergangenen Oktober »ausgelistet« und durch einen Kooperativen-Kaffee ersetzt. Wir dokumentieren Hintergründe auf Seite 11.

MITARBEITERUNTERNEHMEN

Die Berliner PSI AG, ein Softwarehaus, ist ein Pionierunternehmen in Sachen Mitarbeiterbeteiligung. Etwas mehr als 60% der Beschäftigten sind Eigentümer des Unternehmens. Nur sie können überhaupt PSI-Aktien erwerben. Seite 12

TAGUNG

Die »Zukunftschancen produktivgenossenschaftlicher Unternehmen« sind Thema einer Tagung, die Ende Februar in Freudenberg stattfindet. Seite 13

SOZIALABBAU AM BEISPIEL BERLIN-WEDDING

Projektesterben

Der Sozialabbau schlägt überall zu: im Gesundheitsbereich, bei freien Trägern, an Schulen und Universitäten, Kulturprojekten, Volkshochschulen, Bibliotheken – und das nicht nur in Berlin. Projekte, die vor langer Zeit als »Hilfe zur Selbsthilfe« von Betroffenen ins Leben gerufen wurden, sterben einen »Tod auf Raten«. Nach dem allgemeinen Streichkonzert der vergangenen Jahre, das zu Kürzungen bei Maßnahmen und bei den Sachmitteln der Projekte führte, geht es jetzt an die Substanz. Das Streichkonzert wird mit dem Stellenabbau fortgesetzt. Widerstand ist nur vereinzelt zu spüren, denn die verbliebenen ProjektmitarbeiterInnen versuchen, zu retten was zu retten ist und wollen keinesfalls ihre Geldgeber bei den Behörden verärgern.

Aktionstag vom Stadtteilladen Rat & Tat vor dem Bezirksamt Wedding. Trotz Protest Schließung zum 1.2.1997 Foto: Archiv WNZ

Redaktion Heidelberg ● Die eigentlich Betroffenen werden so erst garnicht dazu ermutigt, für den Erhalt ihrer und anderer Einrichtungen auf die Straße zu gehen. Demonstrationen gegen Sozialabbau finden statt – aber sie gehen an den Projekten und den Betroffenen vorbei. Diese Tatsache gestattet es auch weiterhin den Behörden, scheibchenweise und fast unmerklich die gesamte Infrastruktur der freien Träger aufzurollen.

Die Redaktion der WNZ (Weddinger Neueste Zeitung) hat bei einer Reihe von Weddinger Projekten nachgefragt, wie ihre Situation aussieht. Die Ergebnisse wurden in ihrer Ausgabe Nr. 40 vom Dezember/Januar vorgestellt und werden in unserem Schwerpunkt auf den Seiten 7 bis 9 wiedergegeben. Ein Anlaß für einen kleinen Stadtteilrundgang durch Berlin-Wedding. Als Einstieg eine Einschätzung der WNZ-Redaktion:●

Woher kommt das Haushaltsloch ?

Wir müssen alle sparen, den »Gürtel enger schnallen«, haben wir doch jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt. So hämmert es ständig auf uns ein.

Wer aber hat da über wessen Verhältnisse gelebt? Woher kommt das Haushaltsloch, das überall zitiert wird. Die regierungsamtliche Bildzeitungs- und Handelsblatt-Propaganda legt nahe, daß es die »Sozialschmarotzer« sind, an denen der Staat ausblutet. Horrorzahlen werden genannt, um diese These zu untermauern, und Beispiele gebracht von SozialhilfeempfängerInnen, die an verschiedenen Orten gemeldet gewesen seien und dadurch Millionenbeträge kassiert hätten. Dazu die immer gleichen Hinweise auf ArbeitnehmerInnen, die sich regelmäßig einen blauen Montag genehmigten oder eine Kur als subventionierten Urlaub mißbrauchten.

Ein Blick auf die Realität fördert allerdings anderes zutage. Natürlich existiert das berühmte »Haushaltsloch«. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sind regelmäßig höher als die Einnahmen, die öffentliche Verschuldung steigt stetig. Woher aber kommt es, das Haushaltsloch?

Die Lohnsteuerzahlungen der ArbeitnehmerInnen sind dafür garantiert nicht verantwortlich, denn die sind kontinuierlich und stetig gestiegen, und zwar schneller als die Inflationsrate. 1995 lag das Lohnsteueraufkommen knapp 5% höher als 1994 und etwa 50% höher als 1990. Und das bei rückläufigen ArbeitnehmerInnenzahlen.

Sind die Ausgaben für Sozialhilfe verantwortlich? Die lagen 1994 bei 58 Milliarden DM und entsprachen damit in etwa der Hälfte der öffentlichen Neuverschuldung. Eine beachtliche Zahl und für die Gemeinden, die diesen Posten tragen müssen, inzwischen häufig der größte Ausgabenposten (im Wedding mit weitem Abstand).

Aber doch eher lächerlich gegenüber anderen Zahlen: Das »Geldvermögen der privaten Haushalte« ist allein 1995 um 234 Milliarden DM auf 4,6 Billionen DM gestiegen. Jede BundesbürgerIn vom Kind bis zur Greisin hat im letzten Jahr statistisch 3.000 DM gespart und bei Banken, Bausparkassen und Versicherungen inzwischen ein Guthaben von fast 60.000 DM angesammelt. Rein statistisch natürlich. Eventuelle andere Besitztümer wie Immobilien sind dabei nicht mitgerechnet.

Die öffentlichen Schulden lagen zum gleichen Zeitpunkt bei knapp 2 Billionen DM. Allein der Bund zahlte dafür im letzten Jahr 82 Milliarden DM Zinsen an die Banken, die anderen öffentlichen Haushalte noch einmal doppelt soviel. Die Bankhäuser kassierten also vom Staat immerhin fünfmal soviel wie die angeblich schmarotzenden SozialhilfeempfängerInnen.

Eine andere Spur auf der Suche nach den Ursachen des Haushaltslochs: Die veranlagte Einkommensteuer ist zwischen 1991 und 1995 von 42 Milliarden auf 14 Milliarden DM zurückgegangen. Das lag nun nicht etwa daran, daß die Verdienste der Einkommensteuer zahlenden UnternehmerInnen derart kraß zurückgegangen wären.

Fortsetzung auf Seite 7

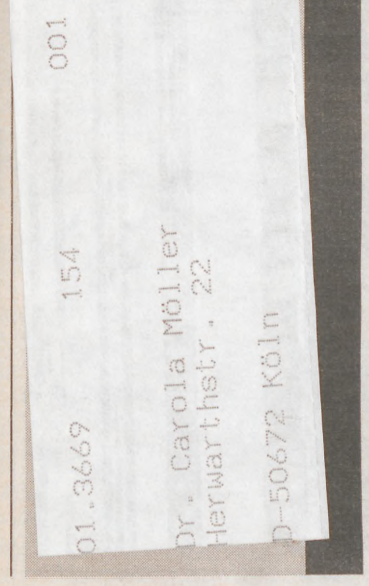
SCHWERPUNKTTHEMA

Mädchenladen Wedding
Frauenladen der Berliner Suchthilfe
Frauenladen der AWO
Autofeminista Seite 7

Lesbenarchiv Spinnboden
Weddinger Kinderfarm
AWO Frauenwohnprojekte Seite 8

Putte, Fabrik Osloer Strasse
Projekt Lernstatt e.V.
Stadtteilladen Rat & Tat Seite 9

D 8008



EINKÜNFTE AUS TAUSCHRINGEN INTERESSIEREN DEN FISKUS UND DIE SOZIALBEHÖRDEN:

Das Tauschen schützt vor Steuern nicht

Einkünfte im Rahmen von Tauschringen werden prinzipiell genauso besteuert und auf Sozialleistungen angerechnet wie Einkommen in harter Mark. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Berliner Bundestagsabgeordneten Andrea Fischer von Bündnis 90/ Die Grünen hervor.

Johannes Bernreuter, Berlin ● Der Antwort ist auch zu entnehmen, daß die Bundesbank keine Bedenken gegen Tauschringe hat, solange diese auf eine Stadt oder einen Landkreis begrenzt bleiben.

Nach dem Einkommenssteuergesetz gelten sogenannte geldwerte Güter als Einnahme. Deshalb können laut Bundesregierung Gegenleistungen im Rahmen eines Tauschrings steuerpflichtige Einnahmen darstellen, und zwar bemessen nach dem allgemeinen Wert solcher Güter oder Dienstleistungen in Deutscher Mark. Entscheidend für die Besteuerung ist, ob der Betroffene die Absicht hat, Einkünfte zu erzielen. Wenn er dabei einen Gewinn macht, unterliegt er der Einkommensteuer.

Tauschring-Gegenleistungen, die ein Selbständiger für seine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit erhält, sind darüber hinaus umsatzsteuerpflichtig. Wer allerdings nicht mehr als 32.500 DM im Jahr einnimmt, braucht keine Umsatzsteuer zu zahlen. Zur Bewertung des Einzelfalls verweist die Bundesregierung auf das jeweils zuständige Finanzamt.

Tauschring-TeilnehmerInnen beschäftigt auch die Frage, ob ihre Tätigkeiten sozialversicherungspflichtig sind. Das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit gilt zwar nicht für Leistungen aus Gefälligkeit oder zur Nachbarschaftshilfe. Doch die Bundesregierung geht davon aus, daß Mitglieder eines Tauschrings »in der Regel« nicht aus Gefälligkeit handeln, da sie eine Gegenleistung erwarten würden. In den meisten Bundesländern vermuten die Behörden Schwarzarbeit, wenn das Entgelt über der Grenze für geringfügige Beschäftigung liegt.

Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen, die durch Tauschringe vielfach aus ihrer Isolation herausfinden, bleiben also vom Arm des Gesetzes nicht verschont. Die Bundesanstalt für Arbeit erließ bereits 1995 eine Weisung an die Landesarbeitsämter, wonach Einkünfte aus Tauschringen als Einkommen auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe anzurechnen sind. Im vergangenen Dezember ging diese Weisung in präzisierter Form an die örtlichen Arbeitsämter.

Der Magdeburger Tauschring-Initiator Michael Rost kritisierte die geltenden Freigrenzen für die Nebeneinkünfte als viel zu niedrig. Gegenwärtig dürfen Arbeitslose 120 DM monatlich zu Arbeitslosengeld oder -hilfe hinzuverdienen. Alles weitere wird zur Hälfte auf die Stütze angerechnet. Rost fordert eine Freigrenze für Tauschring-Leistungen in Höhe von 800 bis 1.200 DM monatlich.●

Aus: taz, 5.2.1997

ANMERKUNG

Ob Tauschringe überhaupt etwas mit unserem herkömmlichen Handelssystem zu schaffen haben, ob sich »Salzkörner«, »Kreuzer«, »LETs«, »Talente« oder »Zeitschecks« in DM umrechnen lassen, diese Fragen sind weiterhin offen. Ein Guthaben über 120 Salzkörner, daß bspw. eine arbeitslose Kosmetikerin für eine kosmetische Behandlung erzielt hat, um dieses im Winter gegen Holz einzutauschen, läßt sich eben nicht so einfach vom Arbeits- oder Sozialamt auf staatliche Leistungen anrechnen, oder?●

ERWEITERUNG DER REDAKTION BREMEN

Götz Paschen, glücklicher Vater, zur Vergrößerung der Redaktion:
»Johanna Paschen, unsere Quotenfrau, ist seit dem 1.1.1997, 1 Uhr dabei. Mit 53 cm, 2.900 Gramm leistet sie mit ihrem Geschrei schon regelmäßig wertvolle Diskussionsbeiträge im Redaktionsbüro.
Die Redaktionen und CONTRASTE e.V. gratulieren herzlichst!

WAS MAN WISSEN MUSS:

Kleines Lexikon der Globalisierung, Teil 2

INTERNATIONALE ARBEITSTEILUNG:
Das Konzept einer Arbeitsteilung zwischen den Ländern geht zurück auf die Theorie des englischen Nationalökonomen Ricardo (19. Jahrhundert) von den »komparativen Kostenvorteilen«. Danach sollte sich jedes Land auf die Herstellung der Güter spezialisieren, die es im internationalen Vergleich am billigsten produzieren kann. Dadurch hätten alle beim freien Handel auf dem Weltmarkt einen Vorteil. Diese Annahme wurde in der modernen Entwicklungsdiskussion zur Rechtfertigung für die Ungleichheit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Während sich die Industrieländer auf hochwertige, kapitalintensive Produktion konzentrieren, sollen sich die Entwicklungsländer mit einfacher arbeitsintensiver Produktion und Rohstoffexport begnügen. Politische Machtstrukturen, Preisbildung und wirtschaftliche Abhängigkeiten werden dabei nicht thematisiert. Die sogenannte »neue internationale Arbeitsteilung« hat mit der Verlagerung von Produktionsstätten in den Süden zur Entwicklung sogenannter Schwellenländer – an der »Schwelle« vom Entwicklungs- zum Industrieland – geführt.

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS (IWF):
Der IWF wurde 1947 als Sonderorganisation der Vereinten Nationen gegründet. Er ist für Stabilität und Ordnung der internationalen Währungsbeziehungen zuständig, die bis 1973 auf einem System fester, auf Gold oder US-Dollar bezogener Wechselkurse beruhte. Heute bilden sogenannte Sonderziehungsrechte das Zahlungsmittel zwischen den Währungsbehörden. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge hängt von der Wirtschaftskraft des Landes ab. Dem entsprechen auch die Stimmrechte in den entscheidenden Gremien des Fonds: 120 Entwicklungsländer besitzen zusammen nur knapp ein Viertel der Stimmen. Der IWF ist seit den achtziger Jahren »Manager« der internationalen Schuldenkrise. Seine Kredite an verschuldete Mitgliedsländer sind häufig mit harten Auflagen verbunden. Die Forderung nach einer Sanierung der Zahlungsbilanzen, nach Subventionsstreichungen, Lohnsenkungen und Abbau von Sozialleistungen wird in den armen Ländern heftig kritisiert.

JOINT VENTURE:
Wörtlich übersetzt sind »Joint Ventures« Gemeinschaftsunternehmen von Partnern, die selbständig bleiben und sich nur für ein bestimmtes Projekt oder Geschäft zusammentun. Das können beispielsweise einheimische und ausländische Unternehmer in einem Entwicklungsland sein, von denen die einen Arbeitskraft und die anderen Kapital und Technologie für eine bestimmte Investition einbringen. Seit 1990 gibt es auch in Osteuropa viel Interesse an solchen Unternehmungen.

MIGRATION:
Das Wort (lat. = Wanderung) bezeichnet heute – unabhängig von Motiv oder Ziel der »Wandernden« – alle möglichen Bewegungen von Menschen weg von ihrem Wohnort: Flucht vor politischer Verfolgung oder wirtschaftlicher Not gehört ebenso dazu, wie die Auswanderung (Emigration) aus ökologisch bedrohten oder die Einwanderung (Immigration) in ökonomisch wohlhabende Gebiete. In der ideologisch verhärteten Debatte um Flucht und Asyl in der Bundesrepublik bietet das Fremdwort Neutralisierung, wo andere Begriffe werten oder durch die deutsche Gesetzgebung geprägt sind (»Asylsuchende«). Die Motive für Flucht und Wanderung sind oft nicht klar auseinanderzuhalten. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und mit der beschleunigten Globalisierung gehört die »Neue Völkerwanderung« (Lutz Hoffmann, 1993) zu den zentralen Herausforderungen der reichen Länder.●

dp

Fortsetzung folgt

CONTRASTE-SPENDENKAMPAGNE:

Sozialabbau trifft auch CONTRASTE

CONTRASTE hat niemals staatliche Subventionen in Form von Zuschüssen oder etwa ABM-Stellen in Anspruch genommen. Und doch treffen uns die Einsparungen bei den sozialen Projekten: Zu allererst greift die den Projekten verordnete Sparsamkeit bei den Fremdausgaben. In der Folge haben viele der Projekte ihr CONTRASTE-Abo gekündigt und uns reichlich ins Schwitzen gebracht. Einen großen Teil unseres Finanzloches in Höhe von mittlerweile knapp 20.000 DM haben wir diesem Umstand zu verdanken. Eine Deckung ist noch lange nicht in Sicht, bisher jedenfalls ist das Spendenaufkommen gering. Bleibt nur zu hoffen, daß unsere Spenden-Bilanz in der 150. Ausgabe (März 1997) günstiger ausfällt... Hier also wie angekündigt, eine Übersicht der bisher eingegangenen Spenden, für die wir uns ganz herzlich bedanken:

Stand 20. Januar 1997	67,– DM
Johann, Zolling	50,– DM
I. & U. Köhler, Sandhausen	220,– DM
Andreas, Leuna	2,– DM
Ulrich, Marl	20,– DM
Stand 10. Februar 1997	359,– DM

Bedanken möchten wir uns auch bei **Ina aus Bremen**, die sich zum Eintritt in den CONTRASTE e.V. entschlossen hat.

FÖRDERMÖGLICHKEITEN

- Mitglied oder Fördermitglied im CONTRASTE e.V. werden (siehe untenstehenden Coupon)
- Zusätzliche Abos werben, Betriebe und Projekte könnten sich zu einem Mehrfach-Abo entschließen, Geschenkabos, interessierten Personen könnte ein Schnupper-Abo für 3 Monate (10 DM, gegen Vorkasse) angeboten oder geschenkt werden.
- Spenden, auch kleinere
- Die BUNTE SEITEN 96/97 bestellen oder verschenken (der Reinerlös fließt in das Zeitungsprojekt)

PREISVERGABE:

Die Stiftung Fraueninitiative

vergibt einen Preis in Höhe von 5.000,– DM für innovatives feministisches Denken und Handeln

Ausgezeichnet wird 1997 eine wissenschaftliche Abhandlung oder ein reflektierter Erfahrungsbericht aus der Praxis zum Thema

gemeinwesenorientiertes Wirtschaften.

Unter »gemeinwesenorientiertem Wirtschaften« sind alle die Formen von bezahlter und unbezahlter Eigenarbeit zu verstehen, die der direkten und ökologisch sinnvollen Bedarfsdeckung einer Gruppe, einer Nachbarschaft, eines Dorfes, eines Stadtteils etc. dienen und nicht am 'freien' Markt, dem Profit und der üblichen Erwerbsarbeit orientiert sind. Die Arbeitsweise ist nicht-patriarchal.

Bewerben können sich Frauengruppen, Frauenprojekte oder einzelne Frauen aus dem In- und Ausland. Gewünscht sind Ausarbeitungen beispielsweise zu folgenden Themenbereichen:

* geschichtliche Überlegungen zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften und dessen Wirksamkeit heute unter den veränderten Rahmenbedingungen;
* der Forschungs- und Diskussionsstand zu den Kategorien »Bedürfnis« und »Bedarf« in einzelnen Ländern;
* theoretisch fundierte Einschätzungen über das Verhältnis von neoliberaler Marktwirtschaft und gemeinwesenorientiertem Wirtschaften;
* reflektierte Ergebnisse aus Versuchen zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften in gemischten Gruppen (Geschlecht, Ethnie. Alter, Qualifikation), die Arbeitsweise (Arbeitsteilung, -bewertung, -organisation, -inhalte) gleichberechtigt und gleichgewichtig zu gestalten;
* geeignete Formen der Entscheidungsfindung bei gemeinwesenorientiertem Wirtschaften;
* didaktische Modelle zur Vermittlung von alternativen, nicht-patriarchalen Wirtschaftensweisen;
* notwendige Infrastruktur und ihre Nutzungsformen für gemeinwesenorientiertes Wirtschaften.

Der Text soll anonym zugeschickt werden, d.h. er wird nur mit einem Stichwort gekennzeichnet. Dieses Stichwort erscheint ebenfalls auf dem 2. Briefumschlag, der Name, Anschrift, eine Kurzbeschreibung zu Werdegang, derzeitigem Arbeitszusammenhang und eine evtl. Veröffentlichungsliste enthält. Der eingesandte Text in deutscher Sprache soll nicht mehr als 30 Seiten, anderthalbzeilig geschrieben, umfassen und in 3-facher Ausfertigung eingesandt werden. Es ist geplant, geeignete Texte zu veröffentlichen. Mit der Einreichung des Textes überträgt die Autorin der Stiftung das einmalige Veröffentlichungsrecht.

In die Auswahl gelangen alle Beiträge, die bis zum 18. **April 1997** bei der Stiftungsadresse eingegangen sind. Die Preisverleihung ist für den 4. Juli 1997 in Köln geplant.

Die Entscheidung über die Auswahl trifft eine Jury. Ihr gehören der Vorstand der Stiftung und drei weitere Fachfrauen an. Der Rechtsweg gegen die Entscheidung ist ausgeschlossen.

Anschrift der STIFTUNG FRAUENINITIATIVE und Informationen zur Stiftung: Postfach 190308, D-50500 Köln
Stiftungsvorstand: Dr.Carola Möller, Köln (Vorsitzende), Rita Seppelfricke, Köln, Margit Stolzenburg, Berlin
Spendenkonto der gemeinnützigen Stiftung: 1005800, Commerzbank Bonn, BLZ: 380.400.07

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ANTIFA
ARBEITSLOSE
AUSBILDUNG
BERATUNG
BILDUNG
DRITTE WELT
ENERGIE
FAHRRAD
FRAUENPROJEKTE
HANDWERK
HANF
INFOLADEN
INITIATIVEN
JUGENDUMWELT
KOMMUNEN
MEDIEN/VERLAGE
NATURKOST
ÖKOLOGIE
SANFTES REISEN
SOZIALES
TAGUNGSHÄUSER
TAUSCHRINGE
FAIRSICHERUNGEN
u.v.a. RUBRIKEN

BUNTE SEITEN 96/97

Der Marktplatz für politisch & ökologisch handelnde Projekte und Betriebe

Das einzige Adreßverzeichnis der alternativen Bewegungen. Mit 11.000 Adressen aus der BRD, CH, A und internationalen Kontaktadressen. 240 Seiten, Format 29,7 X 23 cm ISBN 3-92400085-03-X

Preis: 30 DM zzgl. 3 DM Versandkosten (in Briefmarken, V-Scheck, Schein). **Bei: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg**

FRAUEN IM HANDWERK:

Nicht alles, was glänzt, ist Gold

Eine Freundin, meine Arbeitskollegin, unsere Seminarreferentin, die Bekannte der Freundin einer Meisterin; die Frauen vom Bauhaupt- und Nebengewerbe, genauso aber auch die anderen, bisher von Männern dominierten Berufe; alle machen wir ähnliche Erfahrungen. Fangen wir an Erlebnisse zu erzählen über die Begegnungen mit Männern, die Diskriminierungen, Anmachen, Verwunderungen der Bauherren, Kollegen und Zuschauern bei der Arbeit, so kann das Stunden dauern. Im folgenden also eine beispielhafte Geschichte einer Frau vom Bau.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Heike Notz (Bauhandwerkerin), Red. Handwerk ● Nichts ist erfunden, meine eigene Geschichte und die, die mir erzählt wurden, stecken da drin und sollen einmal die Misere des Handwerks darstellen, die auch der Grund sein könnte, warum wir dort nicht mehr Frauen werden. Diese Geschichten passieren, und es gibt auf dem Weg zur Gesellin, geschweige denn bis zur Meisterin, viele, die aufhören. Nur zu oft verstehe ich diese Entscheidung, finde es aber immer wieder schade um jede Frau, die geht, und würde jederzeit gut zureden, daß sie weitermacht.

Angenommen den Fall, eine Frau möchte ein männlich dominiertes Handwerk erlernen. Sie schreibt Bewerbungen, läuft von Firma zu Firma. Ein Kollektiv kann ihr nicht weiterhelfen, da sie nicht umschulungsberechtigt ist; sie war nicht lange genug erwerbslos, also sind auch keine Gelder für sie zu bekommen. Manche Firmen wollen sie nicht als Lehrling anstellen, weil sie eine Frau ist, weil sie nicht »universell« einsetzbar sei, weil sie angeblich nicht so schwer tragen könne, weil ihr das Gewerk angeblich zu dreckig sei. Eine andere Firma nimmt keine Abiturientinnen. Wieder eine andere kommt immer noch mit dem Argument, es gäbe dort keine Frauentoiletten und Frauen dürften sowieso nicht auf dem Bau arbeiten (bis vor kurzem gab es noch solche Gesetze, diese wurden aufgehoben, was viele nicht davon abhält, sie als Ablehnung weiter zu verwenden), und das Betriebsklima würde gestört werden, was denken die Kunden....

Vorurteile

Wenn sie an den Baustellen in der Stadt vorbei geht und die schnalzenden, pfeifenden, saufenden (Vorurteile ?) Männer sieht und sie sich ekelt, fragt sie sich schon das erste mal, ob sie sich den richtigen Beruf ausgesucht hat. Wieviele haben bis dahin schon aufgegeben. Sie hat Glück und bis dahin nicht aufgegeben. Ein Betrieb, der sich denkt, das kann man ja mal probieren, will sie ausbilden. Vielleicht verbessert sie das Betriebsklima. Was vorher als Argument dagegen galt, wird jetzt zum Argument dafür.

Angenommen den Fall, die frischgebackene Gesellin sucht eine Stelle, weil ihr Lehrbetrieb nicht richtig zufrieden mit ihr war. Das Betriebsklima hatte sich nicht verbessert, außerdem hat ihr Gesellinnenstück nicht den ersten Preis beim Bundeswettbewerb gemacht und damit den Betrieb als guten Ausbildungsbetrieb gerühmt. Sie war nicht besser als die männlichen Auszubildenden, und damit zu langsam. Sie hat keine Sprüche gekloppt, war patzig und unfreundlich. Alles nicht das, was man von einer Handwerkerin erwartet. Also geht sie zum Arbeitsamt, dort sagt ihr die Beraterin gleich, daß sie da wohl keine Chancen hat als Frau, sich aber selbst auch umgucken soll. Das macht sie natürlich, schreibt wieder Bewerbungen und geht von Firma zu Firma. Sie bekommt wieder sämtliche Vorurteile zu hören, in manchen Betrieben wird ihr hinterher gepfiffen, sie wird »Puppe« genannt, nicht ernstgenommen, belächelt, angemacht. Oder es wird behauptet, sie würde eh bald schwanger werden, einer will sogar eine Unterschrift, mit der sie erklären soll, daß sie es nicht werden wird. Für sie kommt noch erschwerend hinzu, daß fast alle Betriebe nur Gesellen mit Berufserfahrung suchen, die sie noch nicht hat. Schön stellt sie sich vor, in einem Betrieb zu arbeiten, in welchem sie mit anderen Frauen arbeiten kann. Der Streß, den Vorurteilen ständig etwas entgegensetzen zu müssen, wäre geringer. Diesen Betrieb kann sie sich leider nicht aussuchen, da sie auch nicht in eine andere Gegend ziehen möchte.

Selbständig machen im Handwerk

Angenommen den Fall, sie findet nach langer Zeit eine Stelle als Gesellin in einem Zehn-Mann-Betrieb. Dort merkt sie sehr bald, daß sie das alles nicht gut aushalten kann. Die ständigen Sprüche, die von ihr abgerissenen Porno-Bilder, die jeden Tag wieder neu hängen, Arbeit, die stupide ist und sie nicht fordert, und niemals ein Lob. Dabei ist es so wichtig gelobt zu werden, sonst macht die ganze Arbeit keinen Spaß. Ihr wird nahegelegt, daß sie doch besser im Büro arbeiten sollte. Zu guter Letzt kriegt sie auch noch raus, daß sie für die gleiche Arbeit wie die der männlichen Kollegen, weniger Lohn bekommt. Zufall oder nicht, sie wird schwanger.

Angenommen den Fall, sie kann und möchte nach dem Erziehungsurlaub nicht wieder in ihren alten Betrieb. Sie hält es nicht mehr aus, ewig dieselben Sprüche zu hören, sie will nicht mehr den dumpfen Alltag ertragen müssen, mit all seinen kleinen und größeren Schikanen, die hier gar nicht alle erwähnt werden können. Das will sie auch in keinem anderen Betrieb mehr. So wächst die Idee, sich mit einer befreundeten Handwerkerin selbständig zu machen. Sie wollen ganz klein anfangen, nur mit den nötigsten Maschinen und, wenn alles klappt, größer werden oder auch nicht. Nach kurzer Zeit stirbt auch dieser Traum, da mindestens eine von beiden einen Meisterbrief benötigt, ohne welchen sich niemand im Handwerk selbständig machen darf. Beide können sie dafür nicht die vorgeschriebenen drei Jahre Gesellinnenzeit nachweisen. Mit dem Kind und ohne Geld könnte sie es sich eh nicht leisten, eine Meisterschule zu besuchen. Da sie sonst keine Stelle finden kann, beginnt sie ihre Tätigkeit in einem Büro eines kleinen Handwerksbetriebes....

Die Zahl der weiblichen Auszubildenden in hauptsächlich männlich besetzten Berufen steigt nicht. Nach ihrer Ausbildung werden Frauen viermal so häufig arbeitslos wie die Männer in diesen Berufen. Mehr als die Hälfte der Gesellinnen steigt schon bald aus dem Beruf aus. Die geringe Zahl derjenigen, welche die Meisterprüfung ablegen, ist im Vergleich zu den Männern eher rückläufig.

Da bemühen sich die verschiedensten Parteien, Institute und Ministerien seit Jahren, die Frauen für die männlich besetzten Berufe zu interessieren. Es wird regelrecht geworben, ich nehme an in Zeiten, wo der Nachwuchs in den Berufen fehlt. Viel mehr passiert aber nicht. Welche Zukunft bieten denn diese Berufe den Frauen?

Ich stelle mir eine Entwicklung im Beruf so vor, daß ich akzeptiert werde, daß ich an meinen Aufgaben wachsen kann, selbständig wirtschaften und meine Arbeiten erledigen darf und ich auch, wenn ich z. B. mit 50 Jahren nicht mehr voll auf dem Bau arbeiten kann aus körperlichen Gründen, nicht von der Sozialhilfe leben muß. Das ist doch das Minimum. Akzeptable Arbeitsplätze für Frauen gibt es nur sehr wenige, so muß ich mir selber einen schaffen. Der Meisterbrief ist im Handwerk aber zwingend notwendig, um sich selbständig zu machen oder einen Betrieb zu gründen, das schreibt die Handwerksordnung (HWO) so vor. Wenn ich diesen nicht besitze und es mir nicht möglich ist diesen zu machen, mangels nachweisbaren Gesellinnenjahren in einem Meisterbetrieb, so bleiben mir nur wenige Wege zur Selbständigkeit. Ich könnte eine Reisegewerbekarte beantragen, die aber viele Einschränkungen hat. So etwa dürfte ich keine Werbung machen und nicht auf Bestellung arbeiten. Dann könnte ich noch im Minderhandwerk arbeiten. Das heißt aber, ich habe kein Vollhandwerk angemeldet, darf also nur minderhandwerkliche Tätigkeiten ausüben, wie z.B. »Einbau von genormten Baufertigteilen«, »Holz- und Bautenschutz« oder »Bodenleger/in«, alles dies schreibt die HWO genauestens fest, und die Handwerkskammern (HWK) wachen sehr streng darüber. Werden diese Regeln von Personen nicht eingehalten – und da muß sich erstmal eine zurechtfinden in diesem System –, so kann eine Geldbuße wegen Schwarzarbeit bis zu 100.000,– DM drohen, obwohl alles angemeldet war und die Steuern richtig bezahlt wurden, nur weil die »falsche« Arbeit gemacht wurde.

Eine Möglichkeit gäbe es noch, vorausgesetzt das Abitur ist vorhanden: Architektur studieren oder Bauingenieurin werden, mit einem Praktikum oder der Gesellinnenprüfung könnte der Eintrag in die Handwerksrolle (dort werden von der Handwerkskammer alle Gewerbetreibenden eingetragen, die ein Vollhandwerk im stehenden Gewerbe ausüben) erfolgen.

Ausbildungsplätze von Frauen für Frauen

Der Einstieg und vor allem das Dabeibleiben in einen handwerklichen »Männerberuf« wäre für viele Frauen interessanter, wenn handwerkliches Arbeiten neu gestaltet werden würde. Dies könnte auch den Männern zugute kommen. Ich denke z.B. an individuellere Arbeitszeiten, womit sich trotzdem die Existenz sichern läßt (also auch u.a. die Rente gesichert ist), betriebliche Kinderbetreuung, vor allem auch für Kleinbetriebe, Frauen müßten in Leitungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden, ein angenehmeres Arbeitsklima schaffen etc. Der Einstieg und vor allem auch das Dabeibleiben wären für viele Frauen leichter und interessanter. Mehr Informationen und Anreize über die zukünftige Berufswahl müßten schon in der Schule gebracht werden. Ausbildungsplätze von Frauen für Frauen zu schaffen, würde einen zusätzlichen Anreiz geben, dafür müßten aber erstmal genügend Frauen da sein, die die Berechtigung haben, auszubilden. Sich selbständig zu machen müßte vereinfacht werden. Frauen werden auch bei den Banken oft nicht ernst genommen, ihnen wird nicht zugetraut, ihre Existenz selbständig zu erarbeiten. Zwar gibt es in einigen Bundesländern mittlerweile spezielle Förderungen, welche Frauen den Einstieg in die Selbständigkeit erleichtern sollen, aber wie selbständig machen, wenn sie mangels Nachweises der Gesellinnenjahre oder Geldes gar keine Meisterin machen können. Die Kosten für den Besuch einer Meisterschule, die Prüfung und den Lebensunterhalt liegen bei ca. 40.000,– bis 60.000,– DM. Um dann die Selbständigkeit zu beginnen, braucht es auch etwas Startkapital. Neuerdings gibt es zwar ein Meister-BAföG, was aber beim genaueren Durchrechnen gegenüber anderen Krediten oder Eigenfinanzierung die Lage nur sehr geringfügig lindert, nicht hilft. Es gibt selbständige Gesellen/innen, in Nischen und unter bestimmten Voraussetzungen, wie bei der Reisegewerbekarte oder im Minderhandwerk. Alles das ist aber ein Dorn im Auge der Handwerkskammern.

Von den Nazis wiedereingeführte Zwang

Interessanter als nur Werbung für Frauen zu machen, ist es doch, das Handwerkssystem zu hinterfragen. Ist der von den Nazis wiedereingeführte Zwang zum Meistertitel notwendig? Mit der Industrialisierung wurde 1810 in Preußen, 1869 im gesamten Land die Gewerbefreiheit eingeführt, das heißt, es reichte ein Gewerbeschein für die handwerkliche Selbständigkeit. Erst 1935 wurde die Gewerbefreiheit durch die Nazis wieder abgeschafft, um die Forderungen der Spitzenverbände des Handwerks zu erfüllen und diese endgültig auf ihre Seite zu ziehen. Das Handwerk hatte Angst vor Konkurrenz, außerdem wollten sie Pflichtinnungen mit Führerprinzip einführen. Aber die gute alte Tradition und die Qualität leiden, wenn der Meisterzwang abgeschafft werden würde, sagen manche. Es zeigt sich aber z.B. aus der Erfahrung der im Reisegewerbe Tätigen, daß dies nicht der Fall ist. Auch diese Gesellen/innen sind verpflichtet Garantien zu gewähren. Die Ausbildung der Lehrlinge übernehmen in der Realität der Betriebe ohnehin die Gesellen/innen, da der Meister für Büro und Planung zuständig ist. Ein besser organisiertes System wäre hier erstrebenswert, so daß die Ausbildung Spaß macht; die Lehrlinge sollen nicht nur die billigen Arbeitskräfte sein, die zum Fegen da sind. Es könnte z.B. ein großer praktischer Teil der Ausbildung in der Schule stattfinden, wo alle Männer lernen müßten, mit Frauen bei der Arbeit auszukommen.

Mit der EU hatten fast alle daran geglaubt, daß der Meistertitel nicht mehr notwendig sein würde, um sich selbständig zu machen. Aber weit gefehlt, Deutschland hat im EU-Rat durchgesetzt, daß dieses Thema ein staateninternes Anliegen ist. Den Meistertitel in dieser Form gibt es noch in Luxemburg und Österreich.

Durch die Rezession auf dem Bau sieht die Zukunft für uns Gesellinnen nicht sehr rosig aus. Die Geschichte zeigt ja, daß Frauen auf dem Bau in Zeiten mit Arbeitskräftemangel, z.B. in Kriegs- und Nachkriegszeiten, durchaus erwünscht waren, dann aber sogenannte Frauenschutzgesetze wieder verschärft wurden, um damit die lästige Konkurrenz zu beseitigen. Die Arbeiterinnen mußten immer als erste wieder gehen.

Also müssen wir uns um eine eigene Zukunft kümmern. Seit 1994 haben sich Gesellinnen und Gesellen in dem Berufsverband unabhängiger HandwerkerInnen (BUH e.V.) zusammengetan. Der Meisterzwang soll abgeschafft werden und die Berufsfreiheit (Art. 12 GG -Freiheit der Berufswahl) durchgesetzt werden, auf daß die vielen Steine, die uns das Handwerk vorsetzt, endlich aus dem Weg geräumt werden und wirklich jede/r die Chance erhält in dem Beruf das zu werden, was sie/er sich erwählt. Besonders wichtig ist uns dabei die Zukunft der Frauen im Handwerk. Dafür haben wir jetzt einen eigenen Arbeitsbereich, eine Frauengruppe und eine Frau, die die Informationen sammelt und weiterleitet zu diesem speziellen Thema. Wir knüpfen Verbindungen mit anderen Frauenverbänden, wie den »Frauen vom Bauhauptgewerbe« (loser Zusammenschluß mit jährlichem Treffen und Fortbildungen), den Baufachfrauen, dem Tischlerinnentreffen, zu Politikerinnen, Instituten, u.s.w.. Wir wollen Frauen ermutigen ins Handwerk zu gehen. Dieselbe Arbeit, bloß mit gemischten Gruppen und den Parteien machen wir für uns alle. Als Gesellinnen und Gesellen gehen wir an die Öffentlichkeit und schaffen uns eine Lobby, die wir gegenüber den Kammern und Innungen dringend nötig haben.

Wir haben zwar etwas gegen den Zwang zum Meisterbrief bei Selbständigkeit, aber gegen Fortbildung haben wir überhaupt nichts. Deshalb organisieren wir uns selbst Fortbildungskurse. Bis jetzt noch hauptsächlich im handwerklichen Bereich, aber auch andere Themen und Ideen warten auf ihre Umsetzung. Wir setzen uns gegen Dumping-Löhne und für umwelt- und gesundheitsbewußtes Bauen ein.

Zusammengefaßt heißt das, ich stelle mir vor: Schon in den Schulen und Kindergärten die Berufsmöglichkeiten den Mädchen handfest nahebringen. Die Ausbildung interessanter gestalten, mehr Frauen bilden Frauen aus. Mit ihrem Arbeitsplatz unzufriedene Gesellinnen sollen aufgefangen werden, durch Anlaufstellen (die Handwerkskammern sind dazu offenbar nicht fähig), die ihr wenn nötig neue Arbeit vermitteln können, ihr tatkräftig bei Streß mit Kollegen oder anderen helfen. Es ist nämlich oft der Fall, daß Frauen viel zu isoliert dastehen. Der Meisterzwang sollte abgeschafft werden, mehr Frauen können sich dann im Handwerk selbständig machen und sich damit ihre eigenen Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

Meiner Meinung nach wird es Zeit, daß wir uns organisieren. Immer mehr Menschen werden in die Selbständigkeit getrieben, da ist es wichtig, daß uns die von den Gesellen/innen und den Gewerkschaften erkämpften Rechte nicht verlorengehen und wir uns darauf aufbauend immer neue Rechte erkämpfen.●

Erschienen 1996 in beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 43/44, »Um Bildung«, Eigenverlag

Infos zum:
Berufsverband unabhängiger HandwerkerInnen BUH e.V., Ziegeleistraße 9, D-29497 Woltersdorf
Tel.: (0 58 41) 59 95

FRÜHJAHRSTREFFEN

BUH e.V.
Berufsverband unabhängiger Handwerkerlnnen

BUH wider Meisterzwang

Der Berufsverband unabhängiger HandwerkerInnen, BUH e.V., veranstaltet vom 24. bis 27. April 1997 sein Frühjahrstreffen. Bestandteil dieses Treffens sind: Vortrag über »Neue Selbständigkeit« von Gisela Notz»»Berufsentwicklung der Tischlerin bis Heute« von Dorothea Schemme, »Perspektiven des BUH e.V.« und die Jahreshauptversammlung '97.
Veranstaltungsort: Jugendhof Bessunger Forst, Roßdorf. Essen, Bett, Vorträge für 180 DM.
Anmeldeschluß: 1.4.97.
Information & Anmeldung:
BUH e.V., Ziegeleistr. 9, D-29497 Woltersdorf

NEUE EWU-STUDIE: EURO – NEIN – EUROPA – JA

EURO UND EWU – Hoffnung oder Desaster?

Am 13.1. war die Premiere des »Institutes für Neue Arbeit« bei der Sozialistischen Selbsthilfe Köln-Mülheim (SSM). In ihrem neuen Second-Hand-Verkaufsraum sollen in Zukunft weiterhin Gespräche und Seminare zum Thema Krise der Arbeitsgesellschaft stattfinden und Konzepte zu deren Überwindung diskutiert werden; bewußt mitten im Geschehen der Selbsthilfe, welche jahrzehntelange Erfahrungen in selbstbestimmtem, gemeinwesenorientiertem Schaffen und Wirken gesammelt hat.

Von Heinz Weinhausen aus Köln ● »EURO und EWU – Hoffnung oder Desaster?«, hieß die Auftaktveranstaltung. Den 30 TeilnehmerInnen wurde einiges an Denkarbeit bei der Vorstellung der EWU-Studie von Norbert Trenkle und Ernst Lohoff (Redaktion KRISIS) abverlangt. Dies war dem verzwickten Thema geschuldet, welches sämtliche Begriffe der Ökonomie berührt. So ging es u.a. um Auf- und Abwertung, Zinsen und Spekulation, Leitwährung und Europabank.

Der EURO läßt Schlimmes befürchten. Keineswegs wird es so kommen, wie es Kohl, Kinkel und Waigel darstellen. Das durchschnittliche Wirtschaftwachstum der EWU-Länder wird einbrechen, die Arbeitslosigkeit wird dramatisch zunehmen, und der EURO wird keineswegs so stabil sein wie die DM heute noch. In den Anzeigen der Bundesregierung wird verräterisch das Gegenteil beschworen. Verräterisch war auch die riesige Werbekampagne für die Telekom-Aktien, um das Vertrauen der Kleinaktionäre zu gewinnen. Aber es hat der Telekom wenig genützt. Der Kurs wandert inzwischen in Richtung Ausgangswert. Trotz raffiniertester Werbung wird auch das Zittern um die Stabilität des EURO kommen, weil die für Maastricht maßgebliche Leitwährung, die DM, heute selbst überbewertet ist – so ein Ergebnis der Studie. Der hohe Kurs der Deutschen Mark entspricht demnach nicht mehr einer realwirtschaftlichen Überlegenheit, sondern ist in erster Linie die Folge einer starken Nachfrage nach DM-Schuldtiteln und DM-Anlagen. Werden diese bei Vertrauensverlust wieder abgezogen, droht einhergehend mit der Entwertung eine Bankrottwelle und das Lostreten der aufgestauten Inflation.

Es wird nur wenige Gewinner beim EURO-Spiel geben, die sogenannten Hochproduktivitätsinseln. Fallen nämlich die anderen Währungen als Puffer mittels Abwertung weg, wird die weniger effektive Konkurrenz plattgewalzt. Diese Konsequenz ist bereits durch die deutsche Wiedervereinigung belegt, die nur deshalb bisher nicht in die Katastrophe führte, weil inzwischen sage und schreibe tausend Milliarden vom Staat für Ostdeutschland aufgebracht wurden. Die Wirtschaft stagniert trotzdem, die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Und wer kann und wird eine entsprechend gigantischere Summe für die EURO-Verliererregionen aufbringen?

Hier zeigt sich das grundlegende Problem jeder gegenwärtigen Reformbestrebung. Im Unterschied zum Fließbandkapitalismus werden bei dem heutigen Automatisierungsgrad ständig mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen werden können. Da Arbeit und Massenkonsum letztlich aber maßgeblich für eine funktionierende Geldgesellschaft sind, handelt sich jeder systemkonforme Versuch von Problembewältigung neue unlösbare Widersprüche ein. Das Keynesche Rezept, wonach durch die Erhöhung der Staatsausgaben die Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann, blamiert sich in dieser neuen Grundkonstellation. Statt zu wachsen dümpelt diese weiter vor sich hin, die Staatsverschuldung nimmt zu und kann gar nicht mehr zurückgefahren werden. Inflation und Währungseinbruch drohen.

Die neoliberale Richtung setzt auf den entfesselten Markt und den sogenannten schlanken Staat. Die Verarmung von Millionen Menschen wird als angeblich vorübergehende Erscheinung in Kauf genommen. Der Wirtschaftsmotor kommt aber auch mit diesem Rezept nicht in die Gänge und vorbereitet wird nur der Kollaps durch Kaufkraftzusammenbruch. In dieses heikle Konzept ordnet sich nun die Einführung des EURO ein. Die Umsetzung der geplanten EWU würde diesen neoliberalen Prozeß allerdings dramatisch verschärfen und ist daher grundsätzlich und kompromißlos abzulehnen.

Auch eine linke Strategie, die auf Aneignung der enormen Spekulationsgewinne setzt, hat außer einiger Peanuts wenig Aussichten auf Erfolg. Erstens weiß sich das Aktienkapital einem nationalen Zugriff zu entziehen, zweitens ist es nur eine Frage der Zeit, bis die realwirtschaftlich nicht mehr abgesicherte Spekulationsblase platzt und die Kreditketten reißen.

Eine Zerschlagung dieses gordischen Knotens ist vorerst nicht möglich. Die Autoren sehen als Perspektive einzig eine schrittweise Entkoppelung von Markt und Staat. Dieser ist allerdings nicht aus seiner Verantwortung zu entlassen. Statt eine nicht durchhaltbare Alimentierung der Mehrheit der Bevölkerung ist von diesem Autonomiehilfe zu fordern für den Aufbau von Strukturen gemeinwesenorientierter und nicht mehr marktvermittelter Produktion. Ein wichtige Rolle spielt hierbei vernetzt-kooperative, moderne Selbstversorgung (HighTech-Selfproviding). Heute gilt es, die Weichen zu stellen für ein ganz anderes, selbstbestimmtes Europa jenseits der Warengesellschaft.

Soweit einige Aspekte. Anzumerken ist noch, daß eine Ablehnung von Währungsunion und EURO auch durchgehalten werden muß, wenn rechtsextreme Kräfte wie die Republikaner dieses Projekt ebenso bekämpfen. Ein verwüstetes Europa würde den Rechtsradikalen erst recht den erhofften Zulauf bringen.●

Eine Kurzfassung der EWU-Studie des Institutes für kritische Gesellschaftstheorie ist zu beziehen über:
- CL-Netz: /CL/GRUPPEN/KRISIS
- INTERNET: http://www.magnet.at/krisis
- Heinz Weinhausen, Helenenwallstr.20a, D-50679 Köln (5 DM in Briefmarken beilegen)

Anzeige

kreativ kritisch politisch frech

bundesweiter
Plakatwettbewerb "50 Jahre DM"
Am 20. Juni 1998 hat die DM Geburtstag.
Sie wird 50 Jahre alt.

Es gibt viele Facetten, das Thema künstlerisch zu bearbeiten.
Die LAKS Hessen ruft auf, sich am Projekt zu beteiligen. Wir bieten:
- **Freiraum** für künstlerische Ideen
- **Großformatige Veröffentlichung** zum 20.06.98
- **Öffentlichkeit** außerhalb kommerzieller Zwecke
- **Preisgelder** in Höhe von 10.000 DM
- **Fachgerechte Beurteilung** durch renommierte Jury
- **Geplante Ausstellungen**
- **Katalog**

Einsendeschluß: 2. Juni 1997

Wege zu mehr Information und den Wettbewerbsbedingungen:
per Post: LAKS Hessen – Plakatwettbewerb – Schulstraße 6. 35037 Marburg
per fon: 06421. 15140
per fax: 06421. 27198
per Datenhighway zu erreichen unter: kfz@bop.de http://www.bop.de/kfz/laks

LAKS Hessen i.e. Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokultureller Zentren

DOKUMENTATION: AUFRUF DES BUNDESWEITEN KOORDINIERUNGSTREFFEN

Aktionstag 18. März 1997

Auf ein Neues! Wir rufen dazu auf, am 18. März, dem bundesweiten Aktionstag für »Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrükkung« gemeinsam auf die Straße zu gehen! In 14 Städten und Regionen fanden im vergangenen Jahr Veranstaltungen, Kundgebungen und andere Aktionen statt. An diesem Ausdruck von Solidarität wollen wir auch 1997 anknüpfen.

Die Notwendigkeit, den herrschenden Verhältnissen Aufruhr und Widerstand entgegenzusetzen, hat nichts an Dringlichkeit verloren. Die Rechte ist weiter auf dem Vormarsch. Doch, wo es radikale Gegner/innen und Widerstand gibt, da gibt es Verfolgung und Repression. In einer solchen Situation ist die Solidarität eine unserer wichtigsten Waffen! Unsere Solidarität basiert auf den gemeinsamen Zielen grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderung - so unterschiedlich die konkreten politischen Vorstellungen in der Linken auch manchmal sein mögen! Die gemeinsame Verteidigung gegen Angriffe auf linke Strukturen und Personen, auf emanzipatorische Politik überhaupt und auf unsere Geschichte ist Ausdruck unseres politischen Selbstverständnisses! Das lassen wir uns nicht nehmen!

Die Verfahren gegen organisierte AntifaschistInnen, die Staatsschutzangriffe vom 13.6.95 gegen linke Strukturen und das »radikal«-Verfahren oder die nichtendenwollenden Vorladungen wegen dem Verfassungsschutzagenten Steinmetz sind deutliche Beispiele für die staatlichen Angriffe. Immer öfter wird dabei die Beugehaft als Mittel eingesetzt, um ohne Gerichtsverfahren Haftstrafen bis zu sechs Monaten zu verhängen, wie auch jetzt wieder gegen unsere Genossin Ursel Quack. Ursel hat die Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz verweigert.

Mit dem Verbot der PKK hat sich der Staat ein Mittel geschaffen, um hart gegen politisch aktive KurdInnen vorzugehen und die Solidarität mit dem Befreiungskampf in Kurdistan gegen das türkische Regime zu unterbinden. Deshalb verschwinden immer mehr KurdInnen in den deutschen Knästen. Derzeit sitzen etwa 300 kurdische Gefangene in der BRD im Knast. Gegen etwa 20 von ihnen laufen aktuell Gerichtsverfahren. Oft droht nach dem Urteil die Abschiebung und damit die Auslieferung an das türkische Regime.

Die Organisationsverbote gegen kurdische und türkische Oppositionelle sind eine klare Stellungnahme der Herrschenden für den türkischen Folterstaat und gegen die, die ihn bekämpfen. Doch auch mit Kriminalisierung wird die deutsche Regierung weder den Befreiungskampf in Kurdistan noch seine Unterstützung in der BRD klein kriegen. Für uns bedeutet das, der Repression internationale Solidarität und Zusammenarbeit entgegenzusetzen. Der Aktionstag 18. März ist auch ein Tag der internationalen Solidarität!

1997 jährt sich zum 30. Mal die Erschießung von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 während einer Demonstration gegen den iranischen Schah und seine deutschen Regierungsfreunde. Auf dieses Datum bezog sich nicht nur die Guerilla »Bewegung 2. Juni« im damaligen Aufbruch gegen die bestehende ökonomische und politische Ordnung. 1997 jährt sich auch zum 20. Mal der »Deutsche Herbst« - dieses Synonym der zugespitzten Konfrontation der RAF mit diesem Staat und der innenpolitischen Militarisierung mit seinen Toten im Gefängnis Stuttgart-Stammheim am 18. Oktober 1977.

Es sind Daten, die konkret staatliche Repression benennen, aber auch für den radikalen linken Widerstand und den Aufbruch gegen die Verhältnisse in Deutschland stehen. Es sind aber auch Daten, an denen Regierung, bürgerliche Politiker und Medien anknüpfen, um linke Geschichte als von Anfang an gescheitert umzuschreiben. Jegliche Alternativen zu Kapitalismus und Imperialismus sollen als chancenlos oder als Ideen einiger SpinnerInnen stehen bleiben. Die Erfahrungen der militanten Kämpfe wie die der bewaffneten Organisationen in den letzten 30 Jahren stehen für die Versuche, revolutionäre Politik in der BRD zu organisieren. Als solche sind sie Teil unserer linken Geschichte. Die Herrschenden wollen nach der faktischen Niederlage der Linken Ende der 80er Jahre jetzt ihre ideologische Hegemonie festigen: »Die Geschichte ist zu Ende...«. Wir begreifen uns in der Kontinuität der Kämpfe und wir werden unsere Geschichte gegen die Verfälschung und Entsorgung verteidigen!

In Europa ist die Zusammenarbeit der Sicherheits- und Justizapparate inzwischen eng koordiniert und politisch vereinheitlicht. Das politische Asyl innerhalb Europas wurde bereits seit langem abgeschafft. Beschleunigte Auslieferungen sogenannter »Straftäter« und »Terroristen« sind die Konsequenz; an einer Novelle des Europäischen Auslieferungsabkommens wird gerade gefeilt. Deutsche Bullen nehmen im »radikal«-Verfahren offiziell Durchsuchungen in den Niederlanden vor; spanische Bullen dürfen in Berlin Festnahmen mit organisieren, wie 1995 im Fall von Benjamin Ramos Vega, einem katalanischen Linken.

Die Haftbedingungen politischer Gefangener in Europa gleichen sich mehr und mehr an; und weltweit kämpfen tausende von politischen Gefangenen um das nackte Überleben und ihre Würde im Knast. Ihr Kampf richtet sich gegen Folter, Mord, Isolation und Zerstörung politischer Kollektive. Dies gilt beispielsweise für die Türkei, wo sich 10.000 politische Gefangene im Hungerstreik befanden, für Spanien, wo baskische Gefangene seit vielen Jahren für ihre Zusammenlegung im Baskenland und verbesserte Haftbedingungen kämpfen. Dies gilt für Mumia Abu Jamal, der nach wie vor gegen seine Hinrichtung kämpft, für die politischen Gefangenen in der BRD, von denen die meisten schon seit über 15 Jahren im Knast sitzen; dies gilt für die MRTA in Peru, die mit der Botschaftsbesetzung versuchen, ihre gefangenen Genossen aus den Knästen zu holen.

Genauso wie diesen Gefangenen gilt unsere Solidarität den Menschen aus vielen Ländern, deren Lebensgrundlagen durch imperialistische Macht und Ausbeutung ruiniert werden. Gegen die, die sich auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen oder auf der Flucht vor Verfolgung auf den Weg in die Metropole gemacht haben, hat die Festung Europa hohe Mauern errichtet: rassistische Sondergesetze, Abschaffung des politischen Asyls, polizeiliche Aufrüstung an den Grenzen, der Ausbau neuer Abschiebeknäste und die Internierung von immer mehr Flüchtlingen. In den Abschiebeknästen haben sich Flüchtlinge in den vergangenen Jahren immer wieder mit Hungerstreiks und Revolten gegen diese menschenverachtende Politik zur Wehr gesetzt. Allen diesen Menschen gilt unsere Solidarität!

Politische Solidarität bedeutet auch die moralische Verpflichtung, andere zu unterstützen. Massive Angriffe gegen alle, die immer noch für die Möglichkeit einer solidarischen Welt kämpfen, machen deutlich, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen ist.

Deshalb rufen wir alle aktiven Gruppen und Menschen dazu auf, gemeinsam unsere Ziele und Solidarität mit Verfolgten und Gefangenen am 18. März auszudrücken. Propagiert den Aktionstag und den Gedanken internationaler Solidarität. Ergreift die Initiative. Beteiligt euch an den Aktionen: bundesweit, regional, lokal. Achtet auf die Ankündigung in euer Stadt.●

Bundesweites Koordinationstreffen zum Aktionstag 18. März 1997

Weitere Infos: Libertad! Kampagne für einen internationalen Kampftag »Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit«, c/o »3. Welt-Haus«, Westerbachstr. 47/HH, D-60489 Frankfurt, e-mail: Libertad@link-f.rhein-main.de, Tel. (0 69) 97 84 34 44, Fax 97 84 34 45, Mailbox: (0 69) 97 84 34 46, Spendenkonto: 10215811, Ökobank e.G., BLZ 500 901 00

KRISIS-SEMINAR:

Neoliberale Offensive und soziale Emanzipation

Die Schlagworte Neoliberalismus und Globalisierung bestimmen die gegenwärtige gesellschaftliche, ökonomische und politische Diskussion. Auf dem Seminar sollen die damit gemeinten Prozesse im Kontext einer Kritik der warenproduzierenden Gesellschaft und ihrer Krisen näher untersucht werden. Dabei wird es keinesfalls nur um die ökonomische Seite des Neoliberalismus gehen, gleichzeitig sollen auch dessen ideologische, politische und subjektive Momente thematisiert werden. Schließlich soll aber auch nach den Bedingungen, Möglichkeiten und Perspektiven eines neuen anti-kapitalistischen Widerstandes im Zeitalter neoliberaler Formierung gefragt werden.

Vorläufiges Programm:
Fr. 7.3., 15.30 bis 18.30 Uhr:
Das Ende des Regulationsstaates im Zeitalter der Globalisierung
Streitgespräch zwischen Ernst Lohoff (Nürnberg) und Joachim Hirsch (Frankfurt – angefragt)

Sa. 8.3., 9.30 bis 12.30 Uhr:
Parallelprogramm
1. Liberalismus und Neoliberalismus: Zur Geschichte einer Ideologie. Robert Kurz (Nürnberg)
2. Die Europäische Währungsunion und ihre katastrophalen Folgen. Norbert Trenkle (Nürnberg)
3. »Modell Mexico«: Durchsetzung und Folgen des Neoliberalismus in Lateinamerika, NN

15.00 bis 18.30 Uhr:
Parallelprogramm
1. Die Verwilderung des Patriarchats in der Postmoderne, Roswitha Scholz (Nürnberg)
2. Der Dritte Sektor: Eine Perspektive gesellschaftlicher Emanzipation? Volker Hildebrandt (Hamburg)
3. Aufstand gegen den Neoliberalismus. Perspektiven und Bedingungen gesellschaftlichen Widerstands in Mexico und Lateinamerika. NN

20.00 bis 21.30 Uhr: Mitgliederversammlung des Förderverein Krisis 1997

So. 9.3., 9.30 bis 12.30 Uhr
Ideologiekritik oder Intervention? Zum Verhältnis von theoretischer Kapitalismuskritik und sozialer Emanzipation. Ein Streitgespräch zwischen Joachim Bruhn (Freiburg) und Robert Kurz (Nürnberg)

12.30 bis 13.30 Seminar-Feedback

Termin: 7.3. bis 9.3.1997
Info & Anmeldung bis 20.2.: Krisis e.V., Kaiserplatz 4, D-90763 Fürth

GEGEN DAS VERGESSEN
AUCH WENN DIE WEGE DES ERINNERNS MÜHSAM SIND

★

FÜR
HENNING BETHGE

Henning ist am 29.Dezember 1995 tödlich verunglückt.
Er lebte im spanischen Dorf Matavenero und war Mitautor des von uns herausgegebenen "Kommunebuches".

Daß wir diesen gewaltsamen Tod erst jetzt, über ein ganzes Jahr danach, anzeigen können,
liegt an den weltweiten, nicht-technisierten Wegen der Kommunikation, die diese Nachricht zurücklegen mußte, bevor sie bei uns im sommerwarmen Deutschland 1996 eingetroffen ist. Henning starb während eines Aufenthaltes an der mexikanischen Pazifik-küste bei einer Rettungsaktion in stürmischer See. Ein weiterer Kommunarde fand dabei den Tod.

Daß wir trotz alledem diesen Tod noch jetzt, da wir genaueres wissen, anzeigen wollen,
gründet in der Hoffnung, das Sterben dem Vergessen entreißen zu können.
Außerdem haben wir eine wage Ahnung (leider ist es nicht mehr!),daß wir als Redaktionsgruppe in Henning -den wir nie persönlich gesprochen haben- einen Menschen verpaßt haben kennenzulernen,dem sowohl die Würde wie die Lust des Lebens am Herzen lag.
sei es drum:
Adieu Henning

Gerhard Breidenstein, Dieter Bensmann, Swanette Egbers, Jan Eiden,
Uwe Kurzbein, Thomas-Dietrich Lehmann, Ele Poschmann, Uwe Schneider

NACHRICHTEN AUS DER KOMM-SELBSTVERWALTUNG:

Prosit Neujahr

Besser spät als nie, das gilt für unseren Sylvester-Wunsch und ebenso für das Erscheinungsdatum der ersten Ausgabe der KOMM-Zeitung '97. Einige von euch haben sich wieder mal gefragt, ob es das war und aus dem Rathaus haben wir schon die Sektkorken knallen hören, aber nein, ihr wißt doch, Totgesagte leben länger. Das selbstverwaltete KOMM steht noch immer, das erste Jahr der CSU-Herrschaft zwar mehr schlecht als recht überdauert, aber das ist ja immerhin auch schon mehr als uns die meisten nach der Wahl zugetraut hatten. Was jedoch der Mehrheit der KOMMlerInnen noch viel wichtiger ist, wir haben es im aufrechten Gang allen Angriffen und Lokkungen zum Trotz als selbstverwaltetes Zentrum überstanden. Das damit nichts gegessen ist und wir einem harten Jahr entgegen sehen, in dem es viel zu tun geben wird, ist klar. Doch wer kämpft, kann gewinnen, wer nicht kämpft, hat schon verloren, deshalb waren und sind wir entschlossen weiterzumachen, uns nicht einfach dem rechten Mainstream zu beugen. Bevor wir nun aber mit dem wichtigsten aus einem Monat KOMM-Alltag beginnen, wollen wir noch einmal einen solidarischen Gruß an alle bedrohten sozialen-kulturellen Projekte, Initiativen und Zentren in dieser Stadt loswerden. Fühlt euch gegrüßt und denkt daran: Solidarität ist eine Waffe!!! Es war ja im letzten Monat wieder mal einiges los ums KOMM, es gab erfreuliches sowie einiges, auf das wir gern verzichtet hätten. Beginnen wir mit der Kündigung – diese haben wir nun wirklich. Nachdem die Mitgliederversammlung am 26.11. mit großer Mehrheit beschlossen hat, das sogenannte »Kompromißvertragswerk« nicht zu unterzeichnen, beschloß die große Koalition im Nürnberger Stadtrat bei nur einer Gegenstimme, uns zu kündigen.

Weiter geht es mit dem Nikolaus, genauer wohl mit NikoläusInnen. Einen direkten Draht vom KOMM zu den »Nürnberger Nachrichten« (NN) haben da einige mit dem »echten KOMM« sympathisierende NikoläusInnen hergestellt. Eine ehrliche Berichterstattung rund ums KOMM forderten sie und drohten den verdutzten JournalistInnen auch gleich mit der Rute. Für Störungen im gerade gespannten Draht sorgte ein trotz Warnschildern über den Draht gestürzter Radfahrer. Als Entschädigung für im Zusammenhang mit unserem Haus erlittenes Unheil, stehen für den Fahrer des Rades im KOMM ein paar Bier bereit: melde Dich. Die NN nahm die Störung zum Anlaß, um mit der negativen Berichterstattung fortzufahren. Dümmer geht es nimmer!!! Auch in den anderen Nürnberger Zeitungen ging die negative Berichterstattung der letzten Wochen weiter. So erfuhren die Selbstverwaltungs-SekretärInnen aus der »Nürnberger Zeitung« ganz nebenbei, das ihnen der ehrgeizige CSU-Fraktions-

»Der CSU mißfällt die absolut reinrassige, linke, kommunistische Ideologie, wie sie in der KOMM-Zeitung von einer Minderheit formuliert wird...« OB Ludwig Scholz in einem Interview (s.u.)

AKTUELLES ZUM ETAT 1997 DES KOMM E.V.

Warum KOMM kündigen?

Auf diese Frage einer Journalistin im untenstehenden Interview aus der Tageszeitung »junge Welt«, antwortete der Nürnberger CSU-Oberbürgermeister Ludwig Scholz unter anderem: »Der CSU mißfällt die absolut reinrassige, linke, kommunistische Ideologie, wie sie in der KOMM-Zeitung von einer Minderheit formuliert wird. Wir wollen das KOMM wieder als das etablieren, was es ursprünglich war: Ein Künstlerhaus«.

Ob wir diesem Vorwurf gerecht werden, müssen die geneigten LeserInnen selbst entscheiden. Was jedoch die Umgestaltung des KOMM zu einem Künstlerhaus betrifft, versucht der Stadtrat die Weichen zu stellen. So wurden dem KOMM e.V. die bereits bewilligten Mittel (200.000 DM) auf der Stadtratssitzung am 4.12.96 – die auch die Kündigung des Vertragswerkes zwischen Stadt und KOMM e.V. aussprach – auf 50.000 DM gekürzt. Und auch diese werden nur zur »Abwicklung« der Geschäfte des KOMM e.V. freigegeben. D.h., daß z.B. KOMM-Sekretäre nur noch bis Mitte Februar beschäftigt werden können und auch die Finanzierung der KOMM-Zeitung nur bis zum Februar gesichert ist. Also ist dies wahrscheinlich die letzte Nummer in dieser Form – vielleicht lassen wir uns aber auch noch was einfallen – wartets ab. Die Stadt hat aber einen Etat von 150.000 DM für »Aktivitäten und Veranstaltungen von im Haus tätigen Gruppen« eingestellt, die aber direkt bei ihr und nicht wie früher beim KOMM e.V. beantragt und auch direkt von der Stadt bewilligt werden müssen. Für »reinrassige, linke, kommunistische Ideologie« ist da wohl im CSU-Nürnberg nichts mehr zu holen.●

Aus: KOMM-Intern, Januar 1997

INTERVIEW MIT DEM CSU-OB LUDWIG SCHOLZ

Warum KOMM kündigen?

Nach der Ablehnung des durch die Stadt vorgelegten »neuen Selbstverwaltungsmodells« durch die Mitgliederversammlung des KOMM e.V. eskaliert der Konflikt weiterhin. Die Stadt hat die Fördervereinbarung zwischen ihr und dem KOMM e.V. zum 31.12.1997 gekündigt. Linda Buschewski aus Nürnberg befragte hierzu den CSU-OB Ludwig Scholz.

Warum hat die Stadt Nürnberg dem KOMM e.V. gekündigt?

Ludwig Scholz: Der CSU mißfällt die absolut reinrassige, linke, kommunistische Ideologie, wie sie in der KOMM-Zeitung von einer Minderheit formuliert wird. Wir wollen das KOMM wieder als das etablieren, was es ursprünglich war: ein Künstlerhaus.

Das allein soll ausschlaggebend gewesen sein?

Das äußere Erscheinungsbild war ein permanentes Diskussionsärgernis. Bettlaken auf denen zur Unterstützung mit »RAF-Gefangenen« oder »Märtyrern« aufgerufen wurde. Dies ist kein geeignetes Entree für fremde Besucher Nürnbergs. Wir müssen auf das äußere Erscheinungsbild der Stadt achten. Dazu gehört die Straßenreinigung ebenso wie verstärkte polizeiliche Personenkontrollen wegen der zumindest latent vorhandenen Drogenszene. Wo Jugendliche sind, muß man damit rechnen.

Und dabei bleibt die Meinungsfreiheit auf der Strecke.

Diese Menschen, können keine rechtsfreien Räume fordern, die von Steuergeldern bezahlt werden. Selber verstehen sie ihre Aussagen als absolut und sind anderen gegenüber intolerant.

Die Polizei hatte bei den Massenverhaftungen 1981 rechtsstaatliche Grundsätze mißachtet: 140 überwiegend Jugendliche wurden verhaftet, weil während einer Demonstration ein Sachschaden von 20.000 Mark entstanden war. Tatsächlich hatten jedoch nur wenige etwas mit der Demo zu tun. Dennoch wurden sie zum Teil erst nach zwei Wochen entlassen. Rechtsfreier Raum nur für die Staatsgewalt?

Das würde heute keiner mehr machen. Es geht auch etwas sanfter.

Ist es »sanfter«, wenn, wie am 14. Dezember geschehen, Menschen einer Demo für das KOMM eine dreiviertel Stunde vor Veranstaltungsbeginn festgehalten werden, um sie erkennungsdienstlich zu erfassen – allein bei Verdacht auf Gewaltanwendung?

Das Versammlungsrecht gibt das her. Die Stimmung war geladen. Keiner konnte sagen, was passieren würde. Auf den Plakaten war mein Kopf mit einer Zielscheibe!

Sie dulden als im KOMM keine politische Opposition?

Wir haben ein neues Selbstverwaltungsmodell entworfen, das von der Mehrheit der KOMM-Mitgliederversammlung abgelehnt worden ist.

... weil sich darin die Stadt ihr Vetorecht auf jedes von der Selbstverwaltung initiierte Vorhaben vorbehielt.

Denjenigen, die nicht auf dem Boden unseres Konzeptes stehen, geben wir keine Chance. Die müssen sich in ihre Privaträume zurückziehen. Es verschwinden die Autonomen und die Selbstverwaltung.

Die Ökumenische Innenstadtkonferenz (ÖIK) hat sich für das KOMM in seiner bisherigen Form ausgesprochen, insbesondere wegen sogenannter Randgruppen, wie Obdachlosen, Bettlern.

Die Erklärung der Konferenz trifft nicht das Thema. Das KOMM war nie eine Sozialstation.

Weshalb?

Diese Herrschaften sollen die anderen kirchlichen und städtischen Einrichtungen nutzen. Das KOMM ist ein Jugendzentrum.

Der ehemalige Kulturreferent der Stadt, Hermann Glaser sagte, am KOMM manifestieren sich gesellschaftliche Probleme, sie entstünden jedoch nicht dadurch.

Sie entstehen nicht dadurch. Aber gelöst werden sie dadurch auch nicht.●

Aus: junge Welt, 31.12.1996

geschäftsführer Clemens Gsell wegen der Nikoläuse eine Ermahnung ausspricht und mit Entlassung droht. Abgesehen davon waren diese an der Aktion nicht beteiligt, arbeiten auch nicht bei der Stadt Nürnberg sondern für den KOMM e.V. und sind ihm gegenüber nicht weisungsgebunden. Unsererseits bleibt noch anzumerken, daß es korrekterweise »Abmahnung« und nicht »Ermahnung« heißen muß.

Damit kommen wir zu erfreulicherem: Im Dezember haben wir zahlreiche Solidaritätsadressen aus der ganzen BRD erhalten. Besonders gefreut haben wir uns über die solidarischen Grüße vom Kulturprojekt Tacheles aus Berlin: »Wie zu vernehmen war, habt ihr euch Vereinnahmung/Gleichschaltung mit der CSU versagt. Bravo! Wir stehen mit dem Tacheles vor ähnlichen Problemen. ...« Aber auch in der Region hat sich einiges getan. Ihr erinnert euch sicher an den angekündigten Aktionstag unter dem Motto: »Opposition machen wir! Gegen Rechts und Sozialraub! Vom Widerstand zur gesellschaftlichen Perspektive.« Vom KOMM aus wurde zu diesem zusätzlich mit einem eigenen Flugblatt mobilisiert und das Kampagnenbüro hat das am Abend stattfindende Konzert organisiert. An der am Aktionstag stattfindenden Demonstration beteiligten sich knapp siebenhundert Menschen, was für Nürnberger Verhältnisse eine ganze Menge ist. Begleitet wurde die Demonstration von Drohungen, dem KOMM seinen Vertrag fristlos zu kündigen und einem selbst für bayerische Verhältnisse riesigem Polizeiaufgebot. Trotz zahlreicher Polizeiprovokationen bereits vor dem Auftakt verlief die Demonstration friedlich und gar nicht ruhig. Neben Parolen gegen Rechts und Sozialabbau wurde immer wieder ein KOMM in Selbstverwaltung am Königstor gefordert. Die im Anschluß an die Demo stattfindende Veranstaltung war ebenfalls gut besucht. Redebeiträge gab es zu Sozialabbau, Rechtsentwicklung, Militarismus und natürlich einen Beitrag zum KOMM, der auch die Situation in Nürnberg seit der Machtübernahme durch die CSU behandelte. Den Ausklang des Aktionstages bildete das Fest mit Infoständen.

Zu guter letzt bleibt eigentlich nur noch zu erwähnen, das grün nicht immer gleich grün ist. Die Stadtratsfraktion der Grünen Liste Erlangen zeigt ihren Nürnberger KollegInnen, das es möglich ist, sich dem Rechtsrutsch entgegen zu stellen (siehe Dokumentation des Briefes auf dieser Seite). An der Einschätzung der ErlangerInnen konnte auch ein eiligst von der Nürnberger Obergrünen Christine Stahl verfaßter Brief nicht ändern.●

Die Redaktion von KOMM-INTERN (Programmzeitschrift des KOMM, Januar 1997)

OFFENER BRIEF

Bündnis90/Die Grünen Erlangen
Feldstr. 22, 91052 Erlangen
09131-203015, Fax 205020
Derzeit geöffnet: Do 9-10 Uhr

Erlangen, den 29.12.96

Offener Brief an die bündnisgrüne
Stadtratsfraktion Nürnberg
Eure Zustimmung zur Kündigung der
KOMM-Selbstverwaltung

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir können Eure Zustimmung zur Kündigung der KOMM-Selbstverwaltung nicht nachvollziehen. Bislang war Solidarität mit selbstverwalteten Strukturen und Initiativen für grüne Politik vorrangig. Wir fürchten, Eure Absicht, mittels des Kompromißpapiers ein selbstverwaltetes KOMM zu erhalten, wird in der Öffentlichkeit so nicht wahrgenommen. Deshalb halten wir es für unglücklich, für die Kündigung der Selbstverwaltung die Hand zu heben, nur weil die KOMM-Vollversammlung den »Kompromiß« nicht akzeptieren wollte. Vielmehr wäre es politisch wichtig gewesen, gerade um Verständnis für die Ablehnung des Kompromisses zu werben. So wird dem KOMM die notwendige Solidarität im Stadtrat verweigert; es könnte der Anschein entstehen, daß Bündnis 90/Die Grünen gegen und nicht für das KOMM stünden.

Wir fürchten, daß uns das bei unserer Klientel viele Sympathien kosten wird. Am Infostand ist dieses Abstimmungsverhalten kaum zu erklären.

Diese Bedenken beziehen sich somit nicht auf die Einschätzung, ob der zwischen den Fraktionen und den MitarbeiterInnen der Kulturverwaltung ausgearbeitete »Kompromiß« das Maximum des Erreichbaren darstellt, oder wie die Chancen eines Bürgerbegehrens gestanden hätten. Diese Frage kann nicht aus der Ferne beurteilt werden. Allerdings hat das KOMM auch überregionale Bedeutung – gerade auch im grünen und grünnahen Spektrum. Das «Kompromißpapier« selbst ist in unseren Augen wesentlich restriktiver, als z.B. die Regularien im Erlanger »E-Werk«. Als Beleg führen wir hier beispielhaft einige Punkte des Vertragswerkes an.

Probleme im »KOMPROMISSPAPIER«

Über das »Hausrecht des Vermieters« behält sich die Stadt Nürnberg jederzeit vor, Veranstaltungen zu verbieten oder mißliebige Personen (Autonome (?!)) aus dem »KOMM« zu weisen. Unter solchen Umständen kann von Selbstverwaltung kaum noch gesprochen werden.

Mit der Pflicht, »strafbare Äußerungen« nicht zuzulassen, wird die KOMM-»Selbstverwaltung« praktisch zur Übernahme von Polizeiaufgaben – insbesondere im Staatsschutzbereich – gezwungen, wenn sie nicht die Kündigung des Mietvertrages riskieren will.

Da immer erst nachher klar ist, welche Meinungsäußerung des Publikums oder einer KOMM-Gruppe hätte unterbunden werden müssen, wird die »Selbstverwaltung« gezwungen sein, schon gegen Meinungsäußerungen einzuschreiten, die irgend jemand theoretisch für strafbar halten könnte. Eine derartige Einschränkung nach dem Motto »Im Zweifel gegen die Meinungsfreiheit« ist einer offenen und demokratischen Gesellschaft unwürdig.●

Im Auftrag unserer Mitgliederversammlung am 19.12., für den Kreisverband Erlangen Stadt und mit bündnisgrünen Grüßen,
Frimi Dimpel

CHAOS COMPUTER CLUB:

Eine »galaktische Gemeinschaft«

Der Hamburger Chaos Computer Club e.V. (CCC) ist der natürliche Feind schlampiger Programmierer. Zwischen den Jahren veranstaltete der Verein seinen Chaos Communication Congress im Hamburg-Eidelstedter Bürgerhaus – 1996 zum 13. Mal. Vom 27. bis 29. Dezember war das gelbe Gebäude am Rande der Großstadt der Nabel der Online-Welt.

Von Sönke Jahn (jW) ● Die Nabelschnur dazu wurde seit dem Heiligen Abend in Form von angeblich etlichen Kilometer Kabellage durchs Haus und hinaus gelegt, um der computerisierten Welt dort draußen an den Desktops der Welt über World Wide Web freien Eintritt zu verschaffen.

Der 1981 als »Kreis von Computer- und Medienexperten« (Selbstdarstellung) gegründete CCC schlägt sich immer noch mit einigen spektakulären Affären der achtziger Jahre herum, als man ihn beispielsweise in den USA als »Gruppe junger, unverfrorener Computer-Anarchisten aus Deutschland« titulierte. So etwas ruft nicht nur die Presse auf den Plan, sondern auch Geheimdienste und Staatsanwälte – und die haben einigen Vereinsmitgliedern ordentlich zugesetzt. Der mit Augenzwinkern sogenannte Alterspräsident des CCC, Wau Holland, allseits unbestritten ein Mann mit geradezu enzyklopädischem Wissen um die verflixten Informationstechnologien, gab denn auch zum Abschluß der Hoffnung Ausdruck, daß dieser 13. CC-Congress der erste gewesen sei, der nicht im Schatten dieser vermaledeiten Legenden gestanden habe.

Das heißt aber gewiß nicht, daß man handzahm werden oder den Ungehorsam aufstecken will – die laut Vereinssatzung »galaktische Gemeinschaft« CCC will sich weiterhin als Kommunikationsplattform für »Hacker sowie solche, die es werden möchten«, verstanden wissen. Angesprochen seien, so die Selbstdarstellung, alle technisch interessierten Menschen, die nicht nur die Chancen, sondern auch die Risiken und Auswirkungen auf »die Gesellschaft« untersuchen wollen. Und denen es um das »Überleben in den Datenfluten« geht – so der Titel eines Vortrages. »Grenzüberschreitend« setze man sich für Informations- und Kommunikationsfreiheit ohne Zensur durch Staat und Industrie ein und fordere das Wissen um die Auswirkungen der einschlägigen Technologie.

Einmal mehr sollte auf dem Kongreß untersucht werden, »warum Internet Scheiße ist« – jedenfalls laut offiziellem Plakat des diesmal sogenannten futurologischen Kongresses mit der Unterzeile »Leben nach der Internet-Depression«. Diese Frage übrigens beschäftigte bereits den zwölften CCCongress, zu dem im »Film zum Kongreß«, einem halb offiziellen Video, berichtet wurde: »Nachdem auf dem letzten (dem elften: S. J.) Chaos Communications Congress bereits festgestellt wurde, daß das Internet Scheiße ist, versucht man in diesem Jahr (1995: S.J.) herauszufinden, ob es immer noch Scheiße ist. (Man) gab sich dabei erdenkliche Mühe, das Publikum in den Meinungsfindungsprozeß mit einzubeziehen. Dabei stellte sich recht schnell heraus, daß das Internet keineswegs ausschließlich Scheiße ist.« Ein running gag.

Vergangene Woche immerhin ließ sich aber selbst der Doyen des CCC, Holland, dazu hinreißen, zuzugeben, daß das Übertragungsprotokoll TCP/IP, die technische Grundlage des Internet also, gar nicht zu verachten sei. Sowieso war neben den Podiumsdiskussionen in der Aula der Eidelstedter Elternschule das sogenannte Hackcenter im Klassenraum nebenan eine der meistfrequentierten Räumlichkeiten: Von dort aus ging es via TCP von den aufgebauten Rechnern hinaus in das weite Welt-Web. Von Internet-Depression konnte also keineswegs die Rede sein in Eidelstedt und anderswo: Als eine Art Grußbotschaft etwa machte der »Hack« eines bloß im Geiste Anwesenden Furore, der die Web-Seite der US-Air-Force nach seiner Facon umgestaltet hatte. Nicht nur war dort nach seiner Intervention – anstelle von Fakten über Fighter – zu lesen, daß die Luftwaffe und somit die herrschende Klasse die Bevölkerung unter anderem beständig von achtern penetriere: Die Bevölkerung selbst war zu sehen, sie wurde dargestellt von zwei nackten Frauen, das Schweinesystem von einem nackten Kerl. Die Homepage der CIA soll zur gleichen Zeit komplett aus dem World Wide Web verschwunden sein.

Aber es war nicht nur ein verscherzt-vorsilvestriges Jahresabschlußtreffen, das Menschen zusammenbrachte, die vor allem von ihrer Lötleidenschaft getrieben werden und dem Wunsch, jeden Automaten umzudrehen und auseinander zuschrauben und auf jeden Knopf zu drükken: Es war auch die Veranstaltung eines Clubs, der durch »Presseveröffentlichungen als einigermaßen seriöse, kritische Instanz bekannt« ist, wie Andy Müller-Maguhn, der Pressesprecher des Vereins es ausdrückte. Eines Clubs auch, dessen Einladungen seit geraumer Zeit selbst Unternehmensvertreter, Telekommitarbeiter und Bundestagsabgeordnete folgen.

So saßen fast auch die richtigen Leute auf dem Podium, als an einem konkreten Fall »Zensur im Internet« diskutiert wurde. Anlaß war die Sperrung des Zuganges zu einem holländischen Anbieter durch einige deutsche Internet-Anbieter. Hintergrund: Auf dem holländischen Server war der Text einer Ausgabe der Zeitschrift »radikal« abrufbar gespeichert: angeblich mitsamt der Anleitung, wie man Züge zum Entgleisen bringt. Das ist hierzulande justitiabel, in den Niederlanden nicht. Folgerichtig diskutierten also vor und mit dem Publikum nicht nur ein Vertreter des holländischen Providers XS4ALL, sondern auch derjenige Vertreter der deutschen Arbeitsgemeinschaft von Internetprovidern (ICTF), die die Sperrung des Zugangs veranlaßt hat. Es fehlte nur der Vertreter der Bundesanwaltschaft, dessen Anschreiben an die ICTF, man werde ein Ermittlungsverfahren gegen sie einleiten, die deutschen Anbieter in Angst und Schrecken versetzte. Im Publikum gesehen und vom Podium wohlwollend begrüßt: Jörg Tauss, sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, der ein Modem von einem Briefbeschwerer unterscheiden kann und deshalb nach Hackverständnis irgendwie ein Verbündeter für den »free flow of information« ist.

Natürlich sind solche Veranstaltungen nichts weiter als Talkshows – nur mit dem feinen Unterschied, daß man sich gegenseitig ausreden läßt und wenigstens versucht, auf den Vorredner einzugehen oder ihn, auch wenn man ihn nicht versteht, wenigstens wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen; etwa die Ankündigung sächsischer Clubmitglieder, am 4. Januar auf der Wartburg endlich eine Magna Charta für das Internet vorzustellen: Kann man machen.●

Aus: junge Welt, Nr. 3, 4./5.1.97

Über die Veranstaltungen im Rahmen des 13. CCCongress informiert die »legendäre Pressemappe«, die für 32 Mark beim Chaos Computer Club, Wiesenstr. 12, D-37073 Göttingen zu erhalten ist. Im deutschsprachigen Usenet sind diese Texte bereits in der Gruppe de.org.ccc veröffentlicht worden.

Der CCC gibt die »Datenschleuder«, sein »wissenschaftliches Fachblatt für Datenreisende« heraus. Infos und Kontakt: Chaos Computer Club e.V., Schwenckestr. 85, D-20255 Hamburg.

TRÜMMERFRAUEN GESTERN UND HEUTE

...und abends sammeln sie Reste

Was haben die Arbeiten der Trümmerfrauen nach dem Weltkrieg mit den Aktivitäten der Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren heute gemeinsam? – Beide räumen auf.

Von Angelika Huber, München ● Damals bauten Frauen Trümmerberge ab, befreiten die Backsteine von Mörtel, klopften, stapelten, buddelten und bekamen für ihre »Männerarbeit« doch nur »Frauenlohn«, also weniger als ihre (wenigen) männlichen Kollegen, denen sie die Steine in die Hände legten.

Nicht die Leistung entschied, sondern das Geschlecht. Damals wie heute. Frauen verdienen immer noch ein Drittel weniger im Erwerbsleben und erhalten gar zwei Drittel weniger in der Rente.

Nicht nur das. Was in unserer Gesellschaft entwickelt wird, egal, ob es eine Waschmaschine ist, eine 3-Zimmer-Wohnung, eine Verkehrsplanung oder die Computertechnik – wird ausschließlich von **männlicher Sichtweise** bestimmt. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Tatsache.

Den Nutzen der Waschmaschine (dieses isoliert rotierende Ungetüm, das an die Stelle des einstmals so ungemein kommunikativen Waschplatzes trat) sehen wir ja seit der Industrialisierung relativ leicht ein; mit der Konzeption der 3-Zimmer-Wohnung, in der ausgerechnet die Küche, das Kommunikationszentrum schlechthin, viel zu klein geraten ist, finden wir uns ab und aus der kinderfeindlichen und ökologisch unsinnigen Verkehrsplanung versuchen wir (typisch weiblich?) das Beste zu machen.

Von wegen »fehlende Technikakzeptanz«

Beim Umgang mit dem Computer wird uns unterstellt, es fehlte uns an »Technikakzeptanz«, wir wären nicht »innovationsfreudig genug«, würden uns von »sozialer Skepsis« ausbremsen lassen und dergleichen Unsinn mehr.

Tatsache ist: wir Frauen haben die Computertechnik nicht mitentwickelt – selbst wenn Frauen vereinzelt in Projekten dabei waren, so brachten diese die **weibliche Sichtweise** nicht ein. Das konnten sie auch nicht, denn selbst die Basis dieser Technologie ist vorgefertigt und männlich geprägt. Computer sind ein »Abfallprodukt« der militärischen Entwicklung, ebenso das vielzitierte Internet, das in Zeiten des Kalten Krieges entstand und dessen jüngstes Angebot, das World Wide Web, erst dazu führte, das »Internet« in aller Munde ist.

Frauen fehlt es nicht an Akzeptanz der Technik an sich, sondern an Akzeptanz gegenüber einer Technikentwicklung, die nur männliche Sichtweisen berücksichtigt

Leider ist der PC ein Paradebeispiel für eine derart »einseitig gelungene« Technikentwicklung. Ursprünglich hatte seine Sprache (DOS) nichts mit Kommunikation zu tun, sondern mit Befehlen und mit Codes; später wurden ihm Fenster (Windows) drüber gestülpt, die seine Bedienung vereinfachen sollten, diese aber ungeheuer verlangsamten, da ein schwerer Anhänger an einen Motorroller gekoppelt worden war. Daß dieses Unterfangen überhaupt gelang, ist nur mit Marktmacht zu erklären, denn viel früher schon hatten andere (vor allem Frauen!) eine bedienungsfreundliche und von Symbolen nicht überfrachtete Oberfläche entwickelt, die sich nicht durchsetzen konnte.

Nicht die Leistung entschied, sondern die Macht. Die Crux für uns Frauen von heute besteht darin, daß wir uns die männlich geprägte Technikentwicklung aneignen **müssen**, wenn wir die **weitere** Entwicklung mit prägen **wollen**.

Der Umgang mit Technik ist keine Frage des Alters

Das Verständnis einer von männlichen Sichtweisen geprägten Technik ist keine Frage des Alters, sondern des Geschlechts – Stichwort: differenzierte Koedukation – der Computer im Klassenzimmer, Mädchen nehmen die Rolle einer »Sekretärin« ein, und der Lehrer greift nicht ein, da ihm dieses Verhalten gar nicht auffällt – es entspricht der von ihm gewohnten Norm (vgl. DDS Mai/Juni 1996, S. 24).

Die »multimedialen und interaktiv« (!) programmierten Lernprogramme, die auf dem Markt als »letzter Schrei« gehandelt werden, sind auch nichts anderes als die Widerspiegelung männlicher Lernwelten – unausgesprochen: die Lernprogramme sind von Männern für Männer geschrieben – ausgesprochen: die Lernprogramme sind für Männer und für Frauen da: »aber selbstverständlich«, würde mann mir jetzt entrüstet entgegenhalten, »alles andere wäre doch Ausgrenzung«. Eine Ausgrenzung in der Nutzung, in der Tat, aber daß diese längst stattgefunden hat, thematisiert keiner:

Wenn ich, eine dem Umgang mit männlicher Technik (nicht aus technischen, sondern aus gesellschaftspolitischen Gründen) verpflichtete Frau, meinen multimedialen PC starte, um ein interaktives Lernprogramm zu prüfen, so schallt mir aus den Brüllwürfeln (das sind die kleinen Lautsprecherboxen) eine Musik entgegen, die kalt ist, futuristisch und technisch im männlich geprägten Sinn; geometrische Linien führen mich in einen virtuellen Unterrichtsraum und formieren sich zu einem Spacelab (eine unbelastete Mitbeobachterin, sehr interessiert: ist das eine Werbung für Büromöbel?) – die Sprecherin verschwindet hinter ihrem überdimensionierten Pult, die interaktive Führungslinie endet in einem alptraumähnlichen Korridor mit zahllosen Türen, hinter denen uralte Schulängste aufleben, und meine Lust zu lernen schwindet.

Ein solches Programmverständnis (das leider keinen Einzelfall darstellt) darf den Softwaremarkt für Lernprogramme nicht dominieren. Im Interesse aller.

Die virtuelle Welt ist eine reale Welt

Egal, was wir tun, wir bilden uns immer selber ab. Uns persönlich, uns gesellschaftlich, uns in unseren Schwächen, uns in unseren Stärken, uns in unseren Phantasien. Vor allem aber: in unserer Realität, so wie wir uns darstellen, so, wie wir uns wahrnehmen. Und »wir« sind in diesem Fall Männer, die solche Programme schreiben. Dazu Rena Tangens aus Bielefeld: »Technik ist niemals neutral. Sie gießt immer eine bestimmte Vorstellung von Leben in eine Form. Diese Vorstellung ist das Resultat eines technokratischen Weltbildes. Die meisten Programme werden von 20- bis 35jährigen männlichen weißen Amerikanern geschrieben. Wahrscheinlich sähe die Technik heute ganz anders aus, wenn sie von aktiven, lebenslustigen Frauen entworfen worden wäre«.*

Glücklicherweise sind wir Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren auf Lernprogramme oben beschriebenen Typs nicht angewiesen. Wir entwickeln unsere eigenen. Gleichzeitig aber – und vor allem – betätigen wir uns als **Trümmerfrauen der Moderne**, indem wir den von Männern produzierten Softwareschrott so aufbereiten, daß er nicht nur verständlich wird, sondern manchmal sogar vergnüglich-politisch – garantiert in Ecken und Nischen, an die mann niemals dachte. Unserem sprachkritischen Engagement sind die Klassiker der weiblichen Computeranwendung, die Textverarbeitungsprogramme, besonders dienlich: da wird (aufgrund des automatischen Rechtschreibprogramms) aus Gretel Greuel, Luise wird zu Leise, Marianne zu Marinade, Ruth zu Ruht, Senta zu Senat und aus Vera wird Verb. Frauennamen mutieren zu Männernamen: Carola wird zu Carlo(s), Mary zu Mark, Romina zu Roman, Sigrid zu Siegfried und Ulrike zu Ulrich. Dual wird zu Duell, exzerpieren zu exerzieren, Paradigmen werden zu paradieren und die Theorie des »Führens« wird zu »Führers«, ** der militärische Ursprung des PCs also selbst auf dieser Ebene sichtbar.

Für eine aktive, gestaltende Frauenpolitik

Wir wollen das Rad nicht neu erfinden, aber treten dafür ein, daß es nicht nur männlichen Pfaden folgt. Deshalb entwickeln wir Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren unsere eigenen Lernkonzepte und -programme. Deshalb vernetzen wir uns überregional und kooperieren mit autonomen wie institutionellen Einrichtungen, um z.B. eine **Frauen adäquate Form des teleworking managements** zu entwickeln. Im Rahmen dessen gründen wir den Verein **PionaPoint** und beschreiben das Berufsbild der **PointManagerin**, die als Infobrokerin, Soziologin, Meisterin, Journalistin, Multimediadesignerin, -beraterin oder -planerin, in der Online-Recherche oder im Fundraising mit PartnerInnen, MitarbeiterInnen oder ebenfalls selbständigen KollegInnen – einzeln, zu zweit, zu vielen, zu Hause (im separaten! Arbeitszimmer) oder in einem Telehaus oder einem Gemeinschaftsoffice... aktiv ist.

Dafür sammeln wir Anregungen, Ideen und Beschreibungen bereits bestehender Modelle. Sachdienliche Hinweise nimmt jede Frauen-Computer-Schule und jedes FrauenTechnikZentrum entgegen. Eine laufend aktualisierte Liste aller Einrichtungen erhalten Sie von der Frauen-Computer-Schule München, Angelika Huber & Elisabeth Seidel, Volkartstr. 23, D-80634 München
Tel: (0 89) 167 55 89.●

* in: Risterucci, Lydia, EDV-Grundlagen auf den . gebracht, i-punkt Verlag, München 1996

** Pravda, Gisela, unveröffentlichtes Manuskript, Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin 1996

MÄDCHENLADEN WEDDING:

Sozialabbau

Düstere Prognosen

Die Sparquote 1996 verursachte bereits einen erheblichen Einschnitt in die Substanz der interkulturellen Mädchenarbeit des Mädchenladens Wedding. Von den insgesamt 2,75 Stellen für die Bereiche christliche, islamische und sozialistisch geprägte Kulturen, fiel die 30-Stunden-Stelle zur Thematik islamischer Kulturkreis weg. Ein erheblicher Verlust, kommt doch mehr als ein Drittel der Mädchen aus diesem Kulturkreis. Die Prognosen für 1997 sind noch düsterer. Jetzt sind die Ladenräume gefährdet wegen der Miethöhe von ca. 20 DM/ pro qm bei ca. 275 qm.

Das Bezirksamt will eigene Räumlichkeiten mietfrei zur Verfügung stellen. Der letzte Vorschlag war zwar hinsichtlich der Größe und funktionalen Nutzung adäquat, lag jedoch in einem völlig anderen Sozialraum, so daß dies die Beendigung der dezimiert interkulturellen Arbeit bedeutet hätte. Sowohl der Beirat für ImmigrantInnen und Flüchtlingsfragen Wedding und der Jugendhilfeausschuß des Bezirksamtes haben sich inzwischen dafür ausgesprochen, daß das Projekt seine Arbeit im bisherigen Sozialraum weiterführen soll.

Dennoch ist die Zukunft des Projektes ungewiß. Das war schon einmal so, 1980, als sich Weddinger Mädchen den Mädchenladen erkämpft hatten, im Bewußtsein der Notwendigkeit eigener Räume zur persönlichen Stabilisierung und Entfaltung. Dies war das praktische Ergebnis eines Praxisforschungsprojektes zur geschlechtsspezifischen offenen Jugendarbeit, das der Kinderschutzbund in den Räumen des ehemaligen Jugendladens in der Groninger Straße 6 und 4 durchführte.

Ökonomisch ganz ungesicherte Zeiten folgten: Restmittel des Praxisforschungsprojektes, Honorar, ABM, begleitet von kontinuierlicher Aufklärungs- und Lobbyarbeit zur Verbesserung der Lebenssituation von Mädchen. Von 1982 bis 1985 wurde der Modellversuch Interkulturelle Mädchenarbeit durchgeführt, auf dessen Grundlage die interkulturelle Arbeit kontinuierlich weiterentwickelt wurde, vor allem in der Kultur- und Bildungsarbeit. Bis 1985 war das Projekt unter der Trägerschaft des Kinderschutzbundes, danach unter der des Mädchenladens Wedding e.V. 1985 kam das Projekt in die Regelfinanzierung der Senatsverwaltung für Jugend. Die ehemals drei Stellen wurden auf 2,75 reduziert. Seit Januar 1995 ist das Projekt in der Verwaltung der Abteilung Jugend des Bezirksamtes Wedding.

Spätestens 1987 hatten sich die Räumlichkeiten in der Groninger Straße als zu klein erwiesen. Das Projektangebot war bereits von der Altersgruppe der 12 bis 18jährigen auf 10 bis 27jährige erweitert worden.

Eine langwierige Raumsuche begann. Die einzelnen Schwerpunkte sollten eigene Räume erhalten, ebenso die einzelnen Altersgruppen. 1990 konnte endlich umgezogen werden: in die 1. Etage der Wittlerbrotfabrik in der Maxstraße 2-4. Wir waren die einzigen Mieterinnen und das Haus ein Spekulationsobjekt. Nach einem Jahr sollten wir diesen Ort bereits wieder verlassen. In Verhandlungen erreichten wir die Bereitstellung vergleichbarer Räume. Drei Ladenräume im Eckhaus Maxstraße 1, Schererstraße 7 wurden den pädagogischen Erfordernissen gemäß umgebaut. Insgesamt drei multifunktionale Räume, davon ein 80 qm großer mit Schwingfußboden für Bewegung, Sport, Karate, Tanz, Theater, Veranstaltungen, Seminare, Arbeitsgruppen, ein 25 qm großer für Hausaufgaben, Beratung, Gruppenarbeit, eine Werkstatt für Gestaltung, eine Holzwerkstatt, ein Fotolabor, ein Büro, eine Küche, behindertengerechte sanitäre Anlagen. Der Mietvertrag wurde für 10 Jahre abgeschlossen.

Heute ist der Mädchenladen ein Zentrum für Mädchen und Frauen im Alter von 7 bis 27 Jahren, ihren Müttern, oft auch Großmüttern. 50% der Besucherinnen sind Deutsche, 50% Bosnierinnen, Ghanarinnen, Kurdinnen, Libanesinnen, Palästinenserinnen, Pakistani, Polinnen, Türkinnen, Roma.

Der Mädchenladen ist ein Ort der Begegnung, des Voneinanderlernens, des Miteinandergestaltens, der Unterstützung und Solidarität von Mädchen und Frauen verschiedener kultureller Herkunft. Im Mittelpunkt stehen die Lebensumstände und Bedingungen von Mädchen und Frauen in unserer Gesellschaft und die Möglichkeiten zur Verbesserung der individuellen und gemeinsamen Situation.

Ausstellung vom Mädchenladen »Puppenprojekt: So bin ich« Fotos: Archiv WNZ

Die Themen werden in kleinen Projektgruppen erarbeitet, meist mit künstlerischen und medienpädagogischen Mitteln, so daß das Ergebnis eine sicht- und/oder hörbare Form erhält wie Tanz-, Theater-, Video-, Hörspielproduktionen, die in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden. Ein aktueller Schwerpunkt ist die schulische und sprachliche Förderung von Mädchen, insbesondere der 3. Generation der Immigrantinnen und Flüchtlinge durch Hausaufgabenhilfe, Beratung, Mütter/Elternarbeit, Kooperation mit LehrerInnen.

Mädchen und Eltern wollen, daß der Mädchenladen in ihrer Nähe bleibt. Die Mädchen haben schon 650 Unterschriften gesammelt.●

Mädchenladen, Maxstr.1/Schererstr. 7, D-13347 Berlin, Tel. (0 30) 462 75 17, Mo-Fr. 14-19 Uhr

FRAUENLADEN

Seit neun Jahren existiert der Frauenladen der Frauen-Sucht-Hilfe Berlin in der Nazarethkirchstraße 42. Ziel ist es, ein niedrigschwelliges Angebot für Frauen mit Drogenproblemen zu schaffen. Die Frauen können anonym bleiben und über ihre Probleme reden. Sie bekommen Informationen zu Hilfsangeboten, Beratung zu persönlichen Themen und Hilfen bei Anträgen.

Der Laden ist montags und freitags von 12.00-17.00 Uhr und mittwochs von 12.00-19.00 Uhr geöffnet. Die vier Sozialarbeiterinnen machen auch Hausbesuche und Besuche im Knast. 1995 betreute der Laden insgesamt 518 Klientinnen, 1.168 Besuche wurden an den Öffnungstagen registriert.

Die Senatsverwaltung für Jugend, Schule und Sport zahlt die Stellen, Miete und Verwaltungskosten. Für die Entwicklung von Projekten braucht der Laden Unterstützung z.B. über Gelder des Paritätischen Wohlfahrtsverbands oder der BFA. 1996 war der Laden nicht direkt von Einsparungen betroffen, nur der Dienstwagen mußte abgeschafft werden. 1997 ist der Stellenschlüssel gefährdet, aber die Einzelheiten sind noch unklar. Indirekt fühlt sich das Projekt allerdings durchaus betroffen, denn wenn Angebote wie etwa der Mädchenladen eingeschränkt oder ganz eingestellt werden, erwarten die Sozialarbeiterinnen eine Zunahme ihrer Klientel.●

Frauenladen der Berliner Suchthilfe, Nazarethkirchstr. 42, D-13347 Berlin, Tel. (0 30) 455 20 93

FRAUENLADEN DER AWO

Der Frauenladen der Arbeiterwohlfahrt wurde 1983 in den Räumen einer ehemaligen Bäckerei in der Oudenarder Straße 32 gegründet. Die jetzt bevorstehende Sanierung des Hauses machte eine vorübergehende Verlegung in die Liebenwalder Straße 13 erforderlich.

Die Zielgruppe sind insbesondere alleinstehende Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Neben Frauen anderer Nationalitäten, deren Betreuung keine muttersprachliche Betreuung erfordert, kommen zunehmend auch deutsche Frauen, die auf Vermittlungen ausländischer Nachbarinnen und Arbeitskolleginnen den Laden aufsuchen.

Der Laden unterstützt die Frauen bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, im Umgang mit Behörden und bei der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen, ermutigt zur Vertiefung der Kenntnisse von deutscher Sprache und Kultur und regt zur sinnvollen und selbstbestimmten Freizeitgestaltung an.

Die zwei Vollzeitstellen des Ladens, die unter drei Frauen aufgeteilt sind, werden vom Senat für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen getragen. 1996 kam es zu 10%igen Einsparungen bei Sach- und Honorarausgaben. Bei den sowieso knapp bemessenen Stellen gab es bisher keine Kürzung. Für 1997 sind noch keine Aussagen möglich.

Der Laden ist montags bis freitags von 10.00-16.00 Uhr geöffnet, Beratungszeiten sind Mo 10-13, Mi 13.30-15.30, Do 12-14 Uhr. Freitag findet ein offenes Treffen statt.●

Frauenladen für jugoslawische und türkische Frauen, Liebenwalder Str. 13, D-13347 Berlin
Tel. (0 30) 45 60 64 50

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Vielmehr konnten seit 1993 ungeheure Beträge im Rahmen der »Sonderabschreibung Ost« von der Einkommensteuer abgesetzt werden. Dieses sogenannte »Gesetz zum Fördergebiet Ost« hat es unzähligen wohlhabenden Westlern ermöglicht, im Osten eine Immobilie zu erwerben und dadurch ihre Steuern gegen Null zu drücken. Zum 31.12.96 lief diese Förderung aus und ein Werbeprospekt der Immobilienbranche lockte die letzten Unentschlossenen:

»Die Zeit drängt, denn der Staat macht Ernst. er muß sparen, das ist sicher. Rigoros setzt er den Rotstift bei der Ostförderung an. Sicher ist, der Glücksfall 50% Sonderabschreibung endet am 31.12.1996 – das Ende des Paradieses. Heute haben Klienten noch die einmalige Chance, 50 Prozent der Baukosten sofort abzuschreiben. Dadurch können sie den größten Teil der persönlichen Jahressteuer vom Finanzamt zurückholen. Dadurch können sie sogar teilweise die Tilgung aus ersparten Steuern finanzieren. Das bedeutet: Keine oder nur geringe Eigenbelastung.« Gleichzeitig werben die Immobilienhändler mit einem weiteren Vorteil: Nach dem Wegfall der Sonderabschreibung werde der Wohnungsneubau im Osten deutlich zurückgehen, mit der Konsequenz, daß Immobilien im ehemaligen Sonderabschreibungsgebiet gut vermarktbar sein werden: Ost-MieterInnen zahlen West-Vermietern den Lebensunterhalt.

Aber auch nach dem Wegfall der Ostabschreibungen werden die Zeiten für die Besitzenden keineswegs weniger paradiesisch. Die Vermögenssteuer fällt weg – 1995 immerhin fast 8 Milliarden DM – und mit der »großen Steuerreform« 1999 soll der Spitzensteuersatz von jetzt (theoretisch, weil ohne Abschreibung) 53% auf einen Satz von 35% gesenkt werden. Dafür sollen dann zwar einige Steuervergünstigungen gestrichen werden, aber unter dem Strich bleibt immer noch ein Steuergeschenk von etwa 40 Milliarden DM jährlich für die Spitzenverdiener.

Mit diesen Zahlen dürfte es etwas klarer geworden sein, woher das »Haushaltsloch« kommt, ohne noch im einzelnen auf Ausgabenposten wie Rüstungsausgaben, Prestigeprojekte und Unternehmenssubventionen einzugehen.●

AUTOFEMINISTA:

Alle Gelder gestrichen

Seit 13 Jahren schon stellt der als gemeinnützig anerkannte Verein Autofeminista in der Prinzenallee 68 allen technikinteressierten Frauen die vereinseigene KFZ-Selbsthilfewerkstatt samt Ausstattung zur Verfügung. Jeden ersten Montag im Monat findet ein offenes Plenum statt. Mittwochs von 15 bis 19 Uhr, beim sogenannten Selbsthilfetag, können alle Frauen Wartungsarbeiten und kleinere Reparaturen an ihren Fahrzeugen selbst durchführen. Eine Vereinsfrau unterstützt sie dabei praktisch und theoretisch beim Umgang mit Werkzeug, Maschinen, Material und Meßgeräten.

Für Frauen, die etwas tiefer in die Materie einsteigen bzw. die ihr Fahrzeug, sei es Auto, Motorrad oder Fahrrad etwas besser kennenlernen möchten, bieten die Vereinsfrauen regelmäßig Kurse zur Einführung in die Kfz-Technik an, zum Teil in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen.

Spezielle Technikkurse für Mädchen, die u.a. in Mädchenläden und Jugendeinrichtungen durchgeführt werden, sollen dazu beitragen, daß Berührungsängste und Defizite im Umgang mit Technik als typische Folgen weiblicher Sozialisation und immer noch gültiger traditioneller Rollenzuweisungen möglichst früh abgebaut und ausgeglichen werden können. Mädchen im Berufsfindungsalter und jünger können im Rahmen dieser Kurse Erfahrungen mit technischen Werkstoffen und Verfahrensweisen sammeln. Damit soll ihnen Mut gemacht werden, traditionelle »männliche« Berufe im gewerblich-technischen Bereich in ihre Berufswahl mit einzubeziehen.

Die gegenwärtig etwa zwanzig Mitgliedsfrauen des Vereins erbringen den allergrößten Teil der Aktivitäten und der vielfältigen Angebote auf ehrenamtlicher Basis. Zusätzlich tragen sie, über ihre Mitgliedsbeiträge und Spenden, auch den Großteil der beträchtlichen finanziellen Belastung. Allein aus dem Unterhalt der Selbsthilfewerkstatt entstehen z.B. schon Raumkosten von ca. 1.400 DM monatlich. Hierfür gab es bisher einen Zuschuß. Für Mädchenkurse wurden bisher Sachmittel und Honorargelder vom Senat gezahlt, so daß diese Kurse unentgeltlich angeboten werden konnten.

Für 1997 wurden alle Gelder gestrichen. Die Frauen von Autofeminista wissen noch nicht, wie sie die Lücke ausgleichen können, wollen aber noch versuchen, auf andere Weise an Gelder zu kommen.●

Autofeminista e.V., Prinzenallee 68, D-13359 Berlin, Tel. (0 30) 494 25 97

SPINNBODEN:

Sozialabbau

Kontinuität ist gefährdet

Seit 1973 wird im Lesbenarchiv Spinnboden die Geschichte und Kultur lesbischer Frauen dokumentiert und damit vor dem Vergessen bewahrt. Die immer stärker wachsende Arbeit geschah bis 1985 ausschließlich ehrenamtlich, seither gibt es finanzielle Zuwendungen des Senats. Nun droht das Aus zum Jahresende 1996, weil nicht mehr genügend öffentliche Mittel für die Miete kommen und eine der beiden halben Stellen gestrichen wird. Die Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, die bisher die eine Hälfte der Zuwendungen bezahlte, will ab 1997 die Mittel streichen. Zum Jahresende droht die Schließung des Spinnbodens. In Gesprächen mit PolitikerInnen wird noch versucht, das Ende abzuwenden.

Der Spinnboden ist seit über zwanzig Jahren ein vielbesuchter und gefragter Ort für Lesbenliteratur, Lesbenkultur, Lesbenforschung und die verschiedensten Aspekte lesbischen Lebens. Erwachsen aus der in Berlin entstandenen Homosexuellen- und Frauenbewegung bietet das Archiv mit seinem Sammelschwerpunkt einen Zugang zu einem Thema, das in den offiziellen Institutionen weitestgehend vernachlässigt bzw. ganz verschwiegen wird.

Die internationale Präsenzbibliothek und die Dokumentensammlung umfassen 8.000 Bücher, ca. 900 Zeitschriftentitel, Abschlußarbeiten, Plakate sowie Bild- und Tonträger zur Lesbengeschichte und -bewegung. Studentinnen, Touristinnen, Cineastinnen, Forscherinnen, Medienfrauen, Lesehungrige oder einfach Interessierte nutzen unsere Materialien-, Service-, Veranstaltungs- und Kursangebote. Telefonische und schriftliche Anfragen zu Forschungszwecken oder aus privatem Interesse erreichen uns aus dem In- und Ausland.

Erforschung, Archivierung, Dokumentation und Präsentation von Materialien aller Art, die die Lebenswelten, Geschichte und Kultur von Lesben widerspiegeln, ist Zweck des Lesbenarchivs. Doch das Augenmerk richtet sich seit längerem hauptsächlich auf die Aufrechterhaltung des unbedingt Notwendigen: Verwaltung, Betreuung der Besucherinnen und Archivierung, sowie Vernetzung mit anderen Projekten.

Der Verein erhält für Archiv und Bibliothek keinerlei öffentliche Unterstützung und ist dringend auf Beiträge von Förderinnen sowie Geld- und Sachspenden vieler Frauen angewiesen. Gelder für kostenpflichtige Zeitschriftenabos stehen zur Zeit nicht zur Verfügung. Für die weltweit einzigartige Zeitschriftensammlung internationalen, wissenschaftlichen und populären Zuschnitts ist das ein gravierender Einbruch. Im Archiv wurden neben deutschsprachigen Zeitschriften um die Jahrhundertwende (»Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen«, »Die Frau«), Lesbenzeitschriften aus den 20er (»Freundin«, »Garconne«) und 70er bis 90er Jahren (»Lesbenpresse«, »Lesbenstich«, »Irrsinn«), sowie Fachzeitschriften (»Homosexualität und Literatur«, »Feministische Studien«) auch Zeitschriften aus Österreich, Dänemark, Niederlande, England, Irland, Namibia gesammelt.

Der Buchbereich teilt sich in die Belletristik-Abteilung und einen großen Sach- und Fachbuchbereich auf. Neue Bücher können nicht gekauft werden, der Buchbereich ist ebenfalls auf Sachspenden angewiesen. Attraktivität hängt in einem sehr hohen Grade von der Aktualität ab, ohne die aus einem umfangreichen Archiv eine Abstellkammer wird.

Neben dieser Archivarbeit leistet das Lesbenarchiv Spinnboden, gefördert von der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport und der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, klientenzentrierte Aufklärung, Beratung und Hilfe. Frauen wird die Möglichkeit angeboten, sich über lesbische Geschichte und Lebensweisen im Beratungsgespräch und in Literatur und Medien zu informieren. Mit Hilfe der Archivbestände werden positive Rollenbilder und Identifikationsmöglichkeitcn aufgezeigt, die die Frauen in ihrer Umgebung in der Regel leider nicht finden. Durch die vom Spinnboden geleistete Arbeit, die Vermittlung positiver Vorbilder, erfährt jedes lesbische Mädchen und jede lesbische Frau Selbstbewußtsein und Selbstbestätigung. Das führt zu Stabilität im Lebensalltag.

Über die Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen wird die im Spinnboden eingerichtete Kontakt- und Informationsstelle mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Gruppenarbeit gefördert. Die Gruppen erleichtern vor allem den Frauen, die unter der Isolation und vielfach auch unter Diskriminierungen leiden, den Kontakt zu anderen Frauen. Sie lernen besser mit ihren Ängsten und Problemen umzugehen. Zudem haben sie, ungeachtet finanzieller Probleme, die Möglichkeit, andere Lesben mit ähnlichen Interessen und Problemen kennenzulernen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Beratung. Die ersten Kontakte werden auf schriftlichem oder telefonischem Weg hergestellt. Nach diesen ersten Vorinformationen und unverbindlicher Beratung entscheiden die Frauen, ob sie die Kontakt- und Informationsstelle in Anspruch nehmen wollen. Es kommt vor, daß aus einem Archivbesuch eine Beratung wird und umgekehrt. Die Beratung ist kostenlos und anonym. Die Kontakt- und Informationsstelle verfügt über eine umfangreiche Adreßkartei mit Einrichtungen der psychosozialen Versorgung von Therapeutinnen und Ärztinnen. Daneben findet Betreuung bei wissenschaftlichen Hausarbeiten und Diplomarbeiten statt, wo Frauen häufig von ihren DozentInnen weitgehend im Stich gelassen werden. Die Frauen stehen unter starkem psychischen Druck. Eine besondere Anspannung entsteht durch die Angst, aufgrund des gewählten Themas an der Universität oder Fachhochschule diskriminiert zu werden. Hier findet eine psychosoziale Beratung und Betreuung statt, die andernorts nicht geleistet wird. Die positivsten Ergebnisse dieser Arbeit zeigen sich in der Vielzahl der Arbeiten, die geschrieben wurden und die in die Archivsammlung eingegangen sind.

Daneben finden regelmäßig Veranstaltungen statt. Das sind Lesungen, Vorträge und Filmvorführungen. Durch die niedrigschwelligen Angebote wird interessierten Frauen der Zugang zum Lesbenarchiv Spinnboden und zu seinem Beratungs- und Hilfsangebot erleichtert.

Die Senatsförderung besteht z.Zt. aus einer 1/2 Stelle für Aufklärungs- und Emanzipationsarbeit und einer 1/2 Stelle für die Kontakt- und Informationsstelle, anteiligen Sachmitteln (z.B. 50 % der Miete und Betriebskosten) sowie Honorarmitteln für Gruppenarbeit. Der Eigenanteil, den der Verein an Beiträgen und Spenden aufbringen muß, um die laufenden Betriebskosten zu decken, ist enorm.

Die chronische Unterfinanzierung, die dafür sorgt, daß zu viele Aufgaben im Spinnboden nur »ehren«-amtlich erledigt werden können, rächt sich mit Vernachlässigung wichtiger Bereiche. Dringend erforderlich sind bezahlte Stellen für eine kontinuierliche Arbeit in den Bereichen Projektfinanzierung, PR- und Lobbyarbeit, Verwaltung, Projektmanagement, Forschung und Öffnungsdienst.

Die Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport plant zum 1.1.97 die Streichung der Förderung. Mit dem Wegfall einer halben Stelle, sowie Sachkosten (u.a. Mietanteile) ist das Archiv gänzlich in seinem Fortbestehen bedroht. Weder kann der Verein selbständig den verbleibenden Teil der Miete aufbringen, noch läßt sich die anfallende Arbeit mit der weiter durch die Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen finanzierte Teilzeitstelle bewältigen. Der Spinnboden wird schließen müssen.

Eine gut ausgestattete Infrastruktur für Lesben und Schwule, die dem Image von Berlin entspricht, gibt es nicht zum Nulltarif.●

Spinnboden, Lesbenarchiv, Anlklamer Str. 38,
D-10115 Berlin, Tel. (0 30) 448 58 48

Demo im Oktober '96 Fotos: Archiv WNZ

WEDDINGER KINDERFARM:

Der Rest der Welt an der Seite der Kinderfarm

Die endlose Geschichte im Kampf um den Erhalt der Weddinger Kinderfarm geht bereits in die 97. Runde. Seit Oktober weigert sich das Bezirksamt, noch einen Pfennig an die Kinderfarm zu zahlen. Es sieht nach wie vor keine Notwendigkeit, der Gewährleistungsverpflichtung nach dem KSHG (Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz) nachzukommen.

Die Vertreter des Bezirksamtes weisen permanent daraufhin, daß die ungebilligte öffentliche Förderung bis zum Jahresende hätte reichen müssen und unterstellt dem Weddinger Kinderfarm e.V. damit praktisch, nicht haushalten zu können. Das ist so ähnlich, als gäbe man einem Ertrinkenden einen Rettungsring und ließe vorher noch schnell die Luft heraus.

Da aber die zuständigen »Herren« im Bezirksamt sich nicht zu hartherzig zeigen wollten, gaben sie einen Katalog von Vorschlägen mit, wie der Verein sparen könne: 1. Reduzierung der Öffnungszeiten, 2. Reduzierung der Angebote, 3. Privatisierung der Ponys.

Hier tat sich der AL/Grüne Stadtrat Sauter hervor, indem er vorschlug, die Ponys zu verkaufen, um mit dem Geld einen privaten Ponyverleiher zu bezahlen, der zweimal in der Woche mit seinen Ponys auf die Kinderfarm kommt, damit die Kinder reiten können.

Ein vierter Vorschlag beinhaltete die Kündigung der Planstellen. Ein Ersatz sollte durch ABM-Stellen und LKZ (= Lohnkostenzuschuß) bewerkstelligt werden. Kleine Notiz am Rande: Auf der einen Seite stellen sich staatliche »Würdenträger« als Kämpfer gegen Lohndumping dar, um sich dann als provinzielle Politfiguren auf die Seite der Lohndrücker zu stellen, wie sozial. Diese Vorschläge, das erkennen auch mit der Materie nicht so befaßte Menschen, gehen in die Richtung, die Kinderfarm zu zerschlagen.

Wie wir aus einer geheimen Quelle im Rathaus erfuhren, hatte Finanzstadtrat Havlicek zwischenzeitlich bezirksintern angeordnet, das zuständige Veterinäramt möge Unterbringungsmöglichkeiten für die Tiere der Farm besorgen, begründet mit der Fürsorge gegenüber den Tieren. Wie sehr diesen CDU-Politiker die Fürsorge von Kindern interessiert, wird an einer solchen Maßnahme, so sie denn umgesetzt werden sollte, ersichtlich. Selbst Kinder werden durch diese Maßnahme enteignet. Da steht doch im Grundgesetz oder in der Berliner Verfassung irgend etwas vom schützenswerten Eigentum. Das gilt aber in der Hauptsache nur für irgendwelche Unternehmen, nicht für Kinder und deren Vereine.

Das würde dem Faß den Boden ausschlagen, wenn es nicht noch dicker kommen könnte. Und da darf inzwischen beruhigt den zuständigen Bezirksfürsten unterstellt werden, noch andere Möglichkeiten auszuloten, die Kinderfarm abzuwickeln. Geben sie es doch zu, die Herren Nisblé (Bürgermeister/SPD), Sauter (Stadtrat für Jugend und Gesundheit/Grüne), Havlicek (Finanzstadtrat/CDU): Ihnen paßt es nicht, daß sich die von ihnen in Wahlkämpfen umschmeichelten, mündigen BürgerInnen gegen ihre unsoziale kinder- und tierunfreundliche Politik wehren. Am Ende beauftragen sich diese Herren gegenseitig, einen neuen Träger zu finden, der die dann abgewickelte Kinderfarm übernimmt.

Zurück zu den KinderfarmerInnen. Selbstverständlich haben sie die rechtswidrigen Vorschläge abgelehnt und sich auf die Rechte und Pflichten des KSHG berufen. Aus sozialpolitischer Verantwortung heraus, gerade in dem Einzugsgebiet zwischen See- und Lynarstraße ein notwendiges Angebot aufrechtzuerhalten, versucht der Verein, durch Spenden und Sponsoren zu überleben. So gab es am 27.10. den Tag der Solidarität: Über 600 BesucherInnen aus allen gesellschaftlichen Bereichern und Organisationen besuchten das Gelände der Weddinger Kinderfarm.

Unter anderem waren anwesend VertreterInnen der ÖTV-Betriebsgruppe des Bezirksamtes Wedding, der GEW Wedding, des FIPP (Fortbildungsinstitut für Pädagogische Praxis), des Dachverbandes Berliner Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe, der PDS Wedding, von Bündnis 90/Die Grünen, des Deutschen Kinderhilfswerkes, des Kommunalen Forum Wedding, aber auch einige Bezirksverordnete aus dem Wedding sowie Abgeordnete des Abgeordnetenhauses. Aber auch VertreterInnen von Schulen, Kitas und Kinderläden waren anwesend. Allein ca. 300 Kinder waren am Solidaritätstag auf dem Platz.

An diesem Tag kamen allein Spenden in Höhe von 16.500 DM zusammen, davon allein 10.000 DM vom Deutschen Kinderhilfswerk. Mit diesen Geldern konnte der Konkurs des Vereins erst einmal abgewendet werden.

Bis heute hält sich die Kinderfarm dank der Solidarität vieler SpenderInnen und Kleinunternehmen.

Da der Bezirk trotz mehrerer Gespräche und in Kenntnis der Situation der Einrichtung und des KSHG sein inzwischen über die Grenzen des Wedding hinaus allgemein bekanntes Weddinger Landrecht anwendete, war der Verein Weddinger Kinderfarm gezwungen, zur Wahrung seiner Aufgaben und der Rechte der Weddinger Kinder, den Erlaß einer einstweiligen Anordnung beim Verwaltungsgericht zu erwirken.●

Kinderfarm, Luxemburger Str. 25, D-13353 Berlin,
Tel. (0 30) 462 10 92, tägl. außer Mo 10 bis 18 Uhr

AWO

Frauenwohnprojekte

Die Wohnprojekte in der Utrechter Str. 36 und der Müllerstr. 165 bieten Unterstützung bei der Wiedereingliederung Haftentlassener oder von Obdachlosigkeit bedrohter Frauen (mit ihren Kindern). Die Arbeit ist als Hilfe zur Selbsthilfe angelegt, mit dem Ziel, weiteren Straftaten entgegenzuwirken und Obdachlosigkeit zu verhindern. Neben dem emanzipatorischen und ganzheitlichen Ansatz stehen die individuellen Erfordernisse der Frauen im Vordergrund. Es stehen 27 Einzelwohnungen (1 bis 2 1/2 Zimmer) und sechs Plätze in zwei Übergangswohnungen im 1. Projekt sowie 12 Einzelwohnungen und drei Wohnungsübergangsplätze im 2. Projekt (vorrangig im Wedding gelegen) zur Verfügung.

Das Beratungs- und Betreuungsangebot der Projekte erstreckt sich auf sämtliche Lebensbereiche, u.a. Unterstützung im Umgang mit Behörden, Hilfestellung bei der Wohnungs- bzw. Arbeitssuche, in Fragen der Ausbildung, Umschulung sowie Beratung in persönlichen Konfliktsituationen wie z.B. bei Beziehungsproblemen, Schwierigkeiten mit den Kindern, Suchtmittelproblematik u.ä. Zusätzlich zur Einzelbetreuung finden Gruppentreffen und gemeinsame Freizeitaktivitäten statt.

Bis Mitte dieses Jahres erhielten die Projekte ihre Zuwendungen direkt vom Senat für Soziales, seitdem läuft die Geldverteilung über die Liga der Wohlfahrtsverbände. Insgesamt gibt es fünf Vollzeitstellen Sozialarbeit, eine Haushandwerkerin und zwei halbe Verwaltungsstellen.

1996 mußten die Wohnprojekte eine über 10%ige Kürzung verkraften. Im nächsten Jahr wird der 96er Etat zur Grundlage genommen, davon müssen dann weitere 5% eingespart werden. Der Etat deckt dann auf keinen Fall mehr den Bedarf. Eventuell müssen Stellen abgebaut werden.

Die Planung ist schwierig, da die Zuwendungsbescheide für 1996 erst in der zweiten Jahreshälfte gekommen sind. Die weitere Situation ist unklar. Zudem gestaltet es sich schwierig, Druck auszuüben, da für die Geldverteilung inzwischen nicht mehr direkt die Senatsverwaltung zuständig ist, sondern über die Liga der Wohlfahrtsverbände der eigene Arbeitgeber, die AWO. Es besteht die Sorge, daß langfristig das betreute Einzelwohnen über Tagessätze vom Bezirksamt finanziert werden soll, was die finanzielle Situation weiter verschlechtern würde.●

FABRIK OSLOER STRASSE:

Sozialabbau

Putte mit eingeschränkten Angeboten

Wie viele andere Weddinger Projekte mußte auch die Putte in der Fabrik Osloer Straße drastische Kürzungen des Bezirksamts Wedding in diesem Jahr hinnehmen. Gleich 17,8% (ca. 109.000 DM) ihres diesjährigen Etats wurden seitens des Bezirksamtes gekürzt, so daß nur noch ca. 613.000 DM für die Arbeit des gesamten Projektes übrigblieben.

Die Frauengruppe, die in Kooperation mit der Nachbarschaftsetage organisiert wurde, fiel dem Rotstift seit Anfang des Jahres zum Opfer. Die feste Mitarbeiterin und die zusätzlichen Honorarkräfte konnten nicht mehr bezahlt werden. Ebenfalls nicht mehr bezahlt werden konnten die beiden Mitarbeiterinnen der Mädchengruppe, so daß es seit Anfang des Jahres auch diese Gruppe nicht mehr gibt.

Der Jugendladen, der 1995 noch von drei MitarbeiterInnen (zwei Ganztagsstellen und eine Halbtagsstelle) organisiert wurde, läuft in diesem Jahr nur noch mit zwei MitarbeiterInnen (eine Ganztagsstelle, eine Dreiviertelstelle). Auch hier mußten die Angebote für die jungen Leute stark eingeschränkt werden.

Die Öffnungszeiten wurden um zwei Stunden täglich gekürzt, jetzt ist nur noch Montag bis Freitag von 16 bis 21 Uhr geöffnet.

Dadurch, daß zusätzlich die Honorarkräfte und Sachmittel für den Jugendladen wegfallen, können kaum noch Freizeitangebote gemacht werden (z.B. gibt es keine Kinobesuche mehr, gemeinschaftlich Kochen geht auch nicht mehr). Ebenfalls fielen Gruppenangebote weg. Die Putte war bekannt für ihre Folklore- und Sazgruppe, die auf vielen Straßenfesten gespielt haben. Auch diese Gruppen sind durch die Mittelkürzungen des Bezirksamtes weggefallen.

Im Schülerladen gibt es nach wie vor zwei MitarbeiterInnen mit 20-Stunden-Arbeitsverträgen. Doch durch enorme Kürzung von Sachmitteln mußten die Öffnungszeiten verkürzt werden. Nur noch an vier Tagen in der Woche und auch nur noch für fünf Stunden ist der SchülerInnenladen geöffnet. Die Vorschule in der Putte wird noch von den bisherigen MitarbeiterInnen betreut, doch fehlen auch hier die Sachmittel.

Das Jahr 1997 wird sich für das gesamte Putte-Projekt noch düsterer gestalten. Schon jetzt signalisierte das Bezirksamt weitere starke Kürzungen, so daß die Räumlichkeiten des Jugendladens zum 31.1.1997 gekündigt werden mußten.

Wie auch schon bei anderen Projekten »unterbreitete« das Bezirksamt lapidar seine Vorschläge »zum besseren Sparen« z.B. mit der Nutzung von Räumlichkeiten im Haus der Jugend. Dieses wird selbstverständlich vom Putte e.V. abgelehnt. Zur Zeit werden Konzepte und Möglichkeiten ausgelotet, wie die schon jetzt erheblich beschnittene Arbeit weiterlaufen kann, bzw. wichtige Angebote aufrechterhalten werden können.●

Foto: Archiv WNZ

Putte, Fabrik Osloer Straße, Osloer Str. 12, D-13359 Berlin, Tel. (0 30) 493 90 42

PROJEKT LERNSTATT E.V.

Strategien werden diskutiert

Das älteste Projekt in Berlin, das mit AusländerInnen zusammenarbeitet, ist die Lernstatt in der Groninger Straße. Seit mehr als 22 Jahren werden die verschiedenen Kurse, Beratungen etc. genutzt von Menschen aus der Türkei, Polen, Jugoslawien, aber auch AraberInnen und AfrikanerInnen, wobei mit 90% die Menschen aus der Türkei den Hauptteil der BesucherInnen ausmachen.

Angeboten werden Sprachkurse, Schularbeitszirkel, Frauenkurse, Mädchenkurse, ein Sazkurs (türkisches Saiteninstrument) und es gibt Möglichkeiten einer allgemeinen Beratung. Öffnungszeiten sind Montags bis Samstags. Seit zwei Jahren gibt es recht bescheidene Mittelzuwendungen vom Bezirksamt, die in diesem Jahr um 20% gekürzt wurden.

Durch zwei Halbtagsstellen, einige Honorarkräfte und viele ehrenamtliche HelferInnen kann die Lernstatt ihren Betrieb bis jetzt aufrechterhalten.

Trotzdem haben die Mittelkürzungen in diesem Jahr bereits zu Einschränkungen der Arbeit geführt. Konnten noch im Jahre 1995 täglich 40 bis 50 Jugendliche Hilfe bei ihren Hausaufgaben bekommen (zwei bis drei Erwachsene betreuten die Jugendlichen dabei), so war es in diesem Jahr nur noch möglich, im Durchschnitt 15 bis 20 Jugendlichen bei den Hausaufgaben zu helfen, da nur noch eine erwachsene Person die Betreuung übernehmen konnte, bedingt durch die Mittelkürzungen des Bezirksamts Wedding. Ältere Jugendliche helfen nun verstärkt den Jugendlichen bei den Schulaufgaben.

Spielmöglichkeiten für Kinder gibt es seit diesem Jahr nicht mehr. Auch andere Angebote mußten eingeschränkt werden. Lag der Etat der Lernstatt im Jahr 1995 noch bei 140.000 DM, so kann sie 1996 nur noch über 121.000 DM verfügen. Für dieses Jahr ist alles noch unklar. Anträge für Mittelzuwendungen sind beim Bezirksamt Wedding gestellt. Bisher gab es lediglich eine Meinungsäußerung aus dem Bezirksamt, man könne die Arbeit im Haus der Jugend am Nauener Platz fortsetzen, da wären noch Räumlichkeiten zu bekommen, das würde Miete und Kosten sparen. Diesen zugegeben miesen Vorschlag aus dem Rathaus hatten die Mitglieder der Lernstatt abgelehnt.

Die Lernstatt erstellte einen erneuten Finanzplan, in dem noch einmal 18.000 DM eingespart werden könnten, unter der Voraussetzung, daß ein anderes Projekt die Räumlichkeiten mit nutzen kann. Verbindungen gibt es zu einigen anderen Projekten und es gibt gemeinschaftliche Versammlungen vom Sparen betroffener Gruppen, um Infos auszutauschen, aber auch um Strategien zu diskutieren, wie dem Sparwahn des Senats und der Bezirksämter begegnet werden soll.●

Demo im Oktober '96 Foto: Archiv WNZ

DEMO DURCH DEN WEDDING

Überführung der Banken in Gemeineigentum

»Uns reicht's«: Unter diesem Motto wollten am 17. Oktober 1996 viele Menschen durch den Wedding demonstrieren, um ihren Unmut über die Kürzungen des Berliner Senats und der Bezirksämter vor allem in den sozialen Bereichen kundzutun. Schließlich waren es nicht mehr als 70 »Unzufriedene« mitsamt drei Ponys und einem Hund, die nach einer Auftaktkundgebung am Rathaus die Demoroute in »Angriff« nahmen. Vorbei an vielen Projekten, die von Kürzungen betroffen sind (Kinderfarm, Telux, Julateg, Sparrladen etc.), ging die Demo bis zu einem Straßenfest in der Weddingstraße.

Während der Demo gab es immer wieder kurze, informative Beiträge. Unter anderem hieß es in einem Beitrag beim Arbeitsamt in der Müllerstaße, daß es im Wedding ca. 15.000 arbeitslos gemeldete Menschen gibt, wovon 12% Jugendliche sind. Darum wäre es wichtig, gerade in Jugendprojekten nicht noch weiter zu kürzen.

Eine Forderung der TeilnehmerInnen der Demo war die Überführung der Banken in Gemeineigentum, so daß ein Großteil der Zinszahlungen (das Land Berlin muß täglich 2,5 Millionen DM Zinsen an die Banken zahlen) für die öffentlichen Schulden wegfallen. »Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen.« (Zitat aus einem Flugblatt).●

WNZ

RAT & TAT

Der Stadtteilladen Rat und Tat existiert seit nunmehr 15 Jahren und bietet Beratungen zur Sozialhilfe und zum Umgang mit Behörden an. Außerdem wird der Laden von einigen Gruppen genutzt. Durch die finanziellen Kürzungen seitens des Bezirksamts ist inzwischen die türkischsprachige Beratungsstelle weggefallen. Lediglich auf Honorarbasis finden eingeschränkte türkische Beratungen noch statt.

Unsicher ist die weitere Finanzierung der letzten verbliebenen (deutschsprachigen) Stelle. Sollte sie nicht verlängert werden, können die Räume bis Juni 1997 noch von den Gruppen genutzt werden.

Aktueller Nachtrag: Der Stadtteilladen mußte zum 1. Februar 1997 schließen, da die letzte verbliebene Stelle überraschend schon zum 31.12.96 gestrichen wurde.●

Rat & Tat, Liebenwalder Str. 16, D-13055 Berlin
Tel. (0 30) 455 44 40

ARBEIT, ARMUT, ALTERNATIVEN

Bescheidene Verhältnisse

Im September letzten Jahres wurde das Bremer Soziokulturelle Zentrum »Schlachthof« 15 Jahre alt. Im Rahmen der Jubiläumsveranstaltungen fand auch ein »Kongreß Bescheidene Verhältnisse« zu »Arbeit, Armut, Alternativen« statt.

Bernd Hüttner, Bremen ● Ein Wochenende lang wurde, eingebunden in ein kulturelles Programm mit Ausstellungen, Perfomannces und Konzerten gefeiert und in drei Arbeitsgruppen – Bilder der Armut, Wiederaneignung der Arbeit, Lokalökonomie – über die drei genannten Schlagworte diskutiert. Die über 150 TeilnehmerInnen repräsentierten größtenteils ein neues Spektrum von sozialen und ökologischen Projekten bzw. von »aufrecht« gebliebenen »alten«.

Das Tagungsmotto wurde doppeldeutig verstanden: Als Bescheid wissen über die Verhältnisse, zweitens und weit wichtiger ging es darum, sich nicht in bescheidenen Verhältnissen einzurichten, sondern darum, die Qualitäten von »bescheidenen Verhältnissen« zu erkennen: die Abschaffung (oder Niedrigwertigkeit) von Arbeit und Geld als (einzigen) Bewertungsmaßstäben und die Erkenntnis, daß soziale Bewegungen und selbstverwaltete etc. Projekte heute einen immensen Erfahrungsschatz besitzen. Dieser wird aber immer wieder von oben verschüttet oder droht verschüttet zu werden. In den AG's zu sozialen Fragen blieb dann die bekannte Frontstellung »Sozialstaats- und andere Reformpolitik« gegen »Vorrang von Selbsorganisation« nicht aus, sie blockierte aber auch nicht. Das Vorbereitungsteam hat eine interessante 64-Seiten starke, ansprechend layoutete Broschüre als Tagungsdokumentation erstellt, die auch überregional für alte ProjektlerInnen und sozialengagierte ebenso wie für »Neue« interessant ist. Längere Beiträge sind u.a. von Annelie Keil (Uni Bremen), Mechthild Jansen, Peter Alheit (Uni Bremen), Ulla Peters (NARET, Nachhaltige Regionalentwicklung Trier). Der Kongreß ist ein Beispiel, wie ein erweiterter Kulturbegriff zu einer Re-Politisierung von (Sub-) Kultur und zur Beachtung emanzipatorisch-sozialer Aspekte von alternativer Politik und Ökonomie führen kann. Angenehm ist auch, daß in der Broschüre von der leidigen Trennung und Konkurrenz zwischen politischen, ökonomischen und kulturellen Initiativen nichts zu spüren ist.●

Bescheidene Verhältnisse; 15 DM incl. Porto, gegen Rechnung bei Schlachthof, Elke Heyduck, Findorffstr. 51, D-28215 Bremen, Tel. (04 21) 37 77 50

UMZUG & ZUKUNFTSPLÄNE:

Der Buchladen Rote Strasse hat eine neue Adresse

Ein neues Domizil hat der selbstverwaltete Göttinger Buchladen Rote Straße gefunden. Am Namen, der bisher auch gleichzeitig Adresse war, ändert sich nichts. Eine Vielzahl von Initiativen von der Göttinger Autonomen Antifa bis zur Roten Hilfe ist über den Buchladen postalisch zu erreichen. Der Buchladen hat noch eine Besonderheit: Fast alle linken Zeitungen und auch Buchproduktionen kleinerer Verlage sind mit im Sortiment – eine Palette von Angeboten, die in vielen Städten der BRD sonst nur noch in Infoläden zu finden ist. Nachfolgend ein Bericht über die Zukunftspläne des Buchladens, den wir der »Göttinger Drucksache« vom Dezember 1995 entnommen haben.

Roter Buchladen, Göttingen ● Das neue Ladengeschäft wird großzügiger sein, das Sortiment wird besser und übersichtlicher gestaltet, und wir werden versuchen, in bezug auf aktuelle gesellschaftliche Diskussionen mehr auf der Höhe der Zeit zu sein als bisher. Was wir meinen: als Anfang liegt diesen Buchempfehlungen eine Bücherliste mit kritischer Literatur zur »Datenkritik« bei, also mit kritischer Literatur zum Internet, zur Veränderung der Medien in spätbürgerlichen Gesellschaften usw., und diese Bücher werden wir natürlich vorrätig haben.

Die Belletristik werden wir speziell in Hinsicht auf nicht-europäische Länder weiter ausbauen. Das Sortiment kleinerer Verlage, die sonst in Göttingen kaum zu bekommen sind, wird vorrätig sein, dies gilt auch für unser breit gefächertes Zeitungs- und Broschürenangebot. Zusätzlich zu unserem bekannten Sortiment werden wir die »Büchergilde Gutenberg« mit ihrem Angebot bei uns beherbergen (wobei das Angebot der »Büchergilde Gutenberg« nur von denen genutzt werden kann, die auch Mitglied bei ihr werden bzw. sind: aber eintreten lohnt sich!).

Insgesamt wird unser Sortiment kritische und linke Literatur und Diskussionen umfassen, und dazu ein paar »Nischen«, d.h. wir werden versuchen, unser Buchprogramm zu größeren Teilen so auszurichten, daß Ihr bei uns Bücher bekommt (zu bestimmten Diskussionen, Literatur aus bestimmten Ländern, Bücher aus kleineren Verlagen), die es anderswo im Zuge der Rationalisierung des Buchhandels nicht mehr zu kaufen gibt. Zum Stichwort Rationalisierung gleich auch noch ein Wort:

Die meisten von Euch haben gesehen, daß in den letzten Monaten auch wir »rationalisiert« haben. Wir arbeiten nicht mehr mit Katalogen, sondern inzwischen mit einem Computer (CD-ROMs). Dazu sind wir praktisch gezwungen: einige Kataloge gibt es gar nicht mehr gedruckt, andere sind auf CD-ROM (teilweise sehr viel) billiger, und außerdem geht es damit wirklich schneller. Mit dem Computer sind wir inzwischen auch per elektronischer Post erreichbar (e-mail-Adresse: roter_buchladen@t-online.de), falls wer vom Computer zu Hause bestellen will.

Trotz aller Unterstützung, die Ihr bisher geleistet habt, werden der Umzug und die Ladengestaltung ca. 80.000 DM Kapital verschlingen. Wir wollen den Kapitalaufwand nicht nur fremdfinanzieren und bitten daher die BenutzerInnen des Buchladens noch einmal um Unterstützung. Es gibt mehrere Möglichkeiten, uns finanziell zu unterstützen:

GmbH-Stammkapital

Wir werden das Stammkapital von derzeit 60.000 DM auf 100.000 DM erhöhen. Einlagen aufs Stammkapital können ab 1.000 DM eingebracht werden. Die Einlagen werden auf einen Gesellschafter des Buchladens »gutgeschrieben« und sind damit als langfristige Anlagen anzusehen. (Rückzahlungen der Einlagen sind möglich, aber nicht unbedingt geplant.)

Privatdarlehen

Ihr gebt uns ein Darlehen. Diese Darlehen können zum üblichen Zinssatz für Spareinlagen verzinst werden. es ist sinnvoll, wenn Darlehen für 5 bis 8 Jahre gewährt werden. Aber auch kürzere Darlehen – also auch solche ohne Zinsen sind natürlich möglich. Die Rückzahlungsmodalitäten werden im Darlehensvertrag geregelt.

Einrichtung von Bücherkonten

Ihr zahlt regelmäßig bar bzw. per Dauerauftrag monatlich eine gewisse Summe ein, dafür können dann bargeldlos Bücher eingekauft werden.

Monatliche (jedenfalls regelmäßige) Spenden

Ihr könnt uns, wenn Ihr uns weder ein Darlehen geben, noch eine Einlage machen wollt, auch mit monatlichen oder regelmäßigen Spenden unterstützen (die Summe spielt keine Rolle, wir freuen uns über jede Spende). Auch für organisatorische Zusammenhänge und Gruppen wäre es so möglich, sich an einer finanziellen Unterstützung für uns zu beteiligen.

Eine weitere Unterstützungsmöglichkeit wäre Eure Mitgliedschaft in der »Büchergilde Gutenberg«. Ansonsten freuen wir uns natürlich sehr, wenn Ihr bei Veranstaltungen, Seminaren, im Bekanntenkreis und bei Organisationen, Bibliotheken und Verbänden für einen Besuch im Buchladen bzw. für Bestellungen im Buchladen werbt. Bücher sind preisgebunden und kosten überall gleich viel, daher können alle ruhigen Gewissens bei uns einkaufen – die Bücher sind bei uns nicht teurer als in den »großen« Buchhandlungen. Wir bestellen jedes lieferbare Buch, Comics, CD-ROMs etc. Wichtig ist, daß viele Studierende Fachbücher bei uns bestellen, auch wenn wir sie nicht am Lager haben (zu 80% dauert die Besorgungszeit nur einen einzigen Tag, die Bücher wären also am nächsten Tag da).

Wir werden auf Wunsch zu bestimmten Themenbereichen Literaturlisten erstellen. Ebenso werden wir 2-3 mal jährlich eine Auswahl aus dem Neuerscheinungsangebot zusammenstellen und für unsere KundInnen zur Information bereit halten. Und selbstverständlich stellen wir für Veranstaltungen und andere Zwecke weiterhin Büchertische in Kommission zur Verfügung.

Zum Schluß möchten wir uns noch einmal herzlich bei denjenigen bedanken, die uns schon mit Bürgschaften, Einlagen, Darlehen, Spenden und Vorbereitungen für den bevorstehenden Umzug geholfen haben – und bei denjenigen, die uns die nächsten Monate helfen werden.●

Am 22.2.97 findet der Umzug statt,
die neue Anschrift lautet:
Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7, D-37037 Göttingen, Tel. (05 51) 4 21 28, Fax 54 18 18
e-mail: roter_buchladen@t-online.de

NEUER BILDBAND ZUM CASTOR-WIDERSTAND

Bilder, die Mut machen

Wem sind sie nicht noch in Erinnerung, die Fernsehbilder von den größten Polizeieinsätzen in der Geschichte der Bundesrepublik, als 1995 und 1996 jeweils ein Castor-Behälter mit Atommüll nach Gorleben gebracht wurde und als sich Tausende AtomkraftgegnerInnen quer stellten?

Wozu braucht es dann einen Bildband über diese Ereignisse, fragt sich vielleicht manche/r. Doch wer das Buch erstmals in den Händen hält und zu blättern beginnt, wird schnell feststellen, daß sich in den Fotos zum Teil eine ganz andere Sicht auf die Ereignisse widerspiegelt. »Wir stellen uns quer« war das Motto der Menschen, die den Castor nicht ungestört nach Gorleben rollen lassen wollten, »Wir stellen uns quer«, diesen Schriftzug bildeten 10.000 Menschen am Vortag des letzten Castor-Transportes mit ihren Körpern auf einer Bundesstraße bei Dannenberg, »Wir stellen uns quer« heißt auch dieses Buch, dessen Titel eine Luftaufnahme dieser einmaligen Protestaktion zeigt.

Eigentlich haben wir es hier schon mit dem zweiten Band zu tun, denn 1995 erschien »Castor – das Buch«, der Bildband über die erfolgreiche Verhinderung des Castor-Transportes 1994. Die jetzt erschienene Fortsetzung beinhaltet, in ähnlicher Qualität und Aufmachung, die Ereignisse rund um die beiden Transporte und die Zeit dazwischen, als das Wendland nicht zur Ruhe kam und immer wieder neue große und kleine Widerstandsaktionen stattfanden.

Neu in »Wir stellen uns quer« sind einzelne Farbfotos,

Überall im Landkreis Lüchow-Dannenberg verschönern Castor-Gruppen die Landschaft mit selbst gebauten Xen Foto: Björn Vogt

die zeigen, wie bunt und vielfältig der Protest in Lüchow-Dannenberg ist. Auszüge aus LeserInnenbriefen, veröffentlicht in der örtlichen »Elbe-Jeetzel-Zeitung«, machen deutlich, warum sich die Menschen dieser Region gegen die Atommüll-Pläne wehren.

Trotz mancher Bilder, die den Schrecken von Polizeigewalt und staatlicher Willkür vermitteln, bleibt nach dem Anschauen und Lesen keine Resignation zurück. Die Fotos machen Mut, zeigen, daß es Spaß macht, gemeinsam auf die Straße zu gehen und beantworten vielleicht sogar eine Frage, die immer wieder gestellt wird, wenn über den wendländischen Widerstand gegen die Atomindustrie gesprochen wird: Warum geben die eigentlich niemals auf?

Erschienen ist das Buch bei »Tolstefanz«, dem wendländischen Verlagsprojekt, einer neuen Pflanze im wendländischen Projekte-Dschungel. »Tolstefanz« arbeitet ehrenamtlich und publiziert Materialien für die Anti-Atom-Bewegung. Neben den beiden Castor-Bildbänden wurde bisher der Wandkalender »Gorleben 1997« publiziert, der mit 13 großformatigen Farbfotos dafür sorgt, daß die Castor-Auseinandersetzung das ganze Jahr nicht in Vergessenheit gerät.●

Quelle: Waschzettel des »Tolstefanz«-Verlagsprojekts

Katja Tempel, Jochen Stay (Hrsg.): Wir stellen uns quer. Bilder vom Widerstand gegen die Castor-Transporte nach Gorleben 1995/96: Castor-Buch 2,188 Seiten (zum Teil in Farbe), 35 DM, ISBN 3-932270-01-0

Katja Tempel, Jochen Stay (Hrsg): Castor – das Buch. Bilder von der erfolgreichen Verhinderung des Castor-Transports nach Gorleben 1994,148 Seiten, schwarzweiß, 24 80 DM, ISBN 3-932270-00-2

Gorleben 1997. Der Widerstands-Wandkalender. Format: 33 x 47 cm, durchgängig farbig bebildert, 25 DM, 5 DM vom Verkaufspreis gehen an die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., ISBN 3-932270-02-9

Bestelladresse: Tolstefanz, Wendländisches Verlagsprojekt, D29439 Jeetzel 41. Zu den Verkaufspreisen kommen noch Versandkosten!

NATURSCHUTZ INTERAKTIV

PC statt Gummistiefel

Heute nähert sich der Interessierte der Natur über den Computer. Noch vor 15 Jahren machten wir das mit Gummistiefeln. »Interaktiv statt aktiv«, könnte man diesen Weg skeptisch auf eine Formel bringen. Aber Wolfgang Dobers, Mitglied in der Aktion Fischotterschutz, belehrt uns eines besseren:

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● »Alles im Fluß / Revitalisierung der Iseniederung ist kein einfaches Computerspiel mit Siegern und Besiegten. Im Vordergrund steht, die Interessen aller unter einen Hut zu bringen, von Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Naturschutz.« Das Otterzentrum Hankensbüttel (Niedersachsen) hat eine Multi Media(MM)-CD »Alles im Fluß – Naturschutz interaktiv 1« herausgegeben. Der Spieler wird hier wahlweise zum Landwirt, Naturschützer oder Wasserbauer und kann am Computer Entscheidungen simulieren und auf die Entwicklung des Flusses »Ise« Einfluß nehmen.

Ein Spiel mit engem Realitätsbezug

Die Revitalisierung der Ise ist nicht nur eine MM-Computersimulation sondern auch real eines der großen bundesdeutschen Naturschutzprojekte. 5 Kilometer vom Otterzentrum Hankensbüttel entfernt fließt die Ise. Das Naturschutzprojekt erstreckt sich über die gesamte Flußlänge von 42 Kilometern und 420 qkm Einzugsgebiet der Flußaue im Niedersächsischen Landkreis Gifhorn, einem landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebiet. Wolfgang Dobers: »'Alles im Fluß' ist kein Theoriespiel. Es besteht eine Verbindung zwischen Spiel und Natur. Man kann sich in der Natur anschauen, was man gespielt hat.«

Der Bauer im Programm

Am Computer werde ich zum Landwirt und entscheide, ob ich Acker in Grünland umwandle, und wieviel ich dünge. Ich entscheide in der nächsten Rolle als Umweltschützer durch Mäusklickerei wo ich Bäume pflanze, ob der Uferrandstreifen der Ise genutzt, und wie oft er gemäht wird. Dann schlüpfe ich in die Rolle des Wasserbauingenieurs und entscheide über wasserbauliche Maßnahmen wie Uferbefestigung und ähnliches. Und umgehend präsentiert das Spiel mir auf Knopfdruck die positiven und negativen Folgen meiner Eingriffe. Der aktive Naturschützer aus dem Bremer Umland: »Der PC simuliert die Folgen meiner Eingriffe sofort. In der Natur zeigt sich die Entwicklung erst über lange Zeiträume.«

Computerfreaks einen Zugang verschaffen

Er meint, wer das Spiel nur als Spiel betrachtet, gehe an der Idee vorbei. Das Simulieren, »was würde passieren wenn« und die Betrachtung der Auswirkungen sollen die Spieler an das Thema heranführen: »Die ganze Idee des Otterzentrums ist, Menschen spielerisch mit dem Naturschutz vertraut zu machen. Computerfreaks haben hier ihre Möglichkeit. Wenn der Naturschutz nicht offen ist, hat er keine Chance. Und wer sich dem Einsatz neuer Medien verschließt, ist irgendwann hintenan.« Selbst ein Hackerraum mit MM-Anwendungen soll im Otterzentrum eingerichtet werden, um Computerfreunden Zugang zu diesen Themen anzubieten. Klappt das? »Ich bin kein Computerfreak und weiß nicht, ob bei denen der Funke überspringt, daß sie sich die Ise auch in Natura angucken wollen. Mir persönlich liegt es mehr, mit Gummistiefeln draußen herumzulaufen.«

Der Naturschützer Wolfgang Dobers erklärt, was der Fischotter im Computer verloren hat Foto: Götz Paschen

Der lustlose Tester

Mir auch – und trotzdem habe ich versucht, daß Spiel zu testen: Erfolglos, vermutlich fehlen in meinem Rechner die Sound- und die Videokarte und die Aktivboxen. Minimumvoraussetzungen: 486/66, 4 MB RAM, SVGA 800 x 600, 256 Farben, MPCI kompatible Audiokarte, 2fach CD-ROM, Windows 3.1 oder 95 und Maus; Speicherbedarf 11 MB. Ich hätte es mir auch ohne Ton angeschaut und habe versucht die mitgelieferte Video-Software zu installieren, aber ohne den nötigen Ehrgeiz und vermutlich deshalb erfolglos.

Wer Spaß dran hat, kann sich die CD bestellen für DM 19,50 & 3,– Versand als Scheck vorab bei folgender Adresse: Gruppe Naturschutz, Sudendorfallee 1, D-29386 Hankensbüttel, Tel. (0 58 32) 98 08 29●

Anzeige

express
Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken
Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06

★ Beobachtungen aktueller Arbeitskämpfe
★ Berichte von kritischen GewerkschafterInnen aus den Betrieben
★ Diskussion von Gegenstrategien gegen Lean Production

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich bestelle die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gg. Vorkasse bar oder Briefmarken)

DOKUMENTATION:

Mit Volldampf auf dem Rückzug

Im September 1995 startete die »Freie Arbeiter Union« (FAU) eine Boykottkampagne gegen den Kaffee der Finca Irlanda aus dem mexikanischen Chiapas. Über die Hintergründe der Kampagne berichtete CONTRASTE mehrfach. Vielfältige Aktionen und Berichte in den verschiedensten Medien bescherten dem Kaffee mit dem selbstgebastelten »FairTrade«-Label des Importeurs »Lebensbaum« schmerzhafte Umsatzeinbrüche. Mitte Oktober 1996 trat »Lebensbaum« den Rückzug an. In der neuesten Händlerpreisliste wird der größte Teil des umstrittenen Kaffees der Finca Irlanda »ausgelistet« und zum großen Teil durch einen biologischen Kooperativen-Kaffee aus Mexiko ersetzt, der von »TransFair« lizensiert ist (s. CONTRASTE Nr. 148). Wie angekündigt, dokumentieren wir einen Hintergrundbericht aus der »direkten aktion«, Nr. 118.

Aufgeschreckt durch die Aktionen und die damit losgetretene Diskussion, scheinen sich mittlerweile selbst bei den bislang bedingungslosen Verteidigern der Zustände auf der Finca Irlanda, allen voran der »Demeter-Bund«, in dessen Vorstand Lebensbaum-Geschäftsführer Ulrich Walter sitzt, erste Absetzbewegungen zu zeigen. Dort kursiert derzeit ein Gutachten – von dem noch die Rede sein wird –, das unmißverständlich Verbesserungen der sozialen Situation der ArbeiterInnen fordert.

BioFach und die Folgen

Der Kampagne und all den vielen daran Beteiligten ist es also ganz offensichtlich gelungen, soviel Druck zu erzeugen, daß sich etwas bewegen muß. In der Ausgabe Mai/Juni der »direkten aktion« berichteten wir über unsere Aktion während der »BioFach '96«, mit der die Zustände auf der Finca Irlanda schlagartig einem großen (Fach-)Publikum bekannt wurden, sowie über unterschiedliche Reaktionen auf diese Aktion. In den Wochen und Monaten nach der Messe gab es Flugblatt-Verteilaktionen in einer Vielzahl von Städten, teils vor Bioläden, teils auf lokalen Naturkostmessen. Was die Artikel in Zeitschriften und die Beiträge in lokalen Radiosendern angeht, haben wir zwischenzeitlich selbst etwas den Überblick verloren, erreicht haben uns u.a. Presseveröffentlichungen sowohl im Inland, als auch z.B. aus den Niederlanden, Schweden, den USA und Mexiko; selbst ein uruguayischer Radiosender berichtete über die Kaffee-Kampagne. Viele Nachfragen erhielten wir auch über unsere Kampagnen-Informationen im World-Wide-Web.

Juristisches Scharmützel

Das von Lebensbaum gegen einen der vermeintlichen Initiatoren der Kampagne angestrengte Verfahren wegen diverser angeblicher presserechtlicher Vergehen, wurde im Spätsommer – wie nicht anders zu erwarten – sang- und klanglos eingestellt. Der Anwalt, von dem sich Lebensbaum dabei vertreten ließ, ist übrigens pikanterweise ausgerechnet der Bereichsleiter Recht des Megamultis Tengelmann (Kaisers, Plus, KD etc.). Ein Schelm, der Böses dabei denkt...

Seit September geht es rund

Seit Mitte September überstürzten sich dann wieder die Ereignisse. Zum einen erschien am 18. September in der ZDF-Sendung »Kennzeichen-D« ein Beitrag unter dem Titel »Kinderarbeit für den deutschen Ökomarkt«, der die Zustände auf der Finca Irlanda zum Thema hatte. Fast zeitgleich, am 23. September, fand in Bochum eine öffentliche Veranstaltung der anthroposophischen GLS-Bank statt, bei der Ulrich Walter einen Kredit in Höhe von DM 150.000,– für die Finca Irlanda beantragt hatte.

Wie kaum anders zu erwarten war, hatte der ZDF-Beitrag eine wahre Flut von Erklärungen zur Folge. Den Reigen eröffnete am Morgen nach der Sendung ein »Sonder-Info zum Thema Finca Irlanda«, in dem der »Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN)«, zu dessen Gründungsmitgliedern der Lebensbaum-Geschäftsführer gehört, die in der Sendung aufgestellten Vorwürfe rundweg abstritt. Den Vorwurf, daß es auf der Finca Irlanda Kinderarbeit gäbe, versuchte der BNN mit dem Verweis auf den deutschen Anwalt der Finca zu widerlegen, der mit den Worten zitiert wird *»daß Kinder, die älter als 14 Jahre sind, nach mexikanischem Verständnis die volle Arbeitsfähigkeit erreicht hätten und beschäftigt werden sollten.«* Eine Schutzbehauptung, die ebenso dreist wie falsch ist. Die mexikanischen Arbeitsgesetze verbieten Kinderarbeit unter 15 Jahren, danach sehen sie immerhin Einschränkungen hinsichtlich der Arbeitszeiten vor. Womit sie übrigens noch hinter der entsprechenden Vereinbarung der zuständigen UN-Gremien zurückbleiben, ein Umstand, für den Mexiko von KinderrechtlerInnen immer wieder kritisiert wird. Die Finca Irlanda – flankiert vom Bio-Unternehmerverband BNN – versucht auch hier wieder, wie im Falle des Mindestlohns, sich auf die absoluten Minimalstandards zurückzuziehen, während sie gleichzeitig die Produkte aus ihrer anthroposophischen Kapitalisten-Tätigkeit mit sozialem Anspruch verkauft. In einer der Reaktionen auf die BNN-Stellungnahme wurde dann deutlich, daß zumindest Teile der Naturkostbranche offensichtlich seit Längerem von den Zuständen auf der Finca wissen. So schreibt der Geschäftsführer des OASIS-Teehandels, Helmut Reusch, der die Gefälligkeitserklärung des BNN *»mit Schrecken gelesen hat«*: *»Verantwortungsvolle Großhändler haben bereits vor Jahren ihre Konsequenzen gezogen und handeln nicht mit der Finca Irlanda«*.

Kredite für die Finca Irlanda

Schon seit dem späten Frühjahr wußten wir, daß Ulrich Walter für die Finca Irlanda einen Kredit in Höhe von rund DM 150.000,– bei der anthroposophischen GLS-Bank in Bochum beantragt hatte. Da er das Geld aus einem Entwicklungshilfe-Fonds haben wollte, aus dem »Klein- und Kleinstprojekte aus der Dritten Welt« gefördert werden, war sein Antrag von Anfang an umstritten, denn in diese Kategorie gehört die Finca Irlanda sicherlich nicht. Der Kredit sollte angeblich bestimmt sein für die Renovierung der Massenunterkünfte (Galleras), für den Einbau von Fenstern und festen Fußböden in die Wellblechhütten der Festangestellten sowie für nicht näher bezeichnete »Allgemeine Infrastrukturverbesserungen«. Ganz offensichtlich gab es also auf einmal doch eine erstaunliche Menge Verbesserungsbedarf auf der Finca Irlanda. Woher der plötzliche Sinneswandel kommt, werden wir gleich sehen.

Da der Kreditantrag offensichtlich strittig war, hatte die GLS-Bank im Rahmen ihrer »Montagsgespräche« zu einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema eingeladen. Auf dem Podium u. a. Ulrich Walter, sowie Stefan Bockemühl von »El Puente«. Natürlich haben auch wir uns die Gelegenheit nicht entgehen lassen, uns im Publikum an der Diskussion zu beteiligen. In einem eigens für die Veranstaltung herausgegebenen Flugblatt formulierten wir unsere Position: *»Unter diesen Bedingungen, ohne Kontrolle von Seiten der ArbeiterInnen, unter der paternalistischen Führung der Peters, würde ein Kredit die vorhandenen Zustände allenfalls zementieren und ihnen bestenfalls etwas soziale Tünche verleihen«*. Aufgrund der Tatsache, daß die meisten ArbeiterInnen nur aus der Not heraus überhaupt auf den Plantagen arbeiten, daß sie statt dessen aber lieber in kooperativer Form anbauen würden, stellten wir die Frage, ob nicht besser solche Projekte finanziert werden sollten, statt eines Großgrundbesitzers. Ulrich Walter wiederholte mit salbungsvollen Worten Altbekanntes. Ins Schleudern kam er jedoch immer wieder bei Nachfragen aus dem Publikum. Auf die ZDF-Sendung und die Frage nach der Kinderarbeit angesprochen, erklärte er z.B., es gäbe auf der Finca Irlanda keine Kinderarbeit. Im nächsten Atemzug relativierte er diese Aussage allerdings dahingehend, daß zwar die Finca Irlanda keinen Lohn an Kinder zahlen würde, wenn aber die ArbeiterInnen ihre Kinder mitbrächten, könne man natürlich nicht immer kontrollieren, daß diese ihren Eltern nicht bei der Ernte »helfen« würden. Und im Übrigen gäbe es ja auch hierzulande genug Kinderarbeit.

Im Laufe der Veranstaltung teilte der Lebensbaum-Geschäftsführer dem verblüfften Publikum außerdem mit, daß er sein selbstgebasteltes »FairTrade«-Siegel künftig nicht mehr verwenden werde.

Als besonderen Clou präsentierte Ulrich Walter, schließlich die Zusammenfassung eines vom Demeter-Bund in Auftrag gegebenen Gutachtens, das *»alle Anschuldigungen der FAU eindeutig widerlegen würde«*. Aus der Hand geben wollte er dieses Gutachten allerdings nicht; warum wurde uns klar, als wir es uns einige Tage später selbst besorgten. Vorab sei nur noch kurz erwähnt, daß die Finca Irlanda den beantragten Kredit nicht erhalten hat.

Das Demeter-Gutachten

Aufgeschreckt durch die Kampagne sind die möglichen negativen Folgen für das eigene Image, hatte der Demeter-Bund, der die Finca Irlanda seit 35 Jahren zertifiziert und – nach eigenen Angaben – regelmäßig kontrolliert – im Frühjahr ein Gutachten über die ökologische und soziale Situation auf der Finca in Auftrag gegeben. Mit der Durchführung beauftragt wurde »Trees for People« – Institut für ökologische Landnutzung GmbH aus Freiburg. Dessen Direktor Bernd Neugebauer, ein Forstwissenschaftler, der auch für die GZT aktiv ist, wurde bereits in der Vergangenheit gerne von Lebensbaum als »Zeuge« zitiert. Mit an der Untersuchung beteiligt war Frau Daniela Spencer-Grollová, die ihre Kompetenz u.a. durch die Ausarbeitung einer Unterrichtseinheit über das »Europa im Zeitalter der Revolutionen« für die Uni in Mexiko herleitet.

Durchgeführt wurde die Untersuchung durch eine zweitägige Kurzvisite auf der Finca Irlanda im April und einen weiteren Kurzaufenthalt im Juni 96. Beides zu einem Zeitpunkt außerhalb der Ernte, in Jahreszeiten, in denen sich nur wenige SaisonarbeiterInnen auf der Finca befinden.

Angesichts des kurzen Untersuchungszeitraumes stützt sich die Untersuchung notgedrungenerweise in wesentlichen Teilen auf die Aussagen der Besitzer der Finca. So findet sich z.B. die bemerkenswerte Behauptung *»Die Finca Irlanda hält als einzige Kaffeeplantage der Region fest angestellte Arbeitskräfte«*. Eine Aussage, die im krassen Widerspruch zu den fundierten Untersuchungen von z.B. Fenners und Junghans steht. Praktisch alle Fincas der Region beschäftigen einen Stamm von Festangestellten und einen weitaus größeren Teil von SaisonarbeiterInnen – nicht anders als dies die Finca Irlanda tut. Andere Aussagen sind ähnlich dubios, z.B. die, daß Landbesetzungen *»teilweise von offiziellen Stellen geschürt«* würden und meist auf *»Modellbetriebe«* zielen würden. Die BesetzerInnen der berüchtigten Fincas Hamburgo und Liquidambar, Büttel staatlicher Stellen? Immerhin erfahren wir, daß *»auch die Eigner der Finca Irlanda«* in *»Angst vor einer ungesetzlichen und dennoch kaum aufhebbaren Besetzung«* leben. Doch zum Glück gibt es ja die Killertruppe der »Guardias Blancas« auf der Nachbarfinca Hamburgo, die nach den eigenen Worten auch für Irlanda zuständig sind. Auch sonst gibt es im Untersuchungsbericht eine Reihe von Unstimmigkeiten, die nicht eben den Glauben an eine gründliche Arbeit nahelegen. So erfahren wir auf Seite 8 *»als Saisonarbeiter kommen zur Erntezeit 300 bis 400 Personen.«* Und auf Seite 7 *»Dreißig Angestellte mit ihren Familien sind festangestellt, das betrifft ca. 70 Personen«*. Auf Seite 18 des Berichts, wo es um die angeblichen Vorwürfe gegen die Finca Irlanda geht (von denen einige überhaupt nie erhoben wurden) erfährt der/die LeserIn dann überraschenderweise *»Es arbeiten nicht 500 sondern zwischen 100 und 300 Menschen auf der Finca. Nicht 100 sondern 29 ständige Mitarbeiter werden beschäftigt«*. Was stimmt denn nun? Zählt man zu den bis zu 400 Saisonarbeitern noch die 29 festangestellten Familienväter und die ebenfalls auf der Finca beschäftigten Frauen und »älteren Kinder« hinzu, sind wir dann wieder bei den 500 ArbeiterInnen in der Erntesaison.

Doch wir wollen nicht nur mäkeln. Tatsächlich finden sich im Untersuchungsbericht, sprachlich geschönt, viele unserer Vorwürfe wieder. *»Verbesserungen der Wohnungen und der Schule sind notwendig«*. Es wurde moniert, daß die *»Frauen für manche Arbeiten nur 2/3 des Minimallohnes«* erhalten. Die teilweise noch geringere Entlohnung der nach Finca-eigenen Angaben beschäftigten »älteren Kinder« war leider nicht Gegenstand des Berichtes. Der Bericht gesteht zu, daß *»Genossenschaftsbauern ihren Arbeitskräften in der Erntesaison höhere Nettolöhne zahlen«*. Zur Frage der Unterbringung stellt der Bericht fest *»Für die Saisonarbeiter gibt es Gemeinschaftsschlafräume ‚Galleras' für je 60 Personen und Familienräume von jeweils 11 qm«*. Eine der beiden Galleras sei *»in schlechtem Zustand und steht zur Renovierung an«*. Zu den Sanitäreinrichtungen erfahren wir *»im Bereich der Badezimmer roch es nicht gut«*. Hinsichtlich der von der Finca Irlanda und Lebensbaum gerne angeführten Schule (1.-3. Schuljahr) wird bemängelt *»Das Schulgebäude ist in schlechtem Zustand. Die Anwesenheitsrate in der Schule ist unbefriedigend. Die Lehrkraft ist nicht ausreichend qualifiziert, aber motiviert. Die Ausbildung ist vom Staat nicht anerkannt. (...) Verbesserungen sind dringlich«*. Und an anderer Stelle *»Die Kinder hatten kaum Bücher. Das Farmmanagement (..) gab aber an, nicht erfahren zu haben, daß die gegenwärtig unterrichteten Kinder keine Bücher haben«*.

Eine doch recht peinliche Situation, angesichts einer bereits im Vorfeld angekündigten Untersuchung. Zwar ist angeblich der Bau einer neuen Schule, zusammen mit einer Nachbarfinca vorgesehen, dies jedoch auf einem Terrain weit außerhalb der Wohnbebauung; ein Umstand, den der Bericht moniert. Die ArbeiterInnen selbst kommen im Bericht so gut wie gar nicht zu Wort, außer an einer Stelle, wo sie mit der Aussage zitiert werden *»daß ihnen kein Platz gegeben wird, einen Garten einzurichten«*. Ein seltsamer Kontrast zu den Aussagen, wonach eine der besonderen Leistung der Finca Irlanda sei, den ArbeiterInnen Platz für »Huertas« (Gemüsegärten) zu Verfügung zu stellen.

Zur Erinnerung: Die von Demeter in Auftrag gegebene Untersuchung fand zu einem Zeitpunkt statt, als nur wenige ArbeiterInnen auf der Finca waren, war vorab angekündigt und verbunden mit einer Methode, die fast ausschließlich auf einer kurzen persönlichen Inaugenscheinnahme und Informationen seitens der Besitzer beruht. Wenn bereits dies eine solche Menge an Mißständen zu Tage fördert fällt es nicht schwer, sich auszumalen, wie die Zustände tatsächlich sind. Warum, fragen wir uns, hat der Demeter-Bund, der die Finca Irlanda seit 1961 »regelmäßig kontrolliert«, stolze 35 Jahre und den Druck einer Kampagne gebraucht, um auch nur ansatzweise die sozialen Bedingungen zu problematisieren?

Langfristige Abnahmeverträge und ihr schnelles Ende

Nach dieser kleinen Zitatensammlung aus dem Untersuchungsbericht, der in einer ganzen Sammlung von betriebs- und sozialwirtschaftlichen Forderungen nach Verbesserungen mündet, dürfte nun auch klar sein, warum Ulrich Walter auf der Veranstaltung in Bochum den Bericht wie seinen Augapfel hütete und lediglich, die letzte Seite, in der es um vermeintliche Kritikpunkte im Zusammenhang mit der Kampagne geht, weitergab. Eine Analyse des Berichtes während der Veranstaltung hätte sonst ein allzu schlechtes Licht auf die Finca Irlanda geworfen. Eines nämlich ist klar, die Behebung auch nur der wichtigsten Mißstände dürfte ein teures Vergnügen werden. Die Geringschätzung der ArbeiterInnen und ihrer Bedürfnisse in rund 70 Jahren anthroposophisch-patriarchaler Betriebsführung seitens der Familie Peters summiert sich tatsächlich schnell in die Hunderttausende. Dabei ist die Frage der Hungerlöhne noch nicht einmal angesprochen worden.

Hatte Ulrich Walter in Bochum noch über seine »langfristigen Abnahmeverträge« mit der Finca Irlanda philosophiert, zeigte sich in den beiden folgenden Wochen, daß Zeit ein reichlich relativer Begriff sein kann. Direkt nach der Ablehnung des Kreditantrages ließ Lebensbaum den Großteil des Kaffees der Finca Irlanda (rund 75%) mit seiner Preisliste Herbst '96 sang- und klanglos über die Klinge springen. Die Wandlung vom »FaireTrade«-Saulus zum »TransFair«-Paulus vollzog sich mit atemberaubender Geschwindigkeit und mit der, Ulrich Walter eigenen, Geschwätzigkeit: *»Für Lebensbaum war die soziale Ausgestaltung der Anbauprojekte schon immer Bestandteil der eigenen Firmenphilosophie. Bereits vor längerer Zeit entstand aus diesen Anforderungen heraus die Zusammenarbeit mit TransFair e.V., Köln. Mittlerweile sehen wir einen Bedarf im Naturkosthandel nach TransFair-Produkten«*. Einige Tage zuvor hatte er in Bochum TransFair noch wegen dessen »starren Kriterien, die man ja nicht auf die ganze Welt anwenden kann«, kritisiert. In einem halben Jahr wird er seinen Kunden höchstwahrscheinlich weiszumachen versuchen, er sei es ja eigentlich gewesen, der TransFair erfunden habe. Aber wen stört schon das Geschwätz von gestern, wenn es um die eigene Imagerettung und die damit verbundenen Profite geht?●

Anzeige

14.,15. und 16. März 1997

Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektive

Bundesweite offene wissenschaftliche Tagung an der Uni Hannover (Conti-Hochhaus, Königsworther Platz 1)

Eröffnungsplenum:
Marx, Marxismus, sozialistische Bewegung
(drei Einleitungsreferate mit Diskussion)

Podiumsdiskussionen:
- **Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts - sozialökonomische Analysen**
- **Klassengesellschaft und Individualisierung**
- **Demokratie, Menschenrechte, Sozialismus**
- **Hat Klassenbewegung Zukunft ?**
- **Gewerkschaften**

Einführungsvorträge:
Vordenker des Marxismus für das 21. Jahrhundert
U.a. zu R. Luxemburg, B. Brecht, A. Gramsci, W. Benjamin, G. Lukacs

Workshops:
Etwa 30 Workshops zu Einzelthemen in autonomer Gestaltung ihrer jeweiligen Träger; Kommunikation, Vernetzung ...

Präsentation und Diskussion der marxistischen Linken der BRD. Breites Spektrum. Starke Beteiligung Ost. Tagungsbeitrag DM 20,- / 30,- sowie preiswerte Verpflegungs- und Übernachtungsangebote.

Initiatorenkreis: Joachim Bischoff (Hamburg), Frank Deppe (Marburg), Uwe-Jens Heuer (Berlin/Bonn), Hein: Jung (Frankfurt/M.), Fred Schmid (München/Essen). Unterstützt von Zeitschriften, Vereinigungen, Arbeitsgruppen der marxistischen Linken de Bundesrepublik.

Jetzt schon vormerken - oder noch besser : anmelden !

Marxismus-Tagung, c/o IMSF e.V., Kölner Straße 66, 60327 Frankfurt/M

MITARBEITERUNTERNEHMEN: 25 JAHRE KONSEQUENTE MITARBEITERBETEILIGUNG IM UMBRUCH

Kommunikation: Unternehmenskonzept der Zukunft

»Von Kopf bis Fuß auf Reden eingestellt, das ist ihre Welt«, so könnte der Berufsalltag der PSI-Mitarbeiter dargestellt werden – wenn da nicht noch die ganz normale Arbeit wäre: die Entwicklung von Software. Die PSI AG, ein Softwarehaus mit Hauptsitz in Berlin, ist ein Pionierunternehmen in Sachen Mitarbeiterbeteiligung. Etwas mehr als 60% der Beschäftigten sind Eigentümer des Unternehmens. Nur sie können überhaupt Aktien der PSI erwerben.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Reden können in der Gruppe« müssen nicht nur die 390 Mitarbeiter, die gleichzeitig auch über Aktien des Unternehmens verfügen. In ihrer Fähigkeit zu kommunizieren gefordert, manchmal auch überfordert, werden alle 600 Beschäftigte. Erst ständiger Austausch über die Arbeit, die Unternehmenspolitik oder die Entwicklung neuer Geschäftsfelder läßt ein Unternehmen mit so wenig Hierarchie funktionieren.

Angefangen hat alles 1969, als sechs Mitarbeiter aus dem AEG-Elektrokonzern sich gemeinsam selbständig machten. Sie wollten der abhängigen Arbeit in einem Großkonzern selbstbestimmte Strukturen entgegensetzen. Damals entwickelten sie ein Unternehmensmodell, das in seinen Grundzügen bis heute gilt. Sogar bei der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft Anfang 1994 blieben der genossenschaftliche Charakter erhalten. Sie sind über ein aufwendiges Vertragswerk – das Selbstbestimmungsmodell – abgesichert.

Begrenzung der Anteilszeichnung

Damit einzelne nicht durch ihre Kapitalmehrheit die anderen bestimmen können, bleibt die Anteilshöhe eines Mitarbeiters auf 1,1% des Kapitals begrenzt. Bei 10,6 Millionen Stammkapital kommen bei einigen dennoch stolze Beträge von 120.000 DM Nennkapital zusammen. Tatsächlich ist jede Aktie im Nennwert von 2.500 DM sogar das Doppelte wert. Rücklagen, Hausbau und Investitionen in technische Entwicklungen führten zu dieser Firmenwertsteigerung.

Warum aber bringen Mitarbeiter freiwillig soviel Geld auf, «nur« um Gesellschafter ihres Unternehmens zu werden? Auf den ersten Blick könnte es die Rendite sein. Immerhin wurden jahrelang Verzinsungen von teilweise über 30% erzielt. Die Erfahrung zeigt aber, daß in Krisenzeiten manchmal sogar mehr Anteile gezeichnet werden.

Beispielsweise kam es zur rechtlichen Absicherung der Kapitalbeteiligung für alle interessierten Mitarbeiter Anfang der siebziger Jahre als Folge einer Liquiditätskrise. Nichtgesellschafter stellten innerhalb einer Woche über 150.000 DM zur Verfügung. Ihre damals erfüllte Forderung: die Aufnahme als gleichberechtigte Eigentümer.

Einfluß auf die Unternehmenspolitik

Auch gegenwärtig kann es nicht der Gewinn sein, der die Mitarbeiter motiviert, Gesellschafter zu werden. Seit 1992 werden die Anteile kaum noch verzinst. Die Krise der Softwarebranche der letzten Jahre brachte das ungebremste Wachstum des Unternehmens zum Erliegen. Die zeitweise hohen Renditen blieben aus. Trotzdem wurde das Kapital Anfang des Jahres von den Mitarbeitern um 600.000 DM auf 10,6 Millionen DM erhöht. Die Frage nach dem Warum läßt sich entsprechend beantworten: Sie sichern so ihren eigenen Arbeitsplatz.

Entscheidend für viele, ihr Geld in die Firma einzubringen, ist außerdem der Einfluß auf die Unternehmenspolitik. Als Mitarbeiteraktionäre bestimmen sie über die Erhöhung des Stammkapitals, über Satzungsänderungen, die Gewinnverwendung und nehmen den Geschäftsbericht des Vorstands entgegen. Außerdem wählen sie das wichtigste Gremium, das den Vorstand ernennt und kontrolliert: den Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat wird zur Hälfte von den Mitarbeiteraktionären und zur Hälfte von allen Beschäftigten gewählt. Neuen Geschäftszweigen, dem Jahresplan, Veränderungen der betrieblichen Organisation und vielen weiteren wichtigen Entscheidungen muß dieses Gremium seine Zustimmung erteilen. Wer also fundiert Einfluß nehmen will, muß Mitglieder aus dem Aufsichtsrat von seinen Vorstellungen überzeugen.

Rhetorisches Geschick erforderlich

Offizieller Ort dafür sind Betriebs- und Gesellschafterversammlungen. Selbst wenn üblicherweise nur etwa die Hälfte der Mitarbeiter an diesen teilnimmt, kommen hier mehr als 300 Beschäftigte zusammen. »Vor so vielen Menschen seine Meinung darzulegen«, so ein langjähriger PSI-Mitarbeiter, »erfordert ein gewisses Standing.« Einfach nur Reden hilft deshalb wenig. Rhetorisches Geschick, sicheres Auftreten und hohe Akzeptanz aufgrund fachlicher Erfolge bei der Projektabwicklung sind entscheidend, um sich bei Abstimmungen durchzusetzen.

Durch die erreichte Größe von PSI kennen sich viele Mitarbeiter mittlerweile nicht mehr persönlich. Dies erschwert die erforderliche »Nähe«, um miteinander zu reden. »Nähe ist notwendig«, so der gleiche PSI-Mitarbeiter, »um sich entweder gern zu mögen oder trefflich zu streiten.« Entsprechend kommt im Unternehmen der Untergliederung und Besprechung in kleinere Einheiten wie Geschäftsbereiche und Projekte wachsende Bedeutung zu. Fast alle wichtigen Entscheidungen werden dort in moderierten Gesprächen vorstrukturiert.

Die Geschäftsbereichsleiter leiten ihre Abteilungen fast wie eigenständige Unternehmen. Sie sind beim Ausarbeiten der Jahrespläne oder Einstellungen neuer Mitarbeitern weitgehend autonom. Geführt werden sie »wie kleine unabhängige Fürstentümer«, so Dietrich Jaeschke, Dienstältester im vierköpfigen Vorstandsteam von PSI.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Selbstbestimmungsmodell im Wandel

Auf »ihre Fürsten« aber konnten die Mitarbeiter bisher Einfluß nehmen: Alle zwei Jahre wurden die Geschäftsbereichsleiter, wie alle Vorgesetzte im Unternehmen, einem Bestätigungsverfahren unterworfen. Erhielt jemand mehr Nein- als Ja-Stimmen, verlor er seine Leitungsfunktion. Dies alles befindet sich derzeit im Umbruch. Statt der als »Selbstbestimmungsmodell« bezeichneten Organisation wird gegenwärtig auf die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes umgestellt. Alle bisherigen »Modell«-Bestimmungen vom Vorgesetztenbestätigungsverfahren bis hin zur Erfolgsbeteiligung zu 50% nach Köpfen müssen jetzt neu verhandelt werden.

Der Umbruch zeigt, schriftliche Bestimmungen und Wirklichkeit sehen viele Mitarbeiter nicht mehr in Einklang. Daß auf den Lösungsweg »Einführung der gesetzlichen Mitbestimmungsregelungen« zurückgegriffen wird, macht deutlich: In vielen Fallen wird der Sinn der Mitarbeiterbeteiligung nicht ausreichend genutzt: »das miteinander Reden«.●

In einer Veröffentlichung des Autors wird die Entwicklung des Mitarbeiterunternehmens PSI über einen Zeitraum von zehn Jahren anschaulich dargestellt. Das Buch gibt außerdem einen ausführlichen Überblick über konsequent demokratisch strukturierte Betriebe in Deutschland.

Burghard Flieger:
Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation – Theorie, Fallstudie, Handlungshilfen, Marburg (Metropolis-Verlag) 1996, DM 68,–.

UMWELTMESSEN:

Jetzt gezielt aussuchen: Ein Umwelt-Messplaner für 97/98

Umweltfreundliche Produkte und Umwelttechnik erlangen ein immer größeres Marktpotential. Dementsprechend steigt im deutschsprachigen Raum die Zahl der Messen kontinuierlich, auf denen diese Produkte der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Anbieter, die durch Messeteilnahmen eine gezielte und vorausschauende Marketingstrategie verfolgen, aber auch Umwelt-/Fachjournalisten bzw. Verbände, Agenturen und Umweltexperten können seit Anfang 1997 erstmals auf eine Planungshilfe zurückgreifen. Der neu erschienene Umwelt-Messeplaner (Guide für Fach- und Verbrauchermessen zum Thema Ökologie und Umwelttechnik in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Ladenpreis 29,80 DM) vermittelt Wissen bei der Bewertung der Veranstaltungen 97/98.

Im Umwelt-Messeplaner werden fast 180 Umweltmessen thematisch, chronologisch und nach (Bundes-) Ländern gegliedert dargestellt. Der Wegweiser bietet auf 159 Seiten das Wichtigste in Kürze (z.B.: erwartete bzw. letzte Besucher-/Ausstellerzahl, Nettostandfläche, Standgebühren, Anmeldeschluß, Veranstalter ...). Ergänzt wir die Startausgabe durch redaktionelle Fachbeiträge, Neuigkeiten aus der Messebau- und Messeszene, sowie einen Serviceteil „Fortbildung" mit nützlichen Hinweisen zu Anbietern von Kongressen, Seminaren und zu Bildungseinrichtungen. Das neue Nachschlagewerk wird ab 1997 jährlich erscheinen. Zu beziehen bei: Publikationsservice und Verlag H. Hohl (PVH), In der Neckarhelle 70, D-69118 Heidelberg, Tel./Fax (0 62 21) 80 40 51.●

Burghard Flieger

BRANCHENTREFFEN:

Einladung:

Liebste selbstverwaltete, im graphischen Gewerbe Tätige!!

Wie bei den letzten (wunderbaren) Frühlingstagen in Reutlingen im Mai 1996 beschlossen, veranstalten wir selbige dieses Jahr in Regensburg.

Begeisterungsfähig, wie wir sind, haben wir bereits im Juli 1996 eine Tagungsstätte besorgt. Seitdem diskutieren wir Ideen, verwerfen manche, spinnen andere weiter – und seitdem freuen wir uns auf anregende, aufregende Tage mit Euch bei uns.

Nach alter Tradition finden die Frühlingstage 1997 um Christi Himmelfahrt vom Donnerstag, den 8. bis Sonntag, den 11. Mai 1997 statt. Der Ort der Tagung wir die »Alte Mälzerei« sein, zentrumsnah, mit Biergarten. Alex hat uns exquisite kulinarische bayerische Schmankerl zugesagt.

Als geistige Anregung haben wir uns einiges zum Thema »Geld« einfallen lassen, unter anderem eine Podiumsdiskussion als »Forum alternativer Wege zur Bankenfinanzierung« mit Vertretern traditioneller Banken, der Ökobank, der IHK und einem Unternehmensberater, der die derzeitige Politik der Banken aufs schärfste kritisiert.

Zum selben Thema wird Jürgen Huber, ehemaliger Kartenhaus-Kollektivist, aus eher künstlerisch-freidenkerischer Blickrichtung ein Referat vorbereiten. Weiterhin wird die obligatorische »teamwork AG« ihren Platz finden. Die »Graffitis« (Reutlingen) werden zum Thema »Ausbildung« eine Arbeitsgruppe anbieten.

Ob eine AG zu »computer-to-plate« stattfinden soll – da wären wir auf Rückmeldungen von Euch angewiesen. Wer arbeitet damit und könnte anderen auf die Sprünge helfen? Besteht Interesse an einem Informationsaustausch?

Ebenfalls sollte die Diskussion der letzten Frühlingstage über das Selbstverständnis des Betriebes, das Vertrauen in die Büroleute, die den Betrieb nach außen vertreten, fortgeführt werden. Diese Diskussion hatte ihren Ursprung in einer spielerischen Konfrontation der KollektivistInnen mit Kundenreklamationen.
Na – neugierig geworden?●

Rückmeldungen für weitere Infos: Kartenhaus Kollektiv, Hans-Sachs-Str. 8a, D-93049 Regensburg, Tel. (09 41) 2 22 73, Fax 27 02 07
e-mail: KartenhausKollektiv@t-online-de

FERNLEHRGANG:

Know-how für das Management von sozialen Einrichtungen

Für alle MitarbeiterInnen von sozialen Einrichtungen und Projekten, die zusätzlich Managementaufgaben übernehmen und ihre Tätigkeit professionell und wirtschaftlich gestalten möchten, bietet das Berliner »FORUM Berufsbildung« ab April '97 einen Fernlehrgang an. Der Lehrgang »Sozialprojekt-Verwaltung« vermittelt das notwendige Fachwissen, um verantwortliche Tätigkeiten auf Geschäftsführungsebene zu übernehmen bzw. selbst ein Projekt zu gründen.

Themen der Lehrbriefe sind z.B. Finanzierung incl. Finanzierungsquellen, Personalführung und Organisation und Buchhaltung im Sozialprojekt. Auch Fragen des Fundraising und Sponsoring werden von Fachleuten umfassend erläutert. Viele praktische Tips und Beispiele runden den Lehrgang ab.

Die TeilnehmerInnen lernen berufsbegleitend und können Lernzeit und Lerntempo individuell gestalten. Es werden zusätzlich zwei Wochenendseminare mit spannenden Themen angeboten. Die Seminare bieten die Möglichkeit, das Wissen zu vertiefen, aber auch Gleichgesinnte zu treffen und sich gegenseitig auszutauschen. Der soziale Bereich zeichnet sich durch zunehmende Professionalisierung aus. Knapper werdende finanzielle Mittel fordern von sozialen Einrichtungen eine verstärkte Ausrichtung auf wirtschaftliches Arbeiten und Wettbewerbsfähigkeit. Alternativen zur Finanzierung der öffentlichen Hand gewinnen immer mehr an Bedeutung. Kompetenzen im administrativen und organisatorischen Bereich sind langfristig auch Voraussetzung für den Erfolg sozialer Einrichtungen.

Die TeilnehmerInnen erhalten am Ende des Lehrgangs ein internes Zertifikat. Die Kosten für den Gesamtlehrgang betragen 2.352 DM, zahlbar in monatlichen Raten von 147 DM. Der Fernlehrgang dauert 16 Monate und umfaßt 16 Lehrbriefe, die in vierwöchigem Rhythmus verschickt werden.●

ub

FORUM Berufsbildung e.V., Charlottenstr. 2,
D-10969 Berlin, Tel. (0 30) 259 00 8-0

WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFTEN

Erweiterte Förderung für Mitglieder

Thomas Schaefers, Red. Genossenschaften ● Nach § 17 Eigenheimzulagengesetz können Mitglieder von Wohnungsbaugenossenschaften eine ähnliche Zulage erhalten wie der Häuslebauer für das selbstgenutzte Wohneigentum. Ziel ist die Mobilisierung von privatem Kapital für den genossenschaftlichen Wohnungsbau. Gefördert werden Anteile bei Genossenschaften ab 10.000 DM mit drei Prozent Grundförderung und einem Baukindergeld von 500 DM je Kind. Der Förderzeitraum beläuft sich auf acht Jahre.

Beispiel: Eine Familie mit zwei Kindern bekommt für die Zeichnung von 10.000 DM Genossenschaftsanteilen eine staatliche Zulage von ebenfalls 10.000 DM in acht Jahren. Eine Familie mit drei Kindern bekommt für 20.000 DM Genossenschaftsanteile eine Zulage von 16.800 DM. Voraussetzung dieser Förderung ist die Eintragung der Genossenschaft nach dem 1.1.1995 und eine sogenannte eigentumsorientierte Satzungsgestaltung.

Gültig für nicht nutzende Mitglieder

Bislang war es strittig, ob diese Förderung nur Genossenschaftsmitglieder in Anspruch nehmen können, die selber eine Genossenschaftswohnung nutzen oder ob die Zulage auch für fördernde, d.h. nicht nutzende Mitglieder gilt. Wie das Bundesministerium für Finanzen mit Schreiben vom 15. Oktober 1996 mitgeteilt hat, setzt nach Auffassung der Obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder die in § 17 des Eigenheimzulagengesetzes geregelte Genossenschaftsförderung nicht die Nutzung zu eigenen Wohnzwecken voraus. Die Eigenheimzulage können daher auch Mitglieder von Wohnungsbaugenossenschaften erhalten, die keine Genossenschaftswohnung bewohnen. Dies eröffnet eine Vielzahl von genossenschaftlichen Aktivitäten und kann die Mobilisierung von privatem Kapital für den genossenschaftlichen Neubau in breitem Umfang möglich machen.●

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTSTAGUNG

Betriebliche Demokratie weiterentwickeln

Umsetzungsorientierte praktische Hilfen für die Stärkung partizipativer Unternehmen zu geben, ist Anliegen einer Tagung in Freudenberg vom 28.02 bis 02.03.97. Sie wendet sich an Genossenschaftsvertreter, aber auch an Engagierte für die genossenschaftliche Idee in Wissenschaft und Politik.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die begrenzte Verbreitung produktivgenossenschaftlicher Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland hat viele Gründe: die Zäsur durch den Nationalsozialismus, die Stellung der Bundesrepublik als »geistige Grenze« im »Kampf der Wirtschaftssysteme«, die »Behütung der Rechtsform« durch die Genossenschaftsverbände, jahrzehntelang fehlende Verbands-und Lobbystrukturen, die Benachteiligung bei staatlichen Förderungen, die Ablehnung durch die Gewerkschaften und die wissenschaftliche Diskriminierung.

Fehlendes Handlungswissen

Hinzu kommt mangelndes Handlungswissen für die betriebswirtschaftliche und soziale Leitung partizipativ strukturierter Betriebe. Hier setzt die Tagung »Betriebliche Demokratie weiterentwickeln« an, die vom 28.02 bis 02.03.97 in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg stattfindet. Sowohl Verantwortliche in kooperativen Unternehmen als auch Engagierte für die genossenschaftliche Idee in Wissenschaft und Politik sollen direkt umsetzbare Anregungen für ihre Arbeit erhalten.

Die herkömmliche Betriebswirtschaftslehre beschränkt sich bei ihren Konzeptentwicklungen auf Großunternehmen. Dies gilt in gleichem Maße für die Genossenschaftslehre, die auf die Erfordernisse großer Förderungsgenossenschaften ausgerichtet ist: Mit der »Ökonomisierung« der Genossenschaften einher ging eine »Ökonomisierung« der Genossenschaftswissenschaft. Entsprechend läßt sich bei vielen Genossenschaftsinstituten nur schwer ein Unterschied zur herkömmlichen BWL ausmachen.

Um Handlungswissen für die Stabilisierung demokratisch geführter Unternehmen zur Verfügung zu stellen, sind eine Vielzahl von Aktivitäten denkbar. Erster Schritt ist das Vorstellen konkreter Produktivgenossenschaften. Darauf konzentriert sich der erste Teil der Veranstaltung nach den übergreifenden Einführungen.

Ansonsten wird ein vorrangiger Informationsbedarf zu den immer wieder genannte Schwächen produktivgenossenschaftlicher Unternehmen gesehen:

- bei der Finanzierung und Eigenkapitalaufbringung;
- bei der Organisation, der Konflikthandhabung und beim Management;
- bei der Wettbewerbsfähigkeit und der Bewältigung von Absatzproblemen.

Betriebswirtschaft der Kooperative

Diese Themen bestimmen deshalb die Inhalte der Tagung unter den Stichworten: »Strategien« und »Lösungen«. Indirekt knüpfen die Referenten und Referentinnen dabei an frühere Überlegungen zum Genossenschaftsgeist bzw. zum homo cooperativus angeknüpft: Danach ist es von maßgeblicher Bedeutung für die Entwicklung des genossenschaftlichen Sektors, ob es gelingt, eine bisher nicht entwickelte unverwechselbare Kooperationskultur zu schaffen. Aus dieser läßt sich die effektive Zusammenarbeit einzelner Betriebs- und Projekteinheiten, aber auch die überbetriebliche Kooperation leichter verwirklichen.

Die Auseinandersetzung mit den Themen Personalentwicklung, Finanzierung und Marketing unter produktivgenossenschaftlichem Blickwinkel läuft darauf hinaus, eine handlungsorientierte Betriebswirtschaft der Kooperative zu entwickeln.

Verwendet wird die Bezeichnung »Betriebswirtschaft der Kooperative« schon von dem Genossenschaftswissenschaftler Eduard Dülfer. Mit seinem Ansatz knüpft Dülfer an der von Reinhold Henzler begründeten »Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften« an. Letztlich stellen seine Ausführungen aber vor allem die Fördergenossenschaften als Verbund von Einzelwirtschaften in den Vordergrund. Für produktivgenossenschaftliche Unternehmen als spezielle Form der Einzelwirtschaft, überwiegt in seinen Ausführungen die Darstellung der Schwierigkeiten ohne geeignete Handlungshilfen.

»Produktive Plünderung«

Ziel der mit der Tagung verfolgten Entwicklung einer Betriebswirtschaft der Kooperative ist, die Aufbereitung und Vermittlung umsetzungsorientierten Managementwissens zur Stärkung produktivgenossenschaftlicher Betriebe. Das bedeutet, die Inhalte werden den partizipativen Ansprüchen dieser Betriebe mehr gerecht als sonst vermittelte Konzepte.

Vorgegangen wird nach dem Prinzip der »produktiven Plünderung«: Überlegungen, die in anderen Zusammenhängen entwickelt wurden, wie Teamorganisation, Kompetenzentwicklung, Kapitalbildung oder identitätsgetragene Außenkommunikation werden auf die Erfordernisse kooperativer Unternehmen modifiziert und zugespitzt. Sie geben insofern wichtige Denkanstöße für Vertreter von Produktivgenossenschaften. Gleichzeitig lassen sie sich in Richtung einer Betriebswirtschaftslehre der Kooperative ausbauen.●

INTERNATIONALE KONFERENZ IN BAD BOLL

Zukunftsfähige Mobilität weltweit

Das Recht auf Mobilität, verstanden als Möglichkeit von Ortswechsel und Gütertransport, gehört zu den unausgesprochenen Grundrechten der Menschheit. Mobilität und Verkehr sind aber nicht nur Ausdruck von Freiheit und Lebensqualität, sondern bedeuten auch eine zunehmende Belastung von Mensch und Natur. Das dominante und weltweit an Geltung gewinnende Leitbild ist der motorisierte Individualverkehr, eine autozentrierte Stadt- und Verkehrsgestaltung und der rasant ansteigende Flugverkehr. Die negativen Folgen dieses »Höher, Schneller, Weiter« für die gesamte Schöpfung werden immer offensichtlicher:

● Zu der lokalen Luft- und Gesundheitsbelastung, bedingt durch die Emissionen des Straßenverkehrs, treten die globalen Auswirkungen des Treibhauseffektes, von dem die Länder des Südens besonders betroffen sind.

● Die Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs drängt die Verkehrsmittel der armen Mehrheiten – wie Bus, Fahrrad, Lastkarren oder das Zufußgehen immer weiter zurück.

● Nationale wie internationale Entwicklungs- und Strukturpolitik fragt nicht nach den spezifischen Mobilitätsbedürfnissen von Mehrheiten. Immer mehr Menschen geraten an den Rand - der Straße und der Ökonomie.

So gehen die Herausforderungen weit über den ökologischen Bereich hinaus. In den Blick treten die Fragen sozialer (Verteilungs-)Gerechtigkeit, politische Einflußmöglichkeiten, weltweite wirtschaftspolitische Auswirkungen, aber auch die unter die Räder kommenden Kulturen.

Termin: 24. bis 26. März
Information & Anmeldung: Evangelische Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel. (0 71 64) 79-0, Fax 7 94 40

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Ökobank e.G., Frankfurt

Einlagen gesichert

Wer es bisher noch nicht erfahren hat: Mittlerweile ist das Geld bei der Ökobank genauso sicher wie bei anderen Geldinstituten in Deutschland. Sie wurde nach jahrelangem Hin und Her in die Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken aufgenommen. KundInnen zeichneten dafür einen Sicherungsbrief, um ausdrücklich auf den Schutz der Einlagensicherung zu verzichten. Dies geschah in Höhe des Verlustvortrages von Ende 1994, um die Altverluste der Ökobank abzusichern. Innerhalb von drei Monaten zeichneten 542 Menschen 3,3 Millionen DM und erfüllten so die Voraussetzung für die Aufnahme in die Sicherungseinrichtung.

Fischereigenossenschaft Sassnitz

Frau am Ruder

Einen Wechsel in der Leitung der Fischereigenossenschaft Sassnitz gab es Anfang dieses Jahres. Die Diplomfinanzökonomin Friedemarie Kunschke führt schon seit der Wende den »Bürokram« der Genossenschaft in enger Zusammenarbeit mit dem jetzt in Ruhestand gehenden Herbert Betzien. Die Situation der Genossenschaft mit derzeit noch 17 Holzkuttern ist nach innen und außen gefestigt. Zu ihrer aktuellen Bilanz gehören 2 Millionen DM Jahresumsatz, keine Außenstände, gute Liquidität und ein gutes Betriebsklima. Auch der Erbpachtvertrag für das Hafengelände der Genossenschaft wurde mit der Stadt Sassnitz endlich besiegelt. Noch diese Jahr soll deshalb der schöne Klinkerbau aus der Anfangszeit der Genossenschaft als Teil des touristisch attraktiven Stadthafens saniert werden.

Lübecker Windkraft-Genossenschaft

Ehrenamtliche Betreibergemeinschaft

Unter der Abkürzung LüWi verwirklicht die Lübecker Windkraft-Genossenschaft als Betreibergemeinschaft sinnvolle Energieprojekte. Dazu gehören eine 100 kW-Windkraftanlage in Lübeck-Dummersdorf, ein Blockheizkraftwerk in der »Alten Feuerwache« – gekauft vom Netzwerk Selbsthilfe Lübeck – sowie eine Windkraftanlage mit 500 kW. Die Arbeit in der Genossenschaft wird ehrenamtlich geleistet. Voraussichtlich anfallende Gewinne sollen an die Mitglieder anteilig verteilt werden. Für den Beitritt müssen zehn Anteile zu 100 DM erworben werden: Lübecker Windkraft-Genossenschaft e.G., c/o Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck.

ErSol Genossenschaft i.G., Erfurt

Genossenschaftsinitiative gescheitert

Noch 1996 wollte Jürgen Hardwig – Diplomingenieur und Geschäftsführer der Firma ErSol – in Produktion gehen. Hartwig gründete mit interessierten Geschäftsleuten im Dezember 1995 eine Genossenschaft und übernahm kostengünstig die gebrauchten, aber modernen Anlagen von ASE zur Produktion von Solarzellen. Bevor die Genossenschaft zum Rennen um die Produktion von Solarzellen in konzernunabhängigen Kleinunternehmen starten konnte, wurde das Genossenschaftskonzept wieder zu den Akten gelegt. Nicht zuletzt macht der Geschäftsführer die Bürokratie des zuständigen Genossenschaftsverbandes Hessen / Rheinland-Pfalz / Thüringen mit Sitz in Neu-Isenburg dafür verantwortlich.

VERANSTALTUNG

Zukunftschancen produktivgenossenschaftlicher Unternehmen Tagung vom 28.02. bis 02.03.1997 in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg.

Beschäftigte gleichzeitig als Eigentümer und Entscheidungsbeteiligte im Unternehmen – kann das überhaupt funktionieren? Zahlreiche Beispiele zeigen, produktivgenossenschaftlich organisierte Betriebe sind schon immer Teil des wirtschaftlichen Lebens. Wichtiger aber ist: Partizipative Unternehmen können Modelle für die Zukunft der Arbeit sein. Zu diesem Zweck müssen allerdings auftretende Schwierigkeiten besser bewältigt werden. Hierfür einen Beitrag zu leisten, ist Anliegen der Tagung.

Als Kernprobleme demokratischer Unternehmen werden meist Absatz, Finanzierung und innerbetriebliche Partizipationsfähigkeit genannt. Diese drei Themen wurden für die Tagung intensiv aufbereitet. Ein Überblick zur Vielfalt und zu besonderen Problemen produktivgenossenschaftlicher Betriebe führt in die Veranstaltung ein. Abschließend stehen Möglichkeiten der innovativen Weiterentwicklung im Vordergrund wie genossenschaftliche Handlungskompetenz, gemeinschaftliche Eigenkapitalbildung und identitätsvolles Marketing. Die drei genannten Problembereiche werden – soweit möglich – jeweils aus Sicht der Praxis, der Wissenschaft und der Beratung veranschaulicht.

Das Seminar wendet sich vorrangig an MitarbeiterInnen partizipativer bzw. genossenschaftlicher Betriebe, Mitglieder von Weiterbildungseinrichtungen sowie Personen, die sich für die genossenschaftliche Idee engagieren. Gemeinsame Veranstalter der Tagung sind die Friedrich-Ebert-Stiftung, der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, das Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation und der europäische Dachverband der Produktivgenossenschaften, Sozialkooperativen und Beteiligungsunternehmen (CECOP). Sie findet vom 28.02.-02.03.97 in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg statt. Vermutlich wird es in absehbarer Zeit keine Veranstaltung geben, die das Thema Produktivgenossenschaften so ausführlich und fundiert aufgreift.

Programm

Freitag, den 28.02.97
Anreise bis 18.00 Uhr
18.30 Uhr Abendessen
Einblick in die Gegenwart
19.15 Uhr Eröffnung und Begrüßung durch Dr. Christoph Zöpel (Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, MdB)
19.30 Uhr Produktivgenossenschaften in Deutschland – Vielfalt in der Einzigartigkeit, Dr. Burghard Flieger (Netz/TAK AÖ)
20.30 Uhr Produktivgenossenschaften in Europa – Regionale Kulturen im Umbruch, Rainer Schlüter (CECOP/Brüssel)

Samstag, den 01.03.97
Praxisbeispiele
09.00 Uhr Wir arbeiten mit Menschen: Hallesche Straßen- und Tiefbau e.G., Ronald Sperling (Personalentwicklung)
10.00 Uhr Marktpositionierung durch Kooperation: das Beispiel CGM Brescia, Stefano Lepri (Marketing)
11.00 Uhr Bildung von Eigenkapital: die Metallarbeitergenossenschaft Nuova Delaiti, Alberto Stenico (Bund der Genossenschaften Südtirol/Bozen) (Finanzierung)
12.00 Uhr Mittagessen
Probleme und Strategien
15.00 Uhr Entwicklung genossenschaftlicher Handlungskompetenz, Prof. Dr. Hans G. Nutzinger (Personalentwicklung)
16.00 Uhr Vermarktungsbedingungen und -möglichkeiten für Produktivgenossenschaften in Zentral- und Osteuropa, William Neale (CECOP/Brüssel) (Marketing)
17.00 Uhr Risikokapital für produktivgenossenschaftliche Unternehmen, Jean Paul Feldbusch (SOFICARTRA/Brüssel) (Finanzierung)
Konzepte und Lösungen
18.00 Uhr Abendessen
19.00 Uhr Teamentwicklung zur Sicherung innerbetrieblicher Zusammenarbeit, Elmar Sing (KONTRA – Konfliktberatung/Mannheim) (Personalentwicklung)

Sonntag, den 02.03.97
09.00 Uhr Außenkommunikation identitätsvoll gestalten, Dieter Schöffmann (Vis a Vis Kommunikationsagentur/Köln) (Marketing)
10.00 Uhr Wirtschaftliche Stärkung durch Eigenkapitalbildung, Dr. Barbara Biesold (Genossenschaftsverband Sachsen) (Kapitalbildung)
Ausblick in die Zukunft
11.00 Uhr Anforderungen an eine Rechtsformnovellierung für (Produktiv-)Genossenschaften, Prof. Dr. Hans-H. Münkner
12.00 Uhr Mittagessen

Organisatorisches

Anmeldung und Veranstaltungsort:
Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Krottorfer Str. 27, Frau Korn, 57258 Freudenberg (in der Nähe von Siegen im Sauerland), Tel.: 02734/498-116
Termin: 28.02. bis 02.03.97
Anmeldung bis: 21.02.1997
Teilnahmegebühren: 100,– DM. Der Beitrag wird bei der Ankunft in der Akademie bezahlt.

EINE GESCHICHTE UNSERER ZUKUNFT

Das Schwein und der Wolkenkratzer – Stadtarchäologie in Chicago

Mike Davis hat in seinem Buch »City of Quartz« von 1992, das in der deutschen Übersetzung den Untertitel »Ausgrabungen der Zukunft in LA« den Begriff »Stadtarchäologie« geprägt. Dieser erste Versuch wurde schon damals preisgekrönt und konnte dank des Verlags Schwarze Risse/Rote Straße endlich auch auf deutsch erscheinen. Allen, die das Buch (noch) nicht kennen, sei es wärmstens ans Herz gelegt – denen, die es gelesen haben und fasziniert waren vom soziologisch-historischen Ausgrabungsspaziergang durch LA, sei an dieser Stelle das kürzlich erschienene Buch »Das Schwein und der Wolkenkratzer. Chicago, eine Geschichte unserer Zukunft« empfohlen. Auf den Spuren von Davis macht sich der italienische Soziologe und Journalist Marco d'Eramo daran, die Sozial-und Wirtschaftsgeschichte Chicagos zu erkunden. Was dabei herausgekommen ist, läßt sich nun auf 453 Seiten, erschienen im Antje-Kunstmann Verlag, nachlesen. Den Auftakt bildet ein Themenkomplex, in dessen Zusammenhang vielleicht viele das erste Mal etwas über Chicago gelesen haben: das Schwein und Rind, bzw. seine Verarbeitung. Schon 1906 war Fleisch und die Verarbeitung von Tieren zu diesem Zweck das zentrale Thema des Romans »Der Dschungel« von Upton Sinclair, dem eine lange Recherche als Arbeiter in den gewaltigen Schlachthöfen Chicagos vorausging. Heute rühmt sich der Multi McDonald's (der bezeichnenderweise auch aus Chicago stammt), in der ganzen Welt völlig identische Hamburger zu verkaufen. Der Handel mit Tieren, landwirtschaftlichen Produkten und die daran gekoppelte Entwicklung der notwendigen technische Infrastruktur für Verwertung und Transport hat Chicago groß gemacht und geformt. Dieses Wachsen zeigt sich in der dortigen Börse und manifestiert sich in sich selbst zu Ehren gesetzten Wolkenkratzern. Doch ein Wirtschaftssystem, das – wie dieses – fast schon Religion geworden ist, produziert eben auch Verelendung, aus der Arbeitskämpfe entstehen. Auch der Mythos »melting pot« versagte dort, wo fast 50% der Bevölkerung schwarz und farbig sind, und in ihren eigenen communities ihre eigene Kultur pflegten und lebten und lernten sich zur eigenen Sicherheit selbst zu organisieren, was z.B. in der Gründung der Black Panther Party mündete (auch in Chicago). »In alten Zeiten hieß es, alle Wege führen nach Rom, in der modernen Zeit fahren alle Züge nach Chicago«, schrieb ein Journalist 1884. Dies traf nicht nur auf die Fleischtransporte zu, sondern auch auf die Millionen von EinwanderInnen aus mehr als 25 Nationen zu, die um die Jahrhundertwende in Chicago ein und aufeinander trafen. 1910 waren mehr als zwei Drittel der Bevölkerung MigrantInnen der ersten oder zweiten Generation. D'Eramo betrachtet diese Migrationswelle vor allem auf dem Hintergrund der damaligen Arbeitskämpfe. Es war kein Geheimnis, daß MigrantInnen von Arbeitgebern immer wieder als StreikbrecherInnen benutzt wurden. Und wieder einmal mußten jüdische Menschen als Sündenböcke herhalten, als es 1908 darum ging, Verantwortliche für die Hälfte der begangenen Verbrechen zu suchen. Doch auch nichtjüdische Menschen wurden von Arbeitgebern und dem Staat – besonders im Zusammenhang mit riots während der Arbeitskämpfe – rassistisch stigmatisiert. Sacco und Vanzetti z.B., oder die Anarchisten, von denen der überwiegende Teil nicht in Nord-Amerika geboren worden war, die als mutmaßliche Haymarket-Attentäter hingerichtet wurden: auch sie finden Eingang in D'Eramos Studie.

Abschließend versucht der Autor, dem Konstrukt »Nation« in der aktuellen Situation der USA eine neue Bedeutung zu geben, die sich von der althergebrachten in ihrer Weitläufigkeit unterscheidet. Doch gerade in diesem letzten Kapitel fällt auf, daß der Soziologe vor der ihm fremden Realität kapitulieren muß, oder aber er flüchtet sich in elegante Satzgefüge, die jedoch auf tönernen Füßen stehen. Mensch muß wahrscheinlich in Nord Amerika/Chicago leben und in die spezifischen Unwirklichkeiten hineingewachsen sein, um sie verstehen und beurteilen zu können – hier erweist es sich als Vorteil, daß Davis bei seiner Beschreibung LAs von seiner Herkunft profitieren konnte. D'Eramo hätte das weite Feld der Betrachtung der Moderne mit ihren Aspekten wie Macht des Benennens, Problem der Authentizität, etc. meiden sollen, dann hätte er sich eben dort auch nicht verlaufen. Doch diese Untiefen trüben die Lektüre nur unwesentlich. Eine bedeutende Beschreibung eines Kernstücks der USA für ein europäisches Publikum – denn in den USA wird erfahrungsgemäß niemand die Beschreibungen eines italienischen Autors lesen: schade.●

üny

Marco d'Eramo: Das Schwein und der Wolkenkratzer. Chicago, eine Geschichte unserer Zukunft, Antje Kunstmann Verlag, 1996, 45 DM.

Aus: göttinger Drucksache Nr. 254, vom 20.12.1996

GERTRUD KOLMAR

Eine »vergessene« Dichterin

»In den Tag/ Trag ich sorglich, schwarzen Sammet drüber, meinen großgeaugten Traum herüber/ Aus der Nacht«

Gertrud Kolmar hieß eigentlich Chodziesner mit Nachnamen – doch wenn mensch sich überhaupt an sie erinnert, dann unter dem Namen Kolmar. Obwohl sie mit Else Lasker-Schüler und Nelly Sachs in einem Atemzug genannt wird, wenn es um jüdische Dichtung in Deutschland vor 1945 geht, ist ihr Werk den meisten unbekannt, ebenso wie es die Person Gertrud Kolmar selbst ist, zumal sie den Begriff »Vergessene« oder »Verschollene« für sich posthum nicht in Anspruch nehmen kann. Da man sich zu Lebzeiten noch keinen »festumrissenen Begriff« von ihr habe machen können, sei sie erst neu zu entdecken, wie es in der Ablehnung der Mainzer Akademie der Wissenschaft und der Literatur damals hieß. Erst seit Mitte der 50er Jahre wurde das Werk Kolmars, wenn auch nicht vollständig, der LeserInnenschar wieder zugänglich gemacht. Doch erst die 1993 vom Marbacher Archiv zum 50. Todesjahr der Dichterin veranstaltete Kolmar-Ausstellung schaffte es, einen breiteren Überblick über das Werk, die Briefkorrespondenz und den Lebensweg Gertrude Kolmars zu entwickeln. Geboren am 10.12.1894 in Berlin, begann sie schon früh mit der Dichtung. Else Lasker-Schüler gilt als die Expressive, die mit ihrem Temperament vermochte, die Schranken der Konventionen zu brechen, Nelly Sachs als die Ekstatische, die eigenes Erleben in Visionen verwandelte – Gertrud Kolmar war in ihren Werken immer formstreng und in der Tradition ruhend. Allen dreien ist gemein, daß sie verfolgt, vertrieben und gewaltsam getötet wurden. Das ist das, was ihr Heimatland für sie bereithielt. Alle drei bekannten sich rückhaltlos zu ihrem jüdischen Glauben und Leben. Gertrud Kolmar verfaßte Gedichte in hebräisch, die leider verschollen sind. Und obwohl das Judentum in ihren Gedichten und Texten keine zentrale Rolle spielt, wird in einzelnen Gedichten immer wieder die sehr enge Bindung an das jüdische Volk und ihren Glauben sichtbar. Als in Deutschland Synagogen und Bücher brannten, nutzte sie bewußt die sich ihr mehrfach bietende Chance zur Flucht nicht. 1941 schrieb sie an ihre Schwester, Hilde Wenzel, in deren Schweizer Exil: »Glaube mir, daß ich, was auch kommen mag, nicht unglücklich, nicht verzweifelt sein werde, weil ich weiß, daß ich den Weg gehe, der mir von innen her bestimmt ist. (...) So viele von uns sind ihn, die Jahrhunderte hindurch, gewandert, warum sollte ich ihn anders gehen als sie! (...) ich will vor dem nicht fliehen, was ich innerlich soll«. Dieser Brief erreichte Hilde Wenzel zu der Zeit, da Gertrud Kolmar schon von ihrer bevorstehenden Deportation wußte, die nur deshalb aufgeschoben werden konnte, da sie als Arbeiterin in der Berliner Rüstungsindustrie beschäftigt war. 1942 wurde ihr 81jähriger Vater nach Theresienstadt verschleppt, ein Jahr später sie selbst nach Auschwitz. Ihr letztes Lebenszeichen besteht aus einer Karteikarte mit der Aufschrift »Chodziesner/Gertrud Käthe Sara/ Geb. am: 10.12.94/in: Berlin/ Letzter inl. Wohnsitz: Bln. W. 30 Speyererstr. 10 II r./32. Osttransp. v. 2.3.43 (erl. 11 Nr. 179)« – es ist ihre Registrierung beim Transport nach Auschwitz, nachdem sie am 27. Februar 1943 mit allen anderen jüdischen ZwangsarbeiterInnen der Berliner Fabrik, in der sie arbeitete, festgenommen worden war.

Sie hinterließ ein vielfältiges Werk, das es verdient, mehr gelesen und wiederentdeckt zu werden. In diesem Sinn ist es dem Göttinger Wallstein-Verlag hoch anzurechnen, in diesem und dem letzten Jahr zwei Bücher veröffentlicht zu haben, die wohl kaum den Geschmack eines Mainstream-Publikum treffen und so auch nicht zu den Titeln zählen dürften, die kalkulierbar Erfolge sein werden.

Das 1995 erschienene, von Johanna Woltmann verfaßte Buch trägt den simplen Titel »Gertrud Kolmar – Leben und Werk«. Was jedoch auf den ersten Blick wie eine normale Biographie anmutet, entpuppt sich beim Lesen als eine Studie, die vielschichtig und ungemein kompetent den Weg der Schriftstellerin nachzeichnet. Doch es ist keine bloße Biographie, sondern Woltmann kontrastiert das Werk mit dem Leben Kolmars und setzt dies in den zeitlichen und sozialen Gesamtzusammenhang der damaligen Zeit. Dabei entstehen in der Bildlichkeit der Lyrik, in ihren Motiven und Symbolen, überraschende Querverweise, denen Woltmann nachgeht. Dies mag sich jetzt anhören, als wäre dies ein Buch für GermanistInnen, voller Hinweise auf die Lehrbücher der Sprach- und Literaturwissenschaften. Es ist jedoch ein besonderer Verdienst der Autorin, dies vermieden zu haben, und an Stelle dessen ein lebendiges Bild des Zeitalters geschaffen zu haben, das Gertrud Kolmar inspiriert und motiviert, verfolgt und schließlich ermordet hat. Dem/der LeserIn öffnet sich der Weg zu dem literarischen Werk Kolmars, das versucht, eine Perspektive zwischen jüdischem Leben und Preußentum, zwischen Alltag und Ohnmacht zu finden. Besonders interessant ist überdies der Anhang, in dem sich bislang unveröffentlichte Quellen und Dokumente befinden, so wie weitere Briefe der Schwester Gertrud Kolmars, Hilde Wenzel, dank deren Briefkorrespondenz und biographischen Schilderungen es überhaupt erst möglich war, einen Zugang zum Lebensweg Gertrud Kolmars zu finden.

Was das Buch von Johanna Woltmann mit der Interpretationsperspektive des Werks von Gertrud Kolmar beginnt, setzt sich in »Widerstehen im Wort. Studien zu den Dichtungen Gertrud Kolmars« fort, die Karin Lorenz-Lindemann in diesem Jahr herausgegeben hat. Die 11 Beiträge des Buchs gehen zurück auf die Einladung der Herausgeberin an AutorInnen, über Gertrud Kolmars Dichtung zu arbeiten. Sie orientieren sich an der Vorgabe, dies dichtungsorientiert zu tun, um ein Gegengewicht zur bibliographieorientierten Arbeit zu schaffen, bzw. diese zu ergänzen. Was die Beiträge der AutorInnen aus verschiedenen Ländern und Kulturkreise verbindet, ist die Frage nach jüdischer Selbstvergewisserung und Auseinandersetzung mit dem jüdischen Erbe in den Gedichten und Texten. Wenn auch nicht immer einfach zu konsumieren, bringen die Studien dem/der LeserIn eine Welt nahe, die sich beim ersten Lesen des Werks nur erahnen läßt. War es bisher größtenteils nur die -teils verschlüsselte Briefkorrespondenz mit ihrer Schwester, aus der sich ablesen ließ, wie der Lebensweg der Autorin ihre Dichtung beeinflußte, kann es nun durch die Studien zur Dichtung möglich werden, der Authentizität der Dichtung für den Lebensweg Gertrud Kolmars nachzugehen. Dies ist der Verdienst der beiden Frauen, die als Autorin und Herausgeberin der beiden Bücher fungieren, die hoffentlich mehr LeserInnen dazu anregen, Gertrud Kolmars Werk die Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen, die es verdient. Vielleicht wird es so möglich, der Autorin einen gebührenden Platz in der deutschen Literaturgeschichte zu sichern, auch wenn sie schon 1938 ihrer Schwester schrieb: »Aber selbst wenn ich zur bedeutendsten jüdischen Lyrikerin seit der Else Lasker Schüler erklärt werde (...), mich erregt es nicht sehr. Es gab eine Zeit, da mich fremdes Lob erfreute und fördern konnte (...); heute weiß ich auch ohne Kritiker, was ich als Dichterin wert bin, was ich kann und was ich nicht kann«.●

üny

Johanna Woltmann: Gertrud Kolmar – Leben und Werk 1995, 58 DM.
Karin Lorenz-Lindemann (Hrsgin.): Widerstehen im Wort. Studien zu den Dichtungen Gertrud Kolmars 1996, 38 DM.
Beide: Wallstein Verlag, Göttingen.
Das lyrische Werk ist als Taschenbuch erschienen:
Ein weibliches Bildnis. Gedichte dtv, München, 1986, 24,80 DM.

RHEINPIRATEN

Ende 1944 werden 13 Mitglieder der »Edelweißpiraten«, Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren, in Köln verhaftet und zum Tode verurteilt. Diese historische Begebenheit nimmt Dirk Hegmanns zum Ausgangspunkt für seinen Roman, in dem die Jugendlichen aus der Statistik der NS-Morde gezerrt, ihnen Namen, Gesicht und Gestalt gegeben, ihre Motive und ihr Leben anschaulich geschildert werden und in dem so ein Teil des Widerstandes gegen das Nazi-Regime aus dem Anonymen ins Exemplarische übertragen wird – Aufklärungsliteratur im besten Sinne für jene Jugendlichen, die noch lesen.●

Gerald Grüneklee

Dirk Hegmanns: Rheinpiraten. Peter Hammer Verlag 1996, 215 S., 22,80 DM, ISBN 3-87294-723-0

CD-KRITIK

Was macht den 'mexikanischen Elvis' so sexy?

El Vez, 'the Mexican Elvis', wie er sich selber ganz gerne bezeichnet, läßt manchmal gerne den Macho raushängen: In (s)einer VIVA-Show, bereitet es ihm offenkundigen Spaß, mit anderen coolen Musikern das »you know man, we are the boys, who know ...« zu pflegen. Andererseits läßt die immense Überzeichnung seiner selbst zu einer Comicfigur, inklusive politischer Seitenhiebe oder explicit lyrics en masse auf ein 'subversives Konzept' schließen. Geht uns insgeheim nicht das Herz auf (zumindest im Hinblick auf die nächste Soli-Disco), wenn da jemand aus »Johnny B. Good« »Go Zapata Go!« werden läßt?

Auf der Compilation *»Never Been to Spain (Until Now)«* (Munster Records MRCD 101) arbeitet sich El Vez vor allem an klassischen Rock'n Roll-Kompositionen (1) wie 'C.C.Rider' oder 'Fever' ab, läßt aber durchaus auch mal die eigenen songwriterischen Qualitäten - wie im Titelstück – durchblitzen. Musikalisch bleibt er im Umfeld der Originale, sprich er spielt mit einer klassischen Rhythm & Blues-Besetzung, integriert allerdings auch Elemente anderer in Mexico und dem Süden der USA populären traditionellen Stile. Und schon wird das ganze ein wenig schräger, wenn, um beim bereits erwähnten 'Go Zapata Go' zu bleiben, ein großartiger »AyAyAy«-Chor die HörerInnenerwartung durcheinander rüttelt. Schmuck. Gerade der Gegensatz zwischen der relativ 'gelösten' Atmosphäre und den unkonventionellen Einsprengseln (Coverversionen etc.) machen den eigentlichen Reiz der Musik aus. An den durchweg »lustigbissigen« Texten, die zwischen Englisch und Spanisch hin- und herpendeln, fällt auf, daß Vez einerseits dazu in der Lage ist, in seinen Selbstbildern Gesellschaftskritik mitzuliefern (»Si, I'm a Lowrider«), oder »auf die richtige Sache« hinzuweisen (vgl. u.a. Innenbooklet: El Vez als würdig-unwürdiger Zapata). Andererseits fällt mir weißem mitteleuropäischen Mann auf, daß er z.B bei »Go Zapata Go« die Notwendigkeit für »no sexual discrimination to women« daraus ableitet, daß die Frauen ja auch mitgekämpft hätten. Weniger schmuck.

Ich möchte mir kein Urteil darüber erlauben, ob El Vez eher ein cooler Typ, ein Macho oder ein »Subversiver« ist, beziehungsweise darstellt. Denn eins kann man ihm wohl kaum absprechen: Die Fähigkeit zum Ausfüllen mehrdeutiger Rollen. Daher läßt sein Engagement für Sozialismus und Zapata durchaus zwiespaltige Deutungen zu: Hat El Vez den neuen (alten) Werbetrick von »Jugend, Rebellion und Revolution« einmal mehr aufgelegt? Oder glaubt er tatsächlich an »den richtigen Konsum im Falschen«?

Es ist sicher falsch davon auszugehen, daß das »no sexual crimination« (aus »Go Zapata Go«) nicht ernst gemeint sei, andererseits ist ein gewisser machismo nicht zu übersehen. Mit der politischen Glaubwürdigkeit verhält es sich demzufolge ähnlich: El Vez beherrscht durchaus das Spiel mit Verfremdungen und Symbolen wie zum Beispiel der MPi. Doch ist es bekanntlich Einschätzungssache, ob ein taktisches Umgehen mit den Möglichkeiten der Medien und des Kapitalismus sinnvoll ist oder nicht. Trotzdem macht es einfach Spaß, diese CD anzuhören. Und ist es nicht viel besser, die Dissidenz zu kritisieren als 'love, peace & unity' zu fordern? Oh, ich weiß, das wäre jetzt aber wirklich eine andere Diskussion...●

Romuald Leonhardt

1) Eigentlich halte ich den Ausdruck »Rock'n Roll« für Geschichtsfälschung, denn er versucht die Entstehung dieses Stils ungerechtfertigter Weise »weißen« Männern zuzuschustern. Trotzdem besitzt dieser Mythos eine historische Wirkung, die sich wohl kaum abstreiten läßt. Und genau in diesem Mythos rührt El Vez kräftig herum, wenn er z.B. Elvis (bzw. das »weiße« Autorengespann Leiber-Stoller, das in den 50ern in den USA viele Top Ten-Hits für »schwarze« und »weiße« Interpretinnen komponierte) mit Hendrix kombiniert. Postmoderne Strategien der Überaffirmation ...

BUCHTIP

Führung zu kreativer Leistung

Schlicksupps Buch verspricht im Untertitel »So fördert man die schöpferischen Fähigkeiten seiner Mitarbeiter«. Um dazu Ratschläge geben zu können, will er »einen bestimmten Handlungsbereich – die Hervorbringung schöpferischer Leistungen – durchleuchten«. Der Teil Kreativitätstechniken enthält daher nur sehr knapp gefaßte Hinweise (Kap. 10). Ausführlicher beschreibt er kreativitätsförderndes Führungsverhalten. Seine Grundhaltung teilt er mit Konfuzius: »Wer Menschen führen will, der muß lernen hinter ihnen zu gehen« (S. 22). Außerdem werden ausführlich die Phasen eines kreativen Prozesses beleuchtet (S. 32) und Folgerungen für kreativitätsförderliche Führung genannt, z.B. »Nutze den Hauptmotivator 'Interesse und Neigung'«. Schlicksupp nennt aber auch die Kehrseite seines Ansatzes: In gewisser Weise ist Führung zu Kreativität eine »undankbare« Aufgabe, die viel Selbstlosigkeit verlangt«. Für Lesende, die Zeit haben und ihm bei der gründlichen Durchleuchtung folgen wollen, ist das Buch eine wahre Fundgrube:

- Führungskräfte, die ihr Verhalten verändern wollen, bekommen Leitsätze geboten (100ff).
- Mitarbeiter/innen, die kreative Prozesse initiieren wollen, erfahren, was aus einem Seminar üblicherweise hängen bleibt (S. 174/175).
- Trainer/innen können Merkmale und Folgerungen ablesen (162f).

Das umfassende Material ist sehr detailliert gegliedert. Manchmal ist es schwer, die Empfehlungen und Folgerungen zu finden. Wer deutsche Gründlichkeit amerikanischem Pragmatismus vorzieht, ist mit dem Buch gut bedient.●

Hanne Bestvater, Brühl

Helmut Schlicksupp: Führung zu kreativer Leistung, 1995, expert Verlag, Renningen Malmsheim

LESETIP:

»Vorwärts und nicht vergessen«

Seit 70 Jahren gibt es die »Rote Hilfe«. Zum Jubiläum hat die Rote Hilfe eine lesenswerte Broschüre herausgebracht, in der sie die Geschichte ihrer Organisation dokumentiert. Herausgekommen ist eine anschauliche und ansprechende Chronologie der einst größten revolutionären Massenorganisation der Weimarer Republik bis hin zu ihrer wechselhaften Geschichte seit der Neugründung in den siebziger Jahren. Auf 62 Seiten (reich bebildert) wird ein Eindruck von der einstigen Bedeutung der Roten Hilfe vermittelt und auch ein Bezug zur aktuellen Notwendigkeit linker Solidaritätsarbeit heute dargestellt.

Die Dokumentation »Vorwärts und nicht vergessen – 70/20 Jahre Rote Hilfe« kann zum Preis von acht Mark direkt bei: Rote Hilfe e.V., Postfach 6 44 44, D-24125 Kiel, Tel./Fax (04 31) 7 51 41 oder in linken Buchläden und Infoläden bezogen werden.●

ub

Wir stellen uns quer!

Castor-Buch 2

Fotos von den beiden Castor-Transporten nach Gorleben 1995/96 und von der Zeit dazwischen. Texte, die manches Hintergründige und Vordergründige kurz beleuchten.

Tempel/Stay (Hrsg.),188 Seiten, teilweise in Farbe, Preis 35 DM, ISBN 3-932270-01-0

Tolstefanz
Wendländisches Verlagsprojekt

Tolstefanz, 29439 Jeetzel 41

JOBS

Selbstverwaltete Offsetdruckerei sucht ab Frühjahr '97 qualifizierte/n Drucker/in mit mehrjähriger Berufserfahrung.
Wir drucken mit 2 Heidelberger MOZP und 1 GTO. Die Stelle bietet 30 Wochenstunden, gearbeitet wird im 2-Schicht-Betrieb.
Neben soliden Fachkenntnissen wäre Interesse und Engagement über den Arbeitsplatz hinaus zwar nicht zwingende Voraussetzung, aber sehr willkommen. Aussagefähige schriftliche Bewerbung bitte bis Ende Februar an:
Druck- und Verlagskooperative stattwerk e.G.
Hilgerstr. 8, D-45141 Essen

JOBSUCHE

Tischler (25 J.) sucht ab sofort Mitarbeit in ökologischer Tischlerei in ganz Deutschland.
Zuschriften an: Bernd Seifert, Demianiplatz 32, D-02826 Görlitz

Ich 24 J. und männlich, habe im Juli '97 voraussichtlich meine Ausbildung als staatl. anerkannter Erzieher abgeschlossen. Suche ab dann 'ne schöne Arbeit in Mecklenburg. Ich würde gerne in Projekten mitarbeiten o. auch mit gründen, eventuell verbunden mit subsistenzwirtschaftl. Lebensweise. Bin an erziehungsfreier Praxis interessiert und vieles mehr. Burkhard Hollaz, Falkenflucht 17, D-18273 Gustrow

PROJEKTE

LEBENSGEMEINSCHAFT mit ökologisch-spiritueller Orientierung (auf Einzelhof am Nordrand des Sauerlandes) sucht weitere Mitglieder, möglichst mit Erfahrungen/Interesse an Vermarktung von Bio-Gemüse oder Kochen für den Seminarbetrieb oder umweltverträgliches Bauen.
BEHRINGHOF-GEMEINSCHAFT, Zum Behringhof 3, D-58739 Wickede-Ruhr

Stadt-Land-Projekt sucht GärtnerIn / LandwirtIn mit Interesse an »ganz anderem« Leben & Arbeiten auf einem Hof, 40km südlich von Bremen.
☎(04 21) 70 58 07 oder 70 66 16

Wir wollen mehr werden! –und suchen Menschen (Groß, klein, jung, alt), die mit uns arbeiten und leben wollen. Der HELOHO existiert seit 7 Jahren in Thüringen/Jena und bietet als erweiterungsfähige Kommune mannigfaltige Möglichkeiten.
HELOHO, Schmölln 15,
D-07768 Hummelshain

Der **Hollerhof**, kleine Landkommune (3W, 3M, 3m, 1w), Bioland-Betrieb, 7ha, 3 Kühe, sucht einen Menschen zum Einsteigen oder für 1 Jahr, der/die verantwortlich Kühe und Land betreut und in unserer Kommune leben will. Holunderstr. 8, D-27321 Morsum
☎(0 42 04) 52 02, Fax/AB 17 82

Südspanien Wanted: Diggers & Dreamers, Mitglieder u. Freiw. z. Aufbau einer Lebensgemeinschaft. Startkapital pro Erwachsener 2 Mio. Pts.
C+K, Real 22, E-29492 Genalguacil

PUNK-BANDS!

Trommler (29, ortsunabhängig) sucht PUNK(-Crossover)-Band: Punkrock / Melody-Core mit Ska-, Reggae-, Folk-, HipHop-, Funkmetal-Einflüssen; also schnelle, agressive, melodische, vielseitige Punkmucke! Texte sollen u.a. deutsch linxradikal / anarchistisch sein! Welche Band so oder ähnlich drauf oder dran ist, ruft mich an:
☎(0 25 33) 33 51!

ZEITUNGEN

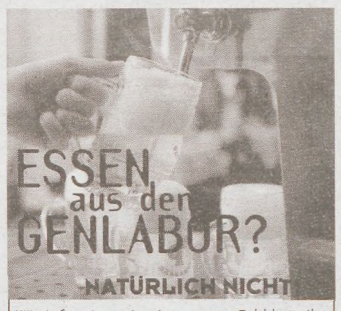
Stadtteilzeitung in Selbstverwaltung braucht Unterstützung, Non-Profit, von/mit/für Bürger, Expl. u. Info für 5 DM in Briefm.: Grend-Blatt, WERKSTATT e.V., Westfalenstr. 311, D-45276 Essen.

ZIRKUSWAGEN

Suche Bau- o. Zirkuswagen, holzverkleidet (innen u. außen), ausgebaut o. ausbaufähig, stabil u. in gutem Zustand, sicherer Ofen wäre wichtig, nicht so teuer, aber bitte alles anbieten. Michael Wißmiller, Danziger Str. 4, D-87719 Mindelheim
☎(0 82 61) 83 81

FOOD COOP

alternativ & ökologisch
Gesunde und 'fair' gehandelte Lebensmittel für alle:
Getreide, Nudeln, Ketchup, Brotaufstriche, Marmeladen & Honig, Kaffee, Tee, Backwaren, Süßes, Öle, Schokolade, Tofu & Seitan, vegetarische Bratlinge (frisch!), Wasch- und reinigungsartikel u.v.a.m. im Versand ab 200 DM Warenwert portofreie Lieferung:
Die FoodCoop direkt auf dem Küchentisch:
Food for people, not for profits!
Fordert unsere Preisliste an: **GERMINAL**, Folkert Mohrhof, Grünebergstr. 81, D-22763 Hamburg
☎/Fax (0 40) 880 11 61



Wir informieren in einer neuen Faltblattreihe über die Kreationen aus dem Genlabor! BIER/WEIN · ENZYME · FLEISCH · KAKAO · KARTOFFELN · MILCH · NUTZPFLANZEN · SOJA · TOMATEN. Die gesamte Serie für 10,– DM inkl. Porto. Bei Abnahme von größeren Mengen, Preis auf Anfrage!

Bestellen bei:
Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Schöneweider Str. 3 · 12055 Berlin
Tel. 030/6 85 80 30 · Fax 030/6 84 11 83

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

LESERBRIEF

Betr.: »Soziale Ökonomie«, CONTRASTE, Januar 97

1. Außenseiter erliegen offenbar derselben Versuchung wie die etablierte Wissenschaft, indem sie gerne Theorien ausdenken und danach die Wirklichkeit gestalten wollen.
2. Wäre es nicht besser, erstmal dieses ökonomische Beziehungsgeflecht zu analysieren, bevor ihm soziale Ambitionen unterstellt werden? Sonst bekommt man eine Theorie ohne Praxis oder bestenfalls einen Job als Sozialarbeiter.
3. Die kämpferische Attitüde gegen international mobiles Kapital und neue Eliten könnte geeignet sein, so ein zartes Pflänzchen alternativer Ökonomie gleich wieder trocken zu legen.
4. Übrigens spricht die andauernde Entwicklung regionaler Initiativen dafür, daß in diesen eine mögliche Gegentendenz zur Globalisierung gesehen werden kann, aber wie reg. Kräfte sich organisieren werden, ist noch offen.
5. Das mit den ideologisch befreundeten Kreditgebern, heißt das, daß ich nun vorher einen Gesinnungsstriptease machen muß, um an Kohle zu kommen?
6. Sozialisieren heißt also, die Mittel und Entscheidungen dem Einzelnen zu entziehen und dem Diktum der Mehrheit (Gemeinschaft oder wie auch immer) zu unterstellen, wobei der Langsamste selbstverständlich das Gesamttempo bestimmt, und mir wäre das alles viel zu langweilig.
7. Es ist mir unbegreiflich, wie sich jemand hinsetzen kann und die neue PLANWIRTSCHAFT DER SOZIALEN BEWEGUNGEN bis ins Detail austüftelt. – Ihr verkennt unsere soziale und ökonomische Wirklichkeit vollständig! (siehe 2.) Fazit: Pläne haben doch etwas sehr Totalitäres an sich!●

Herrmann Cropp

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01277 Dresden, Redaktion Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard- Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 838 07 49 (auch Fax): 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612-38 27; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, Redaktion Frankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 69 82, Fax 78 26 und Netzwerkselbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Niederlande, 1019 AT Amsterdam, ID-Archiv im ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031-20) 668 58 66

Fachredaktionen :
Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbekke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

UMBRÜCHE
Nr.15/16
Feb./März '97
Die Süd-Ost-West-Zeitschrift
Eine Ost-West - Ko-Produktion, herausgegeben vom BAOBAB Infoladen Eine Welt (Ost-Berlin)
erscheint vierteljährlich

Nr.15/16 Feb./März '97:

Im Netz der Bioethik

Von Organen, Genen und gelenkten Erbströmen

Bioethik: Die europäische Bioethikkonvention
Zur Geschichte von Eugenik und Rassenhygiene
Him-tot - Organ-lebendig...
Der Singer-Diskurs und der Neoliberalismus
Rassismus: Abschiebehaft in Polen, Rechtsextreme in Frankreich
Lateinamerika: Guerilla in Peru; Wahlen in Nicaragua
Kaffeehandel: Boykott von *Finca Irlanda*-Kaffee erfolgreich

noch lieferbar:
ÖkoHERRschaft: *Ökodiktatur-Ökoimperialismus-Ökofaschismus* (Nr.6)
ISLAM: *Feindbilder und Wirklichkeiten* (Nr.7)
KURDISTAN: *Im Osten nichts Neues* (Nr.13)
MEXIKO: *Chiapas - Der Kampf um Land und Freiheit* (Nr.14)

Einzelpreis: DM 5.- (96 Seiten)
Jahresabo: DM 15.- (incl. Porto)
Wiederverkäufer Innen erhalten 20% Rabatt (incl. MWST)

Bezug: BAOBAB - Infoladen Eine Welt e.V.
Christburgerstr. 3, 10405 Berlin, T+F: 030-442 61 74

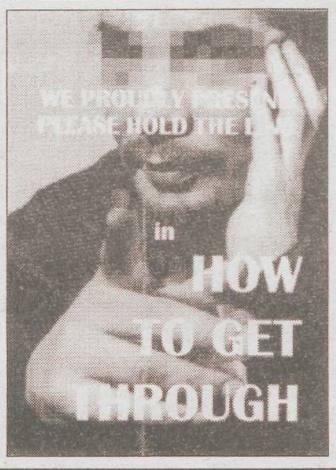
Kostenloses Probeexemplar anfordern!

20 JAHRE ILA
gegen den Strom

1976-1996: Deutschland auf Linie getrimmt. Die ganze Republik? – Nein, ein kleines Boot und seine Besatzung trotzt Wind und Wellen, Trends und Zeitgeistern. Unerschrocken legen sie den Finger in Wunden und lenken den Blick auf Ungerechtigkeiten in Lateinamerika und hier, für eine selbstbestimmte Entwicklung.

Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V.
Heerstr. 205, 53111 Bonn
Tel. (0228) 65 86 13
Fax (0228) 63 12 26

ila 200 (Nov. '96)
116 Seiten, 8 DM



Was sie schon immer wissen wollten, aber sich nie zu fragen trauten, das offenbart ihnen dieser unverzichtbare Film über das "how-to-do" und "who ist who" der "Dateninfobahn in Weltformat".

Drehbuch:	institut für strapazierte Datennetze (ISDN)
Schnitt:	Knollenpetz
Maske:	Hein Gericke (100% Baumwolle)
Musik:	Break-Dance
Spezial Guests:	FAG, Telekom, BKA, LKA uvm
Regie:	Please hold the line
Produktion:	Virus Network
Verleih/Vertrieb:	weltweit
Copyright:	Jederzeit

Begleiten sie uns auf einem Spaziergang zu den Schnittstellen der Informationsgesellschaft

Preis DM 20.-- incl. Versand - nur Bargeld
Heidi Kabel
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr 91
60487 Frankfurt

Aus unserer Reihe Ratgeber

Vereinspraxis

Ein Ratgeber zum Vereinsrecht, zum Arbeitsrecht und zu kaufmännischen Fragen

plus Diskette mit Mustertexten

144 Seiten * DM 19,80 * ISBN 3-923126-94-8

Der Ratgeber wurde aus der täglichen Beratungs- und Fortbildungspraxis heraus entwickelt. Er gibt Hilfestellung vor allem zu folgenden Punkten: Gründung * Rechtsform und Vereinsorgane * Steuern und Gemeinnützigkeit * Rechnungslegung * Arbeitgeberpflichten, Arbeitsverträge und Versicherungen * EDV im Verein * Spezialprobleme wie Spenden, Sponsoring, Rücklagen, Aufwandsentschädigung, Haftungsfragen * Auflösung, Konkurs.

Die beiliegende Diskette enthält nützliche Mustertexte, die direkt in ein Textverarbeitungsprogramm übernommen werden können, wie Satzung, Honorarverträge u.v.m.

In jeder Buchhandlung oder direkt bei:

AG SPAK
Adlzreiterstr. 23, 80337 München
Tel. (089) 77 45 71 – Fax 77 40 77

Schwerpunkt
Türkei
und Menschenrechte

Außerdem:
Prozesse – Lebenslang für Birgit Hogefeld
§ 129 a – Beugehaft gegen Ursel Quack
Kurdenverfolgung – „Man versucht alles so hinzukriegen, wie es gerade paßt"
Antifa – Polizeiübergriffe am 9. November
Internationales – Benjamin Ramos Vega
Hauptverhandungshaft – Der besondere Charme der Klassenjustiz

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,– DM in Briefmarken bei:
Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141

DIE ROTE HILFE 1/97

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

WIRTSCHAFT VON UNTEN

Ratschlag über Selbsthilfe und Kooperation
Zu diesem Thema wird vom 21. bis zum 23. Februar 1997 in Potsdam ein Treffen stattfinden, das gemeinsam von der »Bürgeriniative für Sozialismus, Freiheit, Gleichheit und Mitmenschlichkeit« der Fachhochschule für Sozialwissenschaften in Potsdam und dem »Europäischen Bürgerforum« organisiert wird. Drei Themenkomplexe stehen auf der Tagesordnung:
- Wirtschaft von unten – eine Idee für Europa; Selbstorganisation, Selbstversorgung, Selbsthilfe: konkrete Ansätze (Gesellen-Bewegung, Tauschhandel, Landwirtschaft als Selbstversorgung...)
- Genossenschaftsrecht auf EU-Ebene, juristischer Überblick
- Verbindung zwischen gesellschaftlicher Solidarität und Eigeninteresse; die Gemeinde als Bindeglied (Stromversorgung, Abwasser, kommunales Eigentum...); Longo mai – mehr als 20 Jahre Selbstverwaltung, Selbstversorgung und gesellschaftliche Solidarität, freie nichtkommerzielle Medien

Während des Treffens soll nicht nur festgestellt und gegenseitig informiert, sondern auch die Gemeinsamkeiten zwischen Widerstand gegen Neoliberalismus und wirtschaftlicher und sozialer Selbsthilfe aufgezeigt werden. In einer Arbeitsgruppe wird über die europäischen Märsche nach Amsterdam diskutiert und welchen Beitrag Gruppen darin leisten können, die sich schon länger vom Glauben an fremdbestimmte Erwerbsarbeit verabschiedet haben.
Interessenten erhalten die Einladung über:
Europäisches Bürgerforum, Hof Ulenkrug, Dorfstraße 68
D-17159 Stubbendorf
☎/Fax (03 99 59) 2 38 81

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten; Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 10 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 21. bis 23.2.97

»When I'm 64 ...«; Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen beim Aufbau einer eigenen Altersversorgung.
Termin: 21. bis 23.2.97

Gut leben statt viel haben
In diesem Bildungsurlaub wollen wir gemeinsam erleben, erfahren und erarbeiten, wie sich unsere Lebens- und Wirtschaftsweise auf Umwelt und Menschen ausgewirkt hat. Weiter wollen wir »erträumen«, wie wir uns eine nachhaltige, umweltgerechte und sozial verträgliche Lebensweise vorstellen können.
- Was sind die Leitbilder für eine zukunftsfähige Entwicklung?
- Wie können wir darin neue Lebensqualitäten entwickeln?
- Wie müssen die Forderungen an die Politik und Wirtschaft lauten – im regionalen, nationalen und globalen Zusammenhang?

Das Tagungshaus ist an die Kommune Niederkaufungen angegliedert, wo eine Gruppe von siebzig Menschen seit zehn Jahren versucht, umwelt- und menschengerecht zu leben. Die Erfahrungen der Kommune fließen in den Bildungsurlaub ein.
Termin: 14. bis 18.4.97
Anmeldung:
Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V., Kirchweg 1, D-34620 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

NETZ

Informationsmanagement
Termin: 13.3.97, München

Marketing für Selbständige, kleinere und mittlere Betriebe
Termin: 19. bis 20.4.97, Köln
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schäfergasse 46
D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

IBPro

Fundraising – Alternative Wege zur Finanzierung
Seit Anfang der 90er Jahre befassen sich Vereine und Verbände auf der Suche nach zusätzlichen Finanzierungsquellen neben dem Sammeln von Spendengeldern auch mit den Möglichkeiten des Sponsoring. Jede Organisation meint bzw. hofft, daß ihr Anliegen auf die allgemeine Zustimmung der Unternehmen trifft.
Um aber bei den in Frage kommenden Firmen als gleichwertiger Partner angesehen zu werden, ist bei den Vereinen und Verbänden ein Umdenken erforderlich. Marktwirtschaftliche Prozesse und Umgangsformen müssen beim Fundraising berücksichtigt werden.
Das Seminar gibt einen Überblick über die Grundlagen des Fundraising und notwendige Marketingbausteine. Neben der Darstellung erfolgreicher und weniger gelungener Beispiele aus der Praxis gibt es auch die Möglichkeit, eigene Projektideen zu entwickeln und bezüglich ihrer Umsetzung zu überprüfen.
Termin: 26./27.2.97
Ort: München
Anmeldung & Information:
IBPro, Flurstr. 2/1. Stock,
D-81675 München
☎(0 89) 47 50 61, Fax 470 59 20

STIFTUNG MITARBEIT

Krisenmanagement
Wenn Projekte in Krisen geraten – seien sie von außen oder von innen ausgelöst – muß die Projektleitung reagieren und nach Antworten und Lösungen suchen. Das Problem dabei: unter Druck verfällt man oft in alte Denk- und Verhaltensmuster.
In diesem Seminar sollen Situationen aus dem Projektalltag der TeilnehmerInnen bearbeitet werden. Welches sind die »eingefleischten« Verhaltensweisen? Welche anderen Wege wären denkbar? Wie kann man Krisen schon im Vorfeld begegnen?
Termin: 18.-20.4.97 in Fohrde/Brandenburg
Nähere Informationen und Anmeldung bei Silvia Fels unter
☎(02 28) 604 24 16

Zukunftsstudien
In Fortsetzung der letztjährigen Tagung »Lernziel Zukunftsfähigkeit« plant die Stiftung MITARBEIT ein weiteres Werkstattseminar zum Thema »Partizipative Zukunftsstudien«. Diesmal sollen dabei vor allem Methoden der Zukunftsforschung auf den Prüfstand gestellt werden.
Termin: 1.-4.5.97 in Niederkaufungen/Hessen
Nähere Informationen und Anmeldung bei Theo Bühler oder Adrian Reinert
☎(02 28) 604 24 12/14

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Öffentlichkeitsarbeit für soziale und kulturelle Einrichtungen
Medienkompetenz erwerben: Mit frischem Wind startet die Nürnberger Medienakademie ins Frühjahr 1997. Journalistische Stilformen: Beiträge schreiben für Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften ist Thema des Seminars am 1./2. März. **Public relations:** Pressearbeit effektiv organisieren steht im Mittelpunkt des Wochenendes am 26./27. April. **Veranstaltungsmanagement:** Seminare, Tagungen und Veranstaltungen planen, organisieren und durchführen wird am 5./6. Juli 1997 angeboten.
Die Nürnberger Medienakademie e.V. ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein mit Sitz in Nürnberg. Er informiert über die Arbeit der Medien und Multiplikatoren, vermittelt Kenntnisse zur Gestaltung eigener Medien und stellt neue Formen der Öffentlichkeit und des Informationsaustausches vor. Das Ziel: »Jugendliche und Erwachsene sollen Medienkompetenz erwerben, um sich kompetent und sachkundig in Beruf und Gesellschaft engagieren zu können« (Satzung, Par. 2).
Öffentlichkeitsarbeit für soziale und kulturelle Einrichtungen ist eine Seminarreihe, die wir gemeinsam mit Kommunikation und Neue Medien e.V. und verschiedenen Trägern der Erwachsenenbildung in Nürnberg durchführen. Die Seminare finden in Nürnberger Hotels im Innenstadtnahbereich statt. Seminarunterlagen und eine Anreisebeschreibung senden wir gerne zu. Die Seminare beginnen am Samstag um 10 Uhr und enden Sonntags gegen 16 Uhr.
Kosten (pro Teilnehmer/in): DM 105,-- für Verdienende bzw. DM 80,-- für Nichtverdienende (Schüler, Studenten, Auszubildende, Zivil- und Wehrdienstleistende, Arbeitslose, Behinderte und Rentner). Übernachtung (in Zwei-Bett-Zimmern mit Bad), Mittagessen, Kaffee und Abendessen sind im Tagungsbeitrag inbegriffen. Getränke müssen selbst bezahlt werden. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Die Seminare werden aus öffentlichen Mitteln gefördert, daher der soziale Teilnehmerbeitrag.
Tagungsorganisation: Peter Lokk, Tel. 089/1675106, Fax 089/131406 E-Mail: medienakademie@link-n.cl.sub.de

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Kooperation mit der Hamburger Initiative für Existenzgründungen und Innovationen
Termin: 5.3.97, 19-22 Uhr

»Arbeit statt Sozialhilfe«
Beschäftigung für Sozialhilfeempfängerinnen
Termin: 15.4.97, 19-21 Uhr

Strukturpolitik und Frauenförderung
Termin: 29.4.97, 19-22 Uhr
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg
☎(0 40) 45 02 09-0

FRAUENSICHT

Beratung und Therapie mit »psychotischen« Frauen
Das Seminar ist konzipiert für Beraterinnen und Therapeutinnen, die mit »psychotischen« Frauen arbeiten. neben Informationen, Selbsterfahrung, Rollenspiel und Übungen bietet das Seminar auch Supervision.
Anmeldeschluß: 20.2.97
Termin: 21. bis 24.4.97
Ort: Charlottenberg, Westerwald

»... bis daß ich platze vor Wut?«
Wo ziehen wir die Grenze zwischen schädlicher Feindseligkeit und wirkungsvoller Aggressivität? Kennen wir unsere persönlichen und die institutionalisierten Unterdrückungsmechanismen bei aggressiven Gefühlen? Ziel des Seminars ist, den Teilnehmerinnen die offene Kommunikation und die konstruktive Auseinandersetzung mit Anderen näher zu bringen, um so ein befriedigendes Zusammenleben zu erreichen. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Erfahrung gesellschaftlicher und frauenspezifischer Tabuisierung dieses Themas – vor allem im Beruf – verwendet.
Anmeldeschluß: 20.2.97
Termin: 21. bis 25.4.97

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Ort: Bedburg-Hau
Information & Anmeldung:
FRAUENsicht e.V., Holbeinstr. 32, D-50733 Köln
☎(02 21) 73 70 00, Fax 72 60 98

BAYERN

Rhetorik I für Frauen
Frauen sind nicht – wie früher – zum Schweigen verdammt. Trotzdem spüren sie oft genug, daß ihre Argumente weit weniger Gehör finden als die der männlichen Gesprächspartner. Es gibt viele Gründe, warum die Kommunikation zwischen Männern und Frauen häufig nicht klappt und deshalb unbefriedigend verläuft. Wie »frau« Redeängste abbauen und ihre »typisch weiblichen« Stärken im Gespräch besser einsetzen kann, will dieses Seminar vermitteln. Dazu gehören auch praktische Tips, wie frau sich auf eine Rede vorbereitet, mit Hilfe eines Stichwortzettels den roten Faden behält und die Scheu vor einem Mikrophon verliert. Praktische Übungen vor der Videokamera vermitteln, wie wir beim Reden auf andere wirken.
Termin: 7.-9.3.97
Kosten: 120 DM
Ort: Kochel, Georg-von-Vollmar-Akademie
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: 101320,3423@compuserve.com

ZUKUNFT, TECHNIK & KULTUR

XENIA – Städte des Wissens – Stätten der Begegnung
Dr. Helmut Volkmann aus der Zentralabteilung Technik, Siemens München, über seine »Wissensstadt am Wege zur Informationsgesellschaft«.
Termin: 2.3.1997 ab 15 Uhr
Ort: Bunker Ulmenwall, Kreuzstr. 0, Bielefeld
Veranstalter: FoeBud e.V.
Kosten: 6 DM, mit Computer freier Eintritt

ÖKOFASCHISMUS

Ökologie und Spiritualität zwischen Nazifaschismus und herrschaftsfreier Gesellschaft?
Ein neuer Begriff geht um: Ökofaschismus. Was ist gemeint? Wie real ist die Gefahr, die von einer biologistischen Ökologie ausgeht? (die Gleichsetzung von Pflanzen, Tieren und Menschen kann z.B. Wegbereiter sein für Ideologien, in denen das »Recht des Stärkeren« legitimiert wird)
Was haben ökologische Projekte oder Höfe damit zu tun? Wo ist die gedankliche und reale Verbindung zu Faschismus und Rassismus?
Im Seminar soll es darum gehen, Begriff und Wirklichkeit zu verstehen. Wir wollen einen geschichtlichen Rückblick in die Entstehungsgeschichte der Ökologiebewegung machen. Am Beispiel bestehender Verbindungen zu faschistoiden Bewegungen soll die akute Beeinflussung in Richtung rechtsextremer Denkmuster deutlich gemacht werden. Im Kontrast dazu werden wir linke ökologische Ansätze diskutieren.
Exkursionen zu zwei Projekten in der Region werden angeboten. So können die TeilnehmerInnen auch die wunderschöne Mittelgebirgslandschaft mit ihren heimischen Spezialitäten kennenlernen.
Termin: 11. bis 16. Mai 1997
Ort: »Brieschmühle« im Drohntal auf dem Hunsrück, Nähe Morbach
Unterbringung: Hotel, 1 u. 2-Bettzimmer
Kosten: 590 DM (incl. Vollpension)
Information & Anmeldung:
Gerhard & Waltraud Kern
☎(0 65 33) 9 33 10, Fax 93 73 49

LOKALE AGENDA 21

Trendsetter
Wie kann man Initiativen zum nachhaltigen Konsumverhalten weiterentwikkeln und fördern? Was und wie können wir aus den bisherigen Beispielen und Erfahrungen lernen, damit über den Kreis der Engagierten hinausgehend auch die Interessierten der großen Mehrheit in der Bevölkerung angesprochen und erreicht werden? Wie können nachhaltige Konsummuster und Lebensstile ansprechend und attraktiv für viele werden, in den verschiedenen Lebensphasen ebenso wie in den unterschiedlichsten Lebenswelten unserer ausdifferenzierten Gesellschaft?
Zielsetzung der Tagung ist es, diesen Fragen nachzugehen und voneinander zu lernen. Wir wollen damit einen Beitrag leisten, daß die technischen und organisatorischen Innovationen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung durch soziale Innovationen und Kreativität gestützt und gestärkt werden.
Termin: 7. bis 9.3.97
Ort: Evangelische Akademie Tutzing
Information & Anmeldung: Evang. Akademie Tutzing, Schloßstr. 2+4, D-82327 Tutzing, Fax (0 81 58) 25 11 33

ZU DIESER SEITE

Auf dieser Seite werden ausgewählte Seminare und Treffen angekündigt. Die Redaktion behält sich eine Auswahl der Terminmeldungen vor. Ankündigungen für selbstorganisierte Seminare und Treffen sind kostenlos. Wochendseminare, die mehr als 200 DM kosten, werden nur bei Zahlung des Kleinanzeigenpreises für gewerbliche Anzeigen (siehe Schnipsel auf Seite 15) angekündigt. Einen Preisnachlaß für gemeinnützige VeranstalterInnen gibt es nicht. Wir bitten alle VeranstalterInnen um Beachtung dieses Hinweises.

KULTUR

Politisches Theater – Gaucklerei zwischen Macht und Ohnmacht
Termin: 21. bis 23.2.97
Kosten: 80 DM incl. Ü. und V.
Information & Anmeldung:
Ökologische Akademie e.V., Baiernrainer Weg 17, D-83623 Dietramszell
☎(0 80 27) 14 94, Fax 16 59

BAUEN & PLANEN

Baubiologie & Umwelttechnik Farbe, Bodenbeläge, Kleber, Bodenaufbau, Putze
Das Seminar gibt Antwort auf aktuelle Fragen einer ständig wachsenden Produktpalette der ökologischen Baumaterialien. An Praxisbeispielen werden verschiedane Wege gezeigt, um die handwerkliche Qualität, sowie theoretisches Wissen zu verbessern und aufzubauen.
Termine: 15.3.97 oder 12.4.97, jeweils von 9-16.45 Uhr

Baubiolgie & Umwelttechnik Mauerwerk, Dämmung, Heizsysteme, Putze
Aufbauend aus den Erfahrungen des Veranstalters und seiner Referenten, die in der Praxis bereits längere Zeit baubiologische Baustoffe im Handwerk verarbeitet haben, sowie im Verkauf mit den Produkten tätig sind, vermittelt das Seminar Kenntnisse individueller Probleme.
Termine: 21.2. o. 30.5. o. 21.6.97, jeweils 9-16.45 Uhr

Ingenieurtechnische Bauwerksuntersuchung zur Sanierungsvorbereitung und Bestandskontrolle
Seminarziel: Planungssicherheit in der Denkmalspflege, alte und neue Holzkonstruktionen, Fachwerkhäuser, Holzmasten, Leimbinderkonstruktion.
Termine: 20.2. o. 26.3. o. 11.4.97, jeweils von 9-16.45 Uhr
Information & Anmeldung:
BEB, Hauptstr. 29, D-67806 Bisterschied
☎(0 63 64) 2 57, Fax 73 41

ÖKOLOGIE

Bioabfallmanagement '97
Wenn über die biologisch abbaubaren Werkstoffe (BAW) die Gentechnologie bei landwirtschaftlichen Produkten ihren Einzug hält, sollte das nicht sang- und klanglos an der Umweltbewegung vorbeigehen. Die Voraussetzungen aber werden dafür gerade geschaffen: in den novellierten Verordnungen für Verpackung, Düngemittel und Bioabfall/Kompost.
Aber auch für die Abfallwirtschaft werden mit der Bioabfall- und Kompostverordnung wichtige Weichen gestellt, die über die Zukunft der biologischen Abfallverwertung (Kompostierung, Biogaserzeugung etc.) entscheiden. Der Entwurf dazu wird auf diesem Fachkongreß vorgestellt und mit den federführenden Mitarbeitern des BMU diskutiert. Auch hier sind die Stimmen der Umwelt- und Verbraucherbewegung dringend gefordert.
Termin: 4./5. März 97
Information & Anmeldung:
Rheinisches Institut für Ökologie, Melchiorstr. 14, D-50870 Köln
Fax (02 21) 739 08 92

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.